



6. April 2020

BARCLAYS BANK PLC

(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ALTE FASSUNG ("**WPPG a.F.**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN

(DIE "**BASISPROSPEKTE**"):

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 22. MAI 2019 IN DER DURCH DIE VORHERIGEN
NACHTRÄGE VOM 2. SEPTEMBER 2019 UND VOM 22. OKTOBER 2019 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND AKTIENINDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

BASISPROSPEKT PROSPER A VOM 5. JUNI 2019 IN DER DURCH DIE VORHERIGEN
NACHTRÄGE VOM 2. SEPTEMBER 2019 UND VOM 22. OKTOBER 2019 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**BASISPROSPEKT PROSPER A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND

(DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(DRITTER NACHTRAG)

(DIE RSSP WERTPAPIERE UND DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG a.F. innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG a.F. vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Die Basisprospekte wurden vor dem 21. Juli 2019 gebilligt und unterliegen gemäß § 28 Abs. 1 WpPG (aktuelle Fassung) weiterhin dem WpPG in der bis zum 20. Juli 2019 geltenden Fassung, auf die in dem vorstehenden Absatz Bezug genommen wird.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäfts war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, und auf der Internetseite der Emittentin <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses> bereitgehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

Basisprospekt	Abschnitt im Basisprospekt	Nachtragspunkt	Seite
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	DECKBLATT	I.	2
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	INHALTSVERZEICHNIS	II.	2
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ZUSAMMENFASSUNG	III., IV., V., VI. und VII.	2 ff.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	SUMMARY	VIII. – X.	8 ff.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	RISIKOFAKTOREN	XI.	12 f.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	RISIKOFAKTOREN	XII.	13 ff.
RSSP Basisprospekt A	RISIKOFAKTOREN	XIII.	28 ff.
Basisprospekt Prosper A	RISIKOFAKTOREN	XIV.	31 ff.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN	XV. und XVI.	34
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	XVII und XVIII.	34 f.
RSSP Basisprospekt A Basisprospekt Prosper A	INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN	XIX	35 f.

Die nachtragsbegründenden Umstände für die Aktualisierung der Basisprospekte sind:

- Die Veröffentlichung des Geschäftsberichts 2019 der Barclays Bank PLC, der am 12. Februar 2020 (der Zeitpunkt des nachtragsrelevanten Umstands) bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) mittels Form 20-F für die am 31. Dezember 2018 und 31. Dezember 2019 endenden Geschäftsjahre eingereicht worden ist; und
- die Veröffentlichung einer Aktualisierung in Bezug auf das Rating der Emittentin; und
- eine Aktualisierung der Vorstandsmitglieder der Emittentin.

Die folgenden Abschnitte der Basisprospekte sind von den Änderungen betroffen:

- I. Auf dem Deckblatt der Basisprospekte wird jeweils der Begriff "**Bankengruppe**" durch den Begriff "**Barclays Bankengruppe**" ersetzt.
- II. In den Basisprospekten wird in den Inhaltsverzeichnissen jeweils der Gliederungspunkt "**Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe**" durch "**Die Bank, die Barclays Bankengruppe und die Gruppe**" ersetzt.
- III. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" jeweils in den Abschnitten B.5, B. 14 und B. 15 der Begriff "**Bankengruppe**" durch den Begriff "**Barclays Bankengruppe**" ersetzt.
- IV. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**Zusammenfassung**" jeweils die Abschnitte B.12 "**Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen**" und B.13 "**Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind**" wie folgt ersetzt:

B.12	Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen	<p>Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2018 endenden Jahre</p> <p>Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2019 bzw. zum 31. Dezember 2018 endende Jahr entnommen:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">Zum 31.12.2019 GBP Mio.</th> <th style="text-align: center;">Zum 31.12.2018 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Gesamte Aktiva</td> <td style="text-align: right;">876.672</td> <td style="text-align: right;">877.700</td> </tr> <tr> <td>Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten</td> <td style="text-align: right;">141.636</td> <td style="text-align: right;">136.959</td> </tr> <tr> <td>Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten</td> <td style="text-align: right;">213.881</td> <td style="text-align: right;">199.337</td> </tr> <tr> <td>Gesamtes Eigenkapital</td> <td style="text-align: right;">50.615</td> <td style="text-align: right;">47.711</td> </tr> <tr> <td>Minderheitsbeteiligungen</td> <td style="text-align: center;">-</td> <td style="text-align: right;">2</td> </tr> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">Für das am 31.12.2019 endende Jahr GBP Mio.</th> <th style="text-align: center;">Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio.</th> </tr> <tr> <td>Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen</td> <td style="text-align: right;">3.112</td> <td style="text-align: right;">1.286</td> </tr> <tr> <td>Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen</td> <td style="text-align: right;">(1.202)</td> <td style="text-align: right;">(643)</td> </tr> </tbody> </table>		Zum 31.12.2019 GBP Mio.	Zum 31.12.2018 GBP Mio.	Gesamte Aktiva	876.672	877.700	Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	141.636	136.959	Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten	213.881	199.337	Gesamtes Eigenkapital	50.615	47.711	Minderheitsbeteiligungen	-	2		Für das am 31.12.2019 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio.	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.112	1.286	Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(1.202)	(643)
	Zum 31.12.2019 GBP Mio.	Zum 31.12.2018 GBP Mio.																											
Gesamte Aktiva	876.672	877.700																											
Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	141.636	136.959																											
Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten	213.881	199.337																											
Gesamtes Eigenkapital	50.615	47.711																											
Minderheitsbeteiligungen	-	2																											
	Für das am 31.12.2019 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio.																											
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.112	1.286																											
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(1.202)	(643)																											

	Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin	Entfällt. Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2019, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert.
	Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Barclays Bankengruppe	Entfällt. Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage oder Handelsposition der Barclays Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2019.
B.13	Jüngste Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin im hohen Maße relevant sind	Entfällt. Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.

V. In dem RSSP Basisprospekt A wird in der "**Zusammenfassung**" der Abschnitt B.17 wie folgt ersetzt:

B.17	Ratings, die im Auftrag der Emittentin oder in Zusammenarbeit mit ihr beim Ratingverfahren für die Emittentin oder ihre Schuldtitel erstellt wurde	Die kurzfristigen unbesicherten Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A-1 von S&P Global Ratings Europe Limited, UK Branch (" Standard & Poor's "), P-1 von Moody's Investors Service Ltd. (" Moody's "), und F1 von Fitch Ratings Limited (" Fitch ") und die langfristigen Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's, A1 von Moody's und A+ von Fitch. Die Ratings sind ohne einen gegebenenfalls vorhandenen Ausblick der jeweiligen Ratings dargestellt.
		[<i>Bei Wertpapieren ohne Kapitalschutz:</i> Entfällt. Die Wertpapiere sind nicht kapitalgeschützt.] [<i>Bei Wertpapieren mit Kapitalschutz:</i> Die Emission der Wertpapiere ist [nicht geratet][geratet als [●] von [Standard & Poor's/Moody's/Fitch]].
		Sowohl Fitch als auch Standard & Poor's und Moody's haben ihren Sitz in der Europäischen Union und sind registriert unter der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 und stehen auf der Liste der registrierten Ratingagenturen, die auf der Website der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde unter http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs veröffentlicht ist.]

VI. In den Basisprospekten wird in der "Zusammenfassung" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

<p>D.2</p>	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</p>	<p>Kredit- und Marktrisiko</p> <p>Das Kreditrisiko ist das Risiko eines Verlustes für die Barclays Bankengruppe, der dadurch entsteht, dass Kunden, Verbraucher oder Gegenparteien, einschließlich Staaten, ihren Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern der Barclays Bankengruppe nicht vollständig nachkommen; dies beinhaltet die vollständige und rechtzeitige Zahlung von Kapital, Zinsen, Sicherheiten und anderen Forderungen.</p> <p>Die Barclays Bankengruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändern können.</p> <p>Die folgenden Bereiche des Portfolios der Barclays Bankengruppe sind mit Unsicherheiten behaftet und könnten sich wesentlich auf die Entwicklung auswirken: (i) Einzelhandel im Vereinigten Königreich, Gastgewerbe und Freizeit, (ii) Finanzierbarkeit der Verbraucher, (iii) Immobilienmarkt im Vereinigten Königreich, (iv) Übernahme von Risikofinanzierungen (<i>Leverage Finance</i>) und (v) das italienische Hypothekenportfolio.</p> <p>Die Barclays Bankengruppe ist darüber hinaus bei ihren Kreditgeschäften und ihren Finanzdienstleistungen und Handelstätigkeiten hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt.</p> <p>Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko, das sich aus einer potenziell nachteiligen Veränderung des Wertes der Aktiva und Passiva der Barclays Bankengruppe aufgrund von Schwankungen von Marktvariablen ergibt, dies sind u.a. Zinssätze, Devisen, Aktienkurse, Rohstoffpreise, Kreditspreads, implizite Volatilitäten und Vermögenskorrelationen in Bezug auf die Portfolios der Barclays Bankengruppe, das Handelsgeschäft und die Ausführung von Kundengeschäften.</p> <p>Treasury und Kapitalrisiko</p> <p>Es gibt drei Hauptarten von Treasury- und Kapitalrisiken, denen die Barclays Bankengruppe ausgesetzt ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) <u>Liquiditätsrisiko</u> – ist das Risiko, dass die Barclays Bankengruppe nicht in der Lage ist, ihre vertraglichen Verpflichtungen oder Eventualverpflichtungen zu erfüllen, oder dass sie nicht über die ausreichende Höhe, Laufzeit und Zusammensetzung von finanziellen Mitteln und Liquidität verfügt, um ihre Vermögenswerte zu erhalten, was auch durch eine Änderung des Kreditratings beeinflusst werden kann; (2) <u>Kapitalrisiko</u> – ist das Risiko, dass die Höhe oder die Zusammensetzung des Kapitals der Barclays Bankengruppe nicht ausreicht, um ihre normalen Geschäftsaktivitäten aufrecht zu erhalten und ihre regulatorischen Kapitalanforderungen in einem normalen Betriebsumfeld oder unter Stressbedingungen zu erfüllen
-------------------	--	---

		<p>(dies gilt sowohl für die tatsächliche Anforderungen als auch für die Anforderungen, welche für interne Planungs- oder regulatorische Stresstest bestimmt sind); und</p> <p>(3) <u>Zinsrisiken im Bankenbuch</u> – ist das Risiko, dass die Barclays Bankengruppe aufgrund einer Differenz zwischen ihren (nicht handelsbezogenen) Vermögenswerten und Verbindlichkeiten Kapital- oder Ertragsschwankungen ausgesetzt sind.</p> <p>Betriebliches Risiko und Modellrisiko</p> <p>Betriebliches Risiko ist das Risiko des Verlusts, den die Barclays Bankengruppe infolge von unzureichenden oder fehlerhaften Prozessen oder Systemen, menschlichen Faktoren oder aufgrund von externen Ereignissen erleidet, deren Entstehungsgrund nicht auf Kredit- oder Marktrisiken zurückzuführen ist. Hierzu gehören beispielsweise: (i) betriebliche Belastbarkeit, (ii) Cyber Bedrohungen, (iii) neue und neu entstehende Technologien, (iv) externer Betrug, (v) Datenverwaltung und Schutz von Informationen, (vi) Algorithmus-Handel, (vii) Bearbeitungsfehler, (viii) Lieferantenrisiko, (ix) wichtige Einschätzungen und Beurteilungen für die Bilanzierung, (x) Steuerliches Risiko und (xi) die Fähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten.</p> <p>Das Modellrisiko ist das Risiko potenziell nachteiliger Folgen aus finanziellen Bewertungen oder Entscheidungen, die aufgrund von fehlerhaften oder falsch angewandten Modellergebnissen und Berichten angestellt bzw. getroffen wurden.</p> <p>Modelle sind ihrer Natur nach unvollständige und unvollständige Darstellungen der Realität, da sie auf Annahmen und Eingaben beruhen und daher Fehler enthalten können, die die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen. So hat beispielsweise die Qualität der in den Modellen der gesamten Barclays Bankengruppe verwendeten Daten einen wesentlichen Einfluss auf die Genauigkeit und Vollständigkeit der Risiko- und Finanzkennzahlen.</p> <p>Modelle können auch missbräuchlich verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in (unter anderem) der Barclays Bankengruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und/oder im Risikomanagementsystem und in regulatorischen Meldeprozessen Ungenauigkeiten oder Fehler festgestellt werden.</p> <p>Verhaltens- und Reputationsrisiko</p> <p>Das Verhaltensrisiko ist das Risiko der Beeinträchtigung von Kunden, der Marktintegrität, des effektiven Wettbewerbs oder der Barclays Bankengruppe durch die unzulängliche Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Dieses Risiko könnte sich auf eine Vielzahl von Arten zeigen: (i) Fehlverhalten von Mitarbeitern, (ii) Produktkontrolle und – lebenszyklus, (iii) Finanzkriminalität, (iv) Datenschutz und Privatsphäre und (v) aufsichtsbehördliche Konzentration auf</p>
--	--	---

		<p>die Unternehmenskultur und –verantwortung.</p> <p>Das Reputationsrisiko ist das Risiko, dass eine Handlung, eine Transaktion, eine Investition, ein Ereignis, eine Entscheidung oder eine Geschäftsbeziehung das Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Barclays Bankengruppe verringert.</p> <p>Das Reputationsrisiko kann sich aus betrieblichen Problemen oder Verhaltensweisen ergeben, die sich nachteilig auf die Verbraucher, die Kunden, die Marktintegrität, den effektiven Wettbewerb oder die Barclays Bankengruppe auswirken.</p> <p>Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können</p> <p>Zusätzlich zu den oben genannten Risiken gibt es auch wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich möglicherweise auf mehr als eines dieser Hauptrisiken auswirken. Diese Risiken sind: (i) potenziell ungünstige globale und lokale Wirtschafts- und Marktbedingungen sowie geopolitische Entwicklungen; (ii) das Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der EU; (iii) die Auswirkung von Zinsänderungen auf die Ertragskraft der Barclays Bankengruppe; (iv) das Wettbewerbsumfeld der Bank- und Finanzdienstleistungsindustrie; (v) die Regulatorische Änderungen und Auswirkungen auf das Geschäftsmodell; (vi) Die Auswirkung des Klimawandels auf das Geschäft der Barclays Bankengruppe; and (vii) die Auswirkung von Referenzwertreformen auf die Barclays Bankengruppe.</p> <p>Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten</p> <p>Die Barclays Bankengruppe agiert in einem stark regulierten Markt, wodurch sie infolge (i) der Vielzahl von Gesetzen und Vorschriften, die für die von ihr durchgeführten Geschäfte gelten und die sehr dynamisch sind und je nach Jurisdiktion anders ausfallen können und die hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in bestimmten Fällen insbesondere in neuen und sich neu entwickelnden Bereichen unklar sind, und (ii) der diversifizierten und sich weiter entwickelnden Art der Geschäfte und Geschäftspraktiken der Barclays Bankengruppe Rechtsrisiken ausgesetzt ist. In jedem Fall besteht für die Barclays Bankengruppe das Risiko von Verlusten oder der Auferlegung von Geldstrafen, Schadensersatz oder Bußgeldern, falls Mitglieder der Barclays Bankengruppe ihre jeweiligen rechtlichen Verpflichtungen, einschließlich gesetzlicher oder vertraglicher Anforderungen, nicht erfüllen. Rechtsrisiken können auch in Bezug auf eine Reihe der oben genannten Risikofaktoren entstehen, einschließlich (ohne Einschränkung) als Folge (i) des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, (ii) einer Referenzwert-Reform, (iii) von regulatorischen Änderungen und (iv) sich schnell ändernden Regeln und Vorschriften in Bezug auf den Datenschutz und Cyber-Sicherheit.</p> <p>Die Bank und die Barclays Bankengruppe unterliegen weitreichenden Abwicklungsbefugnissen</p> <p>Unter dem britischen Banking Act 2009 werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen</p>
--	--	---

Finanzministerium (Her Majesty's Treasury) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (special resolution Regime) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority, der Financial Conduct Authority oder der HM Treasury, soweit angemessen, übertragen. Diese Befugnisse versetzen die Bank of England (oder einen ihrer Nachfolger oder Ersatz und/oder eine andere Behörde im Vereinigten Königreich) in die Lage, die britische Bail-in-Befugnis auszuüben, um verschiedene Abwicklungsmaßnahmen und Stabilisierungsoptionen (einschließlich des Bail-In Instruments) im Hinblick auf eine britische Bank oder Wertpapierfirma und bestimmte verbundene Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein "**Relevantes Unternehmen**") in Fällen zu ergreifen, in denen die Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen.

"**Bail-in-Befugnis**" bedeutet jede Abschreibung, Umwandlung, Übertragung, Änderung und/oder Aussetzungsbefugnis, die von Zeit zu Zeit gemäß jeglichen Gesetzen, Vorschriften, Regeln oder Anforderungen in Bezug auf die Abwicklung von Banken, Bankengruppenunternehmen besteht, Kreditinstitute und/oder Wertpapierfirmen mit Sitz im Vereinigten Königreich, die im Vereinigten Königreich für die Emittentin oder andere Mitglieder der Barclays Bankengruppe gelten und anwendbar sind (wie dies von Zeit zu Zeit geändert worden ist oder geändert werden kann), gemäß denen Verpflichtungen einer Bank, eines Unternehmens einer Bankengruppe, eines Kreditinstituts oder einer Wertpapierfirma oder einer ihrer verbundenen Unternehmen reduziert, aufgehoben, geändert, übertragen und/oder in Aktien oder andere Wertpapiere oder Verpflichtungen des Schuldners oder einer anderen Person umgewandelt werden können.

VII. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "Summary" jeweils in den Abschnitten B.5, B. 14 und B. 15 der Begriff "Bank Group" durch den Begriff "Barclays Bank Group" ersetzt.

VIII. In den Basisprospekten werden in der "Summary" jeweils die Abschnitte B.12 "Selected historical key financial information" und B.13 "Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency" wie folgt ersetzt:

B.12	Selected historical key financial information;	<p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2019 and 31 December 2018</p> <p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2019 and 31 December 2018, respectively:</p> <table border="1" data-bbox="703 636 1345 1579"> <thead> <tr> <th></th> <th>As at 31.12.2019 GBP Mio.</th> <th>As at 31.12.2018 GBP Mio.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Total Assets</td> <td>876,672</td> <td>877,700</td> </tr> <tr> <td>Loans and advances at amortised cost</td> <td>141,636</td> <td>136,959</td> </tr> <tr> <td>Deposits at amortised cost</td> <td>213,881</td> <td>199,337</td> </tr> <tr> <td>Cumulative liquidity gap</td> <td>50,615</td> <td>47,711</td> </tr> <tr> <td>Non-controlling interests</td> <td>-</td> <td>2</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Year ended 31.12.2019 GBP Mio.</td> <td>Year ended 31.12.2018 GBP Mio.</td> </tr> <tr> <td>Profit before tax from continuing operations</td> <td>3,112</td> <td>1,286</td> </tr> <tr> <td>Credit impairment charges and other provisions</td> <td>(1,202)</td> <td>(643)</td> </tr> </tbody> </table>		As at 31.12.2019 GBP Mio.	As at 31.12.2018 GBP Mio.	Total Assets	876,672	877,700	Loans and advances at amortised cost	141,636	136,959	Deposits at amortised cost	213,881	199,337	Cumulative liquidity gap	50,615	47,711	Non-controlling interests	-	2		Year ended 31.12.2019 GBP Mio.	Year ended 31.12.2018 GBP Mio.	Profit before tax from continuing operations	3,112	1,286	Credit impairment charges and other provisions	(1,202)	(643)
	As at 31.12.2019 GBP Mio.	As at 31.12.2018 GBP Mio.																											
Total Assets	876,672	877,700																											
Loans and advances at amortised cost	141,636	136,959																											
Deposits at amortised cost	213,881	199,337																											
Cumulative liquidity gap	50,615	47,711																											
Non-controlling interests	-	2																											
	Year ended 31.12.2019 GBP Mio.	Year ended 31.12.2018 GBP Mio.																											
Profit before tax from continuing operations	3,112	1,286																											
Credit impairment charges and other provisions	(1,202)	(643)																											
	No material adverse change in the prospects of the Issuer	Not applicable. There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2019, the date of its last published audited financial statements.																											
	No significant change in the financial or trading position of the Barclays Bank Group	Not applicable. There has been no significant change in the financial or trading position of the Barclays Bank Group since 31 December 2019.																											
B.13	Recent events materially relevant to the evaluation of Issuer's solvency	Not applicable. Nothing relevant at this stage.																											

IX. In dem RSSP Basisprospekt A wird in der "Summary" der Abschnitt B.17 wie folgt ersetzt:

<p>B.17</p>	<p>Credit ratings of the Issuer and the Securities</p>	<p>The short term unsecured obligations of the Bank are rated A-1 by S&P Global Ratings Europe Limited, UK Branch ("Standard & Poor's"), P-1 by Moody's Investors Service Ltd. ("Moody's") and F1 by Fitch Ratings Limited ("Fitch") and the long-term obligations of the Bank are rated A by Standard & Poor's, A1 by Moody's, and A+ by Fitch. The Ratings are represented without taking into account any prospects, if any, regarding to the relevant Rating.</p> <p><i>[For Securities, which are not capital protected:</i> Not applicable. The securities are not capital protected.]</p> <p><i>[For capital protected Securities:</i> The issue of the securities is [not rated][rated as [●] by [Standard & Poor's/Moody's/Fitch]].</p> <p>Each of Fitch and Standard & Poor's, as well as Moody's is established in the European Union and is registered under Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies as amended by Regulation (EU) No. 513/2011 and is included in the list of registered credit rating agencies published on the website of the European Securities and Markets Authority at http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs.]</p>
--------------------	---	---

X. In dem Basisprospekten wird jeweils in der "Summary" der Abschnitt D.2 wie folgt ersetzt:

<p>"D.2</p>	<p>Key information on the key risks that are specific to the Issuer</p>	<p>Credit risk and Market risk</p> <p>Credit risk is the risk of loss to the Bank Group from the failure of clients, customers or counterparties, to fully honour their obligations to members of the Bank Group, including the whole and timely payment of principal, interest, collateral and other receivables.</p> <p>The Bank Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rates of loans and advances due from borrowers and counterparties in any specific portfolio. The following are areas of uncertainties to the Bank Group's portfolio which could have a material impact on performance: (i) UK retailers, hospitality and leisure, (ii) consumer affordability, (iii) UK real estate market, (iv) leverage finance underwriting and (v) Italian mortgage portfolio.</p> <p>The Bank Group also has large individual exposures to single name counterparties, both in its lending activities and in its financial services and trading activities.</p> <p>Market risk is the risk of loss arising from potential adverse change in the value of the Bank Group's assets and liabilities from fluctuation in market variables. These variables include, but are not limited to, interest rates, foreign exchange, equity prices, commodity prices, credit spreads, implied volatilities and asset correlations in relation to the Bank Group's portfolios, trading business, execution of client trades.</p>
--------------------	--	---

		<p>Treasury and capital risk</p> <p>There are three primary types of treasury and capital risk faced by the Bank Group:</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) <u>Liquidity risk</u> – which is the risk that the Bank Group is unable to meet its contractual or contingent obligations or that it does not have the appropriate amount, tenor and composition of stable funding and liquidity to support its assets which may also be impacted by credit rating changes; (2) <u>Capital risk</u> – which is the risk that the Bank Group has an insufficient level or composition of capital to support its normal business activities and pension plans and to meet its regulatory capital requirements under normal operating environments or stressed conditions (both actual and as defined for internal planning or regulatory stress testing purposes); and (3) <u>Interest rate risk in the banking book</u> – which is the risk that the Bank Group is exposed to capital or income volatility because of a mismatch between the interest rate exposures of its (non-traded) assets and liabilities. <p>Operational risk and Model risk</p> <p>Operational risk is the risk of loss to the Bank Group from inadequate or failed processes or systems, human factors or due to external events where the root cause is not due to credit or market risks. Examples include: (i) operational resilience, (ii) cyber threats, (iii) new and emergent technology, (iv) external fraud, (v) data management and information protection, (vi) algorithmic trading, (vii) processing error, (viii) supplier exposure, (ix) critical accounting estimates and judgements, (x) tax risk and (xi) ability to hire and retain appropriately qualified employees.</p> <p>Model risk is the risk of potential adverse consequences from financial assessments or decisions based on incorrect or misused model outputs and reports. Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality because they rely on assumptions and inputs, and so they may be subject to errors affecting the accuracy of their outputs. Model errors or misuse may result in (among other things) the Bank Group making inappropriate business decisions and/or inaccuracies or errors being identified in the Bank Group's risk management and regulatory reporting processes.</p> <p>Conduct risk and Reputation risk</p> <p>Conduct risk is the risk of detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct. This risk could manifest itself in a variety of ways: (i) employee misconduct, (ii) product governance and life cycle, (iii) financial crime, (iv) data protection and privacy and (v) regulatory focus on culture and accountability.</p> <p>Reputation risk is the risk that an action, transaction,</p>
--	--	---

		<p>investment, event, decision or business relationship will reduce trust in the Bank Group's integrity and competence.</p> <p>Reputation risk has the potential to arise from operational issues or conduct matters which cause detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Bank Group.</p> <p>Material existing and emerging risks potentially impacting more than one principal risks</p> <p>In addition to the risks set out above, there are also material existing and emerging risks that potentially impact more than one of these principal risks. These risks are: (i) potentially unfavourable global and local economic and market conditions, as well as geopolitical developments; (ii) the process of UK withdrawal from the EU; (iii) the impact of interest rate changes on the Bank Group's profitability; (iv) the competitive environments of the banking and financial services industry; (v) the regulatory change agenda and impact on business model; (vi) the impact of climate change on the Bank Group's business; and (vii) the impact of benchmark interest rate reforms on the Bank Group.</p> <p>Legal risk and legal, competition and regulatory matters</p> <p>The Bank Group conducts activities in a highly regulated market which exposes it to legal risk arising from (i) the multitude of laws and regulations that apply to the businesses it operates, which are highly dynamic, may vary between jurisdictions, and are often unclear in their application to particular circumstances especially in new and emerging areas; and (ii) the diversified and evolving nature of the Bank Group's businesses and business practices. In each case, this exposes the Bank Group to the risk of loss or the imposition of penalties, damages or fines from the failure of members of the Bank Group to meet their respective legal obligations, including legal or contractual requirements. Legal risk may arise in relation to a number of the risk factors, including (without limitation) as a result of (i) the UK's withdrawal from the EU, (ii) benchmark reform, (iii) the regulatory change agenda, and (iv) rapidly evolving rules and regulations in relation to data protection, privacy and cyber security.</p> <p>The Issuer and the Bank Group are subject to substantial resolution powers</p> <p>Under the Banking Act, substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the United Kingdom Prudential Regulation Authority, the UK Financial Conduct Authority and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime. These powers enable the Bank of England (or any successor or replacement thereto and/or such other authority in the United Kingdom with the ability to exercise the UK Bail-in Power) to implement various resolution measures and stabilisation options (including, but not limited to, the bail-in tool) with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Issuer) (each a "relevant entity") in circumstances in which the Resolution Authority is satisfied</p>
--	--	--

		<p>that the relevant resolution conditions are met.</p> <p>"UK Bail-in Power" means any write-down, conversion, transfer, modification and/or suspension power existing from time to time under any laws, regulations, rules or requirements relating to the resolution of banks, banking group companies, credit institutions and/or investment firms incorporated in the United Kingdom in effect and applicable in the United Kingdom to the Issuer or other members of the Bank Group (as the same has been or may be amended from time to time) pursuant to which obligations of a bank, banking group company, credit institution or investment firm or any of its affiliates can be reduced, cancelled, amended, transferred and/or converted into shares or other securities or obligations of the obligor or any other person.</p>
--	--	--

- XI.** In den Basisprospekten werden jeweils im Abschnitt **"RISIKOFAKTOREN"** in dem Unterabschnitt **"FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN"** die Risikofaktoren ab dem Unterabschnitt **"Hauptrisiken in Bezug auf die Emittentin und die Bankengruppe"** (einschließlich) wie folgt ersetzt:

Hauptrisiken in Bezug auf die Bank und die Barclays Bankengruppe

Wesentliche Risiken sind Risiken, denen das obere Management besondere Aufmerksamkeit widmet und die dazu führen könnten, dass die Strategie, Ertragslage, Finanzlage und/oder Aussichten der Barclays Bankengruppe wesentlich von den Erwartungen abweichen. Entstehende Risiken sind Risiken, deren Bestandteile weitgehend unbekannt sind und deren Auswirkungen sich erst über einen längeren Zeitraum herausstellen könnten. Darüber hinaus könnten sich bestimmte Umstände außerhalb der Kontrolle der Barclays Bankengruppe in ähnlicher Weise - obwohl diese im Folgenden nicht näher ausgeführt sind - auf die Barclays Bankengruppe auswirken, insbesondere eine Eskalation von Terrorismus oder globalen Konflikten, Naturkatastrophen, der Ausbruch von Epidemien und ähnliche Ereignisse.

Die nachstehend beschriebenen Risiken sind die vom oberen Management identifizierten bestehenden und entstehenden wesentlichen Risiken in Bezug auf die Barclays Bankengruppe.

i) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf mehr als ein Hauptrisiko auswirken können

1. Geschäftsbedingungen, allgemeine Wirtschaftslage und geopolitische Lage

Das Geschäft der Barclays Bankengruppe unterliegt potenziell nachteiligen globalen und lokalen Wirtschafts- und Marktbedingungen sowie geopolitischen Entwicklungen, die sich wesentlich auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken können.

Eine Verschlechterung der globalen oder lokalen Wirtschafts- und Marktbedingungen kann (unter anderem) zu (i) einem Rückgang des Geschäfts, geringeren Verbraucher- oder Anlegervertrauen und geringeren Aktivitäten bei Anlageinvestitionen und einer Abnahme des Produktivitätswachstums, was wiederum zu einer geringeren Kundenaktivität, einschließlich einer geringeren Nachfrage nach Krediten von kreditwürdigen Kunden führen kann; (ii) einem Anstieg der Ausfallquoten, Rückstände, Abschreibungen und Wertberichtigungen, da Schuldner mit der zusätzlichen finanziellen Belastung zu kämpfen haben; (iii) gesunkenen Preisen von Vermögenswerten und einem schlechteren Zahlungsverhalten, einschließlich des Werts der von der Barclays Bankengruppe gehaltenen Sicherheiten; (iv) Marktwert-Verlusten in Handelsportfolios, die sich aus Veränderungen von Faktoren wie beispielsweise den Bonitätsbewertungen, den Aktienkursen und der Solvenz der Vertragspartner ergeben; und (v) Überprüfungen von errechneten erwarteten Kreditverlusten, die höhere Wertberichtigungen zur Folge haben, führen. Darüber hinaus können sich verschlechternde wirtschaftliche Bedingungen und

Marktstörungen auf die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe auswirken, Kapital von externen Investoren zu beschaffen.

Geopolitische Ereignisse könnten zu einer weiteren finanziellen Instabilität führen und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen. Insbesondere:

- (a) Im Vereinigten Königreich könnte die Entscheidung zum Austritt aus der EU weitere wirtschaftliche und politische Folgen, einschließlich auf das Anleger- und Marktvertrauen im Vereinigten Königreich und dem Rest der EU, nach sich ziehen (siehe "*Das Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der EU*" unten).
- (b) Ein bedeutender Anteil des Portfolios der Barclays Bankengruppe befindet sich in den Vereinigten Staaten. Darin enthalten sind ein wichtiges Kreditkartenportfolio sowie vielfältige Kreditengagements im Unternehmens- und Investmentbankingbereich. Es ist weiterhin möglich, dass es zu bedeutsamen politischen Veränderungen in den Vereinigten Staaten in bestimmten Bereichen (wie dem Handel, dem Gesundheitswesen und im Bereich der Rohstoffe) kommt, welche Auswirkung auf damit verbundene Portfolios der Barclays Bankengruppe haben könnten. Gerät die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in eine angespannte Lage, schwächt sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ab und kommt es zu damit verbundenen Wechselkursschwankungen, nehmen die Handelsspannungen (wie aktuell der Streit zwischen den Vereinigten Staaten und China) zu, steigt die Arbeitslosigkeit unerwartet und/oder kommt es zu einer unerwarteten Anhebung der Zinssätze, könnte dies zu erhöhten Wertminderungen und zu einer negativen Auswirkung auf die Ertragskraft der Barclays Bankengruppe haben.
- (c) Das globale BIP-Wachstum ging 2019 zurück, da die gestiegene politische Unsicherheit die Produktions- und Anlageaktivitäten belastete. Infolgedessen lockerten eine Reihe von Zentralbanken, allen voran die Federal Reserve und die Europäische Zentralbank, ihre Geldpolitik. Während die direkten und indirekten Auswirkungen des Ausbruchs des Coronavirus (COVID-19) weiterhin ungewiss sind, haben eine Reihe von Zentralbanken und Regierungen in Erwartung sehr starker negativer Auswirkungen auf das BIP im Jahr 2020 finanzielle Konjunkturpakete angekündigt. Es bestehen weiterhin Bedenken, ob diese politischen Instrumente den erwarteten makroökonomischen Risiken entgegenwirken, und eine Verlängerung des Ausbruchs könnte das Wirtschaftswachstum erheblich beeinträchtigen, sich auf bestimmte Branchen oder Länder auswirken oder die Mitarbeiter und die Geschäftstätigkeit der Barclays Bankengruppe in den betroffenen Ländern beeinträchtigen. Zudem kann sich ein Anstieg von geopolitischen Spannungen, der größere Einsatz von protektionistischen Maßnahmen oder ein geordneter Ausstieg aus der EU negativ auf das Geschäft der Barclays Bankengruppe in den betroffenen Regionen auswirken.
- (d) In China besteht aufgrund der Geschwindigkeit des Kreditwachstums angesichts des hohen Fremdkapitalanteils trotz staatlicher und regulatorischer Maßnahmen weiter Grund zur Sorge. Dies könnte eine stärker als erwartete Abschwächung zur Folge haben, falls die Behörden nicht in der Lage sind, das Wachstum während des Übergangs von einem Herstellungsland zu einem Dienstleistungsland und das Ende des Investment- und Kreditfinanzierungsbooms in angemessener Weise zu steuern. Eine Verschlechterung der Schwellenmärkte könnte sich auf die Barclays Bankengruppe auswirken, wenn dies zu höheren Wertberichtigungen infolge von Zahlungsausfällen von Staaten oder Vertragspartnern führt.

2. Das Austrittsverfahren des Vereinigten Königreichs aus der EU

Die Art und Weise, auf die das Vereinigte Königreich aus der EU austritt, wird sich wahrscheinlich merklich auf die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen im Vereinigten Königreich und in der EU auswirken. Es ist möglich, dass die zukünftige Beziehung des Vereinigten Königreichs zur EU und ihre Handelsbeziehungen zum Rest der Welt erst in einigen Jahren abschließend geregelt sein werden. Dies kann zu einer längeren Periode der Unsicherheit, instabilen wirtschaftlichen Bedingungen und Marktvolatilität, einschließlich Schwankungen der Zinssätze und Wechselkurse, führen.

Auch wenn die konkreten Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU noch nicht bekannt sind, wird die Barclays Bankengruppe weiterhin die Risiken überwachen, die sich unmittelbar auf ihr Geschäft auswirken könnten. Hierzu gehören u.a. folgende Risiken:

- (a) Die Marktvolatilität, auch bei Währungen und Zinssätzen, könnte zunehmen, was sich auf den Wert der Handelsbuchpositionen der Barclays Bankengruppe auswirken könnte.
- (b) Die Kreditspreads könnten sich ausweiten, was zu einem geringeren Interesse der Anleger für die von der Barclays Bankengruppe ausgegebenen Schuldtitel führen könnte. Dies könnte sich negativ auf die Kosten von und/oder den Zugang der Barclays Bankengruppe zu Finanzierungen auswirken. Darüber hinaus könnte sich die Markt- und Zinsvolatilität auf den Wert der Vermögenswerte im Bankbuch und der von der Barclays Bankengruppe zu Liquiditätszwecken gehaltenen Wertpapiere auswirken.
- (c) Eine die Barclays Bankengruppe direkt betreffende Herabstufung durch eine Ratingagentur oder eine die Barclays Bankengruppe indirekt betreffende Herabstufung aufgrund der Herabstufung der Regierung des Vereinigten Königreichs könnte zu erheblich höheren Finanzierungskosten führen und/oder den Zugang der Barclays Bankengruppe zu Finanzierungen einschränken und zu einer Ausweitung der Kreditspreads für die Barclays Bankengruppe führen und sich wesentlich nachteilig auf die Zinsmargen und Liquiditätsposition der Barclays Bankengruppe auswirken.
- (d) Im Vereinigten Königreich könnte eine Rezession mit geringerem Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit und sinkenden Immobilienpreisen zu erhöhten Wertminderungen in Bezug auf eine Reihe von Portfolios der Barclays Bankengruppe, einschließlich, aber nicht beschränkt auf ihre Geschäftskundenportfolios und gewerblichen Immobilienengagements, führen.
- (e) Die Fähigkeit qualifizierte und kompetente Mitarbeiter zu gewinnen und an sich zu binden, kann von dem zukünftigen Vorgehen des Vereinigten Königreichs und der EU im Hinblick auf die EU-Freizügigkeit und Einwanderung aus EU-Ländern beeinflusst werden und dies kann wiederum den Zugang der Barclays Bankengruppe zum Talentpool der EU beeinträchtigen.
- (f) Ein ungeordneter Ausstieg aus der EU kann die Fähigkeiten der Systeme der Barclays Bankengruppe belasten, das Risiko eines Ausfalls dieser Systeme erhöhen und möglicherweise zu Verlusten und Reputationsschäden für die Barclays Bankengruppe führen.
- (g) Änderungen der aktuellen EU "Passporting"-Rechte werden wahrscheinlich weitere Anpassungen des aktuellen Modells für grenzüberschreitende Bankgeschäfte der Barclays Bankengruppe erforderlich machen, was zu einer höheren operativen Komplexität und/oder zu höheren Kosten für die Barclays Bankengruppe führen könnte.
- (h) Der rechtliche Rahmen, in dem die Barclays Bankengruppe tätig ist, könnte sich ändern und ungewisser werden, wenn das Vereinigte Königreich Maßnahmen ergreift, um derzeit geltende Gesetze, die sich auf EU-Recht und -Regulierung (einschließlich einer EU-Regulierung des Bankensektors) beziehen, nach ihrem Austritt aus der EU abzuschaffen. Die Rechtssicherheit hinsichtlich der Fähigkeit zur Aufrechterhaltung bestehender Verträge, der Vollstreckbarkeit bestimmter rechtlicher Pflichten und die Ungewissheit hinsichtlich der Rechtsprechung britischer Gerichte wird eventuell beeinträchtigt, bis die Auswirkungen des Verlustes der aktuellen rechtlichen und regulatorischen Vereinbarungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU sowie die Vollstreckbarkeit von Urteilen britischer Gerichte in der gesamten EU vollständig bekannt sind.
- (i) Sollte das Vereinigte Königreich sich mit einem reduzierten Zugang zu Finanzmarktinfrastrukturen (wie Börsen, zentralen Gegenparteien und Zahlungsdienstleistungen oder anderen von externen Anbietern erbrachten Dienstleistungen) konfrontiert sehen, könnte dies die Erbringung von Dienstleistungen an Kunden beeinträchtigen und wahrscheinlich zu einem geringeren Marktanteil, geringeren Umsatzerlösen und höheren Betriebskosten der Barclays Bankengruppe führen.

3. Die Auswirkung von Zinsänderungen auf die Ertragskraft der Barclays Bankengruppe

Jede Änderungen von Zinssätze ist für die Barclays Bankengruppe von großer Bedeutung, insbesondere angesichts der Ungewissheit über die Richtung der Zinssätze und das Tempo, in dem sich die Zinssätze insbesondere in den Hauptmärkten der Barclays Bankengruppe, dem Vereinigten Königreich und den USA, ändern können.

Eine anhaltende Niedrigzinsperiode mit flachen Zinsstrukturkurven und weiteren Einschnitten könnte die Nettozinsmargen der Barclays Bankengruppe (die Differenz zwischen ihren Erträgen aus dem

Kreditgeschäft und den Kreditkosten) beeinträchtigen und weiter belasten und sich negativ auf die Ertragskraft und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken. Auch wenn steigende Zinssätze sich auf die Ertragskraft der Barclays Bankengruppe positiv auswirken könnten, da die Erträge aus dem Privatkunden- und Geschäftskundengeschäft aufgrund einer Verringerung der Marge zunehmen, könnten weitere Zinserhöhungen, wenn sie stärker oder häufiger als erwartet ausfallen, zu einem allgemein schwächer als erwarteten Wachstum, einem geringeren Geschäftsvertrauen und einer höheren Arbeitslosigkeit führen, was wiederum die Kreditportfolios und die Underwriting-Aktivitäten der Barclays Bankengruppe belasten könnte. Daraus folgend höhere Zahlungsausfälle, die zu einer erhöhten Wertminderung führen, würden vor allem unbesicherte Privatkundenportfolios und die Vergabe von Krediten an Großkunden ohne "Investment Grade" beeinflussen und sich wesentlich auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

Überdies könnten Änderungen von Zinssätzen sich ebenfalls nachteilig auf den Wert der Wertpapiere im Portfolio der liquiden Vermögenswerte der Barclays Bankengruppe auswirken. Somit könnte dies über die Rücklagen für erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Instrumente (*Fair Value through Other Comprehensive Income, FVOCI*) der Barclays Bankengruppe eine größere Volatilität als erwartet erzeugen.

4. Das Wettbewerbsumfeld der Bank- und Finanzdienstleistungsindustrie

Die Geschäfte der Barclays Bankengruppe finden in einem wettbewerbsintensiven Umfeld (insbesondere im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten) mit einer steigenden wettbewerbsrechtlichen Überwachung statt und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Barclays Bankengruppe hängt von der Fähigkeit der Barclays Bankengruppe ab, auf Wettbewerbsdruck, der durch das Verhalten von Wettbewerbern, neue Marktteilnehmer, Verbrauchernachfragen, technologische Änderungen oder aus anderen Gründen entsteht, zu reagieren.

Dieses Wettbewerbsumfeld und die Reaktion der Barclays Bankengruppe darauf kann sich wesentlich nachteilig auf die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe, bestehende Marktanteile beizubehalten oder zusätzliche Marktanteile zu gewinnen, und auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

5. Die regulatorische Änderungen und Auswirkungen auf das Geschäftsmodell

Die Barclays Bankengruppe unterliegt in vielen Ländern, in denen sie tätig ist (insbesondere in Großbritannien und den USA), weiterhin erheblichen regulatorischen Änderungen und Kontrollen. Folglich wird das aufsichtsrechtliche Risiko ein Schwerpunkt für die Geschäftsleitung bleiben. Darüber hinaus können ein intensiverer regulatorischer Ansatz und erhöhte Anforderungen zusammen mit dem potenziellen Mangel einer internationalen Koordinierung des Aufsichtsrechts zu einer Zeit, in der erhöhte Aufsichtsrechtsstandards entwickelt und umgesetzt werden, die Geschäfts-, Kapital- und Risikomanagementstrategien der Barclays Bankengruppe nachteilig beeinflussen und/oder dazu führen, dass die Barclays Bankengruppe beschließt, ihre rechtliche Einheit, ihre Kapital- und Finanzierungsstrukturen und sowie die Zusammensetzung ihrer Geschäftsbereiche zu ändern oder sich aus bestimmten Geschäftsfeldern insgesamt zurückzuziehen oder ein Geschäftsfeld – trotz attraktiver Perspektiven - nicht weiter auszubauen.

Es bestehen zahlreiche wichtige Gesetze und Schwerpunktbereiche, die in wesentlichem Umfang die Aufmerksamkeit der Geschäftsleitung, Kosten und Ressourcen erfordern werden, darunter:

- (a) Änderungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die sich auf die Mindestanforderungen an Eigenmittel und anrechnungsfähige Verbindlichkeiten (minimum requirements for own funds and eligible liabilities, "MREL") (einschließlich Anforderungen an interne MREs), Fremdkapital- oder Liquiditätsanforderungen, geltende Puffer und/oder Zusätze zu solchen Mindestanforderungen und den Berechnungsmethoden der risikogewichteten Vermögenswerte auswirken können, die alle von internationalen, EU- oder nationalen Behörden festgelegt werden könnten. Diese oder ähnliche Änderungen von aufsichtsrechtlichen Anforderungen oder zusätzliche aufsichtsrechtliche Erwartungen, könnten entweder einzeln oder zusammen unter anderem zu einem Bedarf an weiteren Managementmaßnahmen führen, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden, wie beispielsweise:

- einer Zunahme der Kapital-, MREL- oder Liquiditätsressourcen, einer Verminderung des Fremdkapitalanteils und der risikogewichteten Vermögenswerte;
 - Verkaufsbeschränkungen von Kapitalinstrumenten;
 - einer Abänderung der Bedingungen ausstehender Kapitalinstrumente;
 - einer Abänderung der Struktur der Rechtspersönlichkeit (dies umfasst auch die Emission und den Einsatz von Kapital, MREL und die Finanzierung);
 - der Änderung der geschäftlichen Diversifikation der Barclays Bankengruppe oder den Ausstieg aus anderen Geschäftsfeldern; und/oder
 - die Vornahme anderer Maßnahmen zur Stärkung der Position der Barclays Bankengruppe.
- (b) Der Derivatemarkt stand in den letzten Jahren in den G20-Ländern und darüber hinaus im besonderen Fokus der Aufsichtsbehörden; in diesem Zusammenhang wurden Regelungen eingeführt, die die Meldung und Abrechnung standardisierter außerbörslicher (OTC) Derivate und die zwingenden Leistungen von Sicherheiten für nicht über ein Clearingsystem abgerechnete außerbörsliche Derivate erfordern. Diese Regelungen können höhere Kosten für die Marktteilnehmer nach sich ziehen und die Liquidität in den Derivatemärkten verringern. Allgemein lässt sich sagen, dass jegliche Änderungen des regulatorischen Rahmenwerks (insbesondere die Überarbeitung der zweiten Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente ("**MiFID II**") und die Umsetzung der EU-Benchmark-Verordnung (die "**Benchmark-Verordnung**") erheblich höhere Kosten für Marktteilnehmer mit sich bringen könnten und sich erheblich auf bestimmte Märkte, in denen die Barclays Bankengruppe tätig ist, auswirken könnten.
- (c) Die Gruppe und bestimmte ihrer Mitglieder, einschließlich der Emittentin, müssen in einer Reihe von Jurisdiktionen Stresstests der Aufsichtsbehörden durchlaufen. Zu diesen Tests gehören derzeit Programme der Bank of England (BoE), der Europäischen Bankenaufsicht, der Federal Deposit Insurance Corporation und des Federal Reserve Board. Die Nichteinhaltung der Anforderungen der aufsichtsrechtlichen Stresstests oder die Nichtgenehmigung der Ergebnisse der Stresstests und der Kapitalpläne der Gruppe durch die Aufsichtsbehörden könnte dazu führen, dass die Gruppe oder bestimmte ihrer Mitglieder, einschließlich der Emittentin, verpflichtet werden, ihre Kapitalposition zu verbessern, die Kapitalausschüttungen zu begrenzen oder zusätzliches Kapital in bestimmten Tochtergesellschaften einzubringen.

6. Die Auswirkung des Klimawandels auf das Geschäft der Barclays Bankengruppe

Die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken rücken sowohl im Vereinigten Königreich als auch international immer stärker in den gesellschaftlichen, regulatorischen und politischen Fokus. Die Integration des Klimarisikos in das Risikorahmenwerk der Barclays Bank Gruppe in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Aufsichtsbehörden und die Anpassung der Geschäftstätigkeit und Geschäftsstrategie der Barclays Bankengruppe, um sowohl die finanziellen Risiken zu bewältigen, die sich aus (i) dem physischen Risiko des Klimawandels und (ii) dem Risiko des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft ergeben, könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Barclays Bankengruppe haben.

Physische Risiken infolge des Klimawandels ergeben sich aus einer Reihe von Faktoren und hängen mit spezifischen Wetterereignissen und längerfristigen Klimaveränderungen zusammen. Die Art und der Zeitpunkt extremer Wetterereignisse können nicht vorhergesagt werden, sie werden jedoch zunehmend häufiger auftreten und sich in der Zukunft voraussichtlich auch stärker auf die Wirtschaft auswirken. Auswirkungen auf die Wirtschaft können sich unter anderem in Form eines niedrigeren BIP-Wachstums, einer höheren Arbeitslosigkeit und signifikanten Preisänderungen von Vermögenswerten und Änderungen der Ertragskraft bestimmter Branchen äußern. Sachschäden und eine Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit von Kreditnehmern könnte den Wert der Vermögenswerte und die Bonität der Kunden beeinträchtigen, was zu höheren Ausfallquoten, Rückständen, Abschreibungen und Wertberichtigungen in den Portfolios der Barclays Bankengruppe führen kann. Darüber hinaus könnten die Geschäftsräume und die Widerstandsfähigkeit der Barclays Bankengruppe aufgrund von Wetterereignissen und ihre Widerstandsfähigkeit beeinträchtigt werden, was zu höheren

Da sich die Wirtschaft hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft entwickelt, könnten Finanzinstitute wie die Barclays Bankengruppe größere und schneller erfolgende Änderungen in den Erwartungen der beteiligten Interessengruppen und der Politik, Gesetze und Regulierung zu bewältigen haben, was die Kreditaktivitäten der Barclays Bankengruppe und die mit ihren Kreditportfolios verbundenen Risiken sowie den Wert der Finanzanlagen der Barclays Bankengruppe beeinträchtigen könnte. Da sich die Stimmung in Bezug auf den Klimawandel und die gesellschaftlichen Vorlieben ändern, kann die Art des von der Barclays Bankengruppe betriebenen Geschäfts einer stärkeren Überprüfung/Überwachung, einer negativen Berichterstattung in den Medien und einem Reputationsschaden ausgesetzt sein, was wiederum einen Einfluss auf die Nachfrage der Kunden nach Produkten der Barclays Bankengruppe, Renditen auf bestimmte Geschäftsaktivitäten und den Wert bestimmter Vermögenswerte und Handelspositionen haben und zu Wertminderungen führen kann.

Die Auswirkungen der physischen Klimarisiken und Risiken, die sich infolge der sich ändernden Wirtschaft (Übergangsrisiken) ergeben, können darüber hinaus zu damit verbundenen untergeordneten Risiken führen, die möglicherweise die Privat- und Geschäftskundenportfolios der Barclays Bankengruppe beeinträchtigen könnten. Die Auswirkungen des Klimawandels könnten in den denjenigen Branchen, die auf die Auswirkungen der physischen Risiken und Übergangsrisiken des Klimawandels empfindlicher reagieren, zu höheren Verlusten führen. Ein sich daran anschließender Anstieg der Ausfallquoten und der Arbeitslosigkeit könnte die Konjunktur belasten, was wiederum zu einer Verschlechterung der Bonität der Kunden der Barclays Bankengruppe, höheren Kreditausfällen als erwartet und höheren Abschreibungen und Ausfällen bei den Privatkunden führen kann.

Versäumt es die Barclays Bankengruppe, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken angemessen in ihren Risikorahmen zu integrieren und dadurch die ihr infolge des Klimawandels drohenden finanziellen und betrieblichen Risiken hinreichend einzuschätzen, zu handhaben und zu veröffentlichen, oder ihre Strategie und ihr Geschäftsmodell zeitnah an die sich ändernden regulatorischen Anforderungen und Markterwartungen anzupassen, kann sich dies wesentlich und negativ auf die Höhe des Geschäftswachstums, die Wettbewerbsfähigkeit, Ertragskraft, Kapitalanforderungen, Finanzierungskosten und Finanzlage der Barclays Bankengruppe auswirken.

7. Die Auswirkung von Referenzwertreformen auf die Barclays Bankengruppe

Aufsichtsbehörden und Zentralbanken weltweit bemühen sich seit einigen Jahren auf internationaler Ebene um eine Reform der wichtigsten Referenzwerte und Indizes wie dem London Interbank Offered Rate (LIBOR), die für die Festlegung von Verbindlichkeiten bei einer Vielzahl von Transaktionen verwendet werden, und um eine größere Zuverlässigkeit und Belastbarkeit dieser Werte und Indizes. Dies hat zu erheblichen Änderungen in der Methodik und Funktionsweise bestimmter Referenzwerte und Indizes, zur Einführung alternativer "risikofreier" Referenzwerte und der vorgeschlagenen Einstellung bestimmter Referenzwerte (einschließlich des LIBOR) geführt und wird wahrscheinlich noch weitere Änderungen nach sich ziehen.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Art dieser potenziellen Änderungen, der Verfügbarkeit und/oder Geeignetheit alternativer "risikofreier" Referenzwerte und anderer Reformen kann sich negativ auf eine Vielzahl von Transaktionen (einschließlich auf Wertpapiere, Darlehen und Derivate, die den LIBOR zur Festlegung von zahlbaren Zinsbeträgen verwenden und die in den Finanzanlagen und -verbindlichkeiten der Barclays Bankengruppe enthalten sind) auswirken, die diese Referenzwerte und Indizes verwenden, und eine Reihe von Risiken für die Barclays Bankengruppe mit sich bringen, unter anderem:

(a) Verhaltensrisiko:

Die Barclays Bankengruppe ist in Bezug auf die Maßnahmen, die für die Umstellung bei der Verwendung bestimmter Referenzwerte (einschließlich des LIBOR) ergriffen werden, einem Verhaltensrisiko ausgesetzt. Wenn die Barclays Bankengruppe (i) in der Wahrnehmung der Beteiligten manipulierende Marktaktivitäten vornimmt oder einen falschen oder irreführenden Eindruck vermittelt, (ii) sensible Informationen missbraucht oder Interessenkonflikte nicht identifiziert, angemessen handhabt oder vermeidet, (iii) Kunden mangelhaft berät, falsche Angaben macht, ungeeignete Produkte oder einen inakzeptablen Service erbringt, (iv) auf Schlichtungsversuche oder Kundenbeschwerden nicht angemessen oder einheitlich reagiert, (v) die Offenlegungspflichten gegenüber Aufsichtsbehörden nicht ordnungsgemäß erfüllt oder (vi) Absprachen mit Wettbewerbern trifft oder unangemessen Informationen mit Wettbewerbern teilt, kann ein solches Verhalten Kundenbeschwerden.

(b) Finanzrisiko:

Es kann zu einer Änderung in der Bewertung bestimmter Finanzanlagen und -verbindlichkeiten der Barclays Bankengruppe kommen. Die Umstellung auf bestimmte "risikofreie" Referenzwerte kann darüber hinaus die Fähigkeit von Mitgliedern der Barclays Bankengruppe beeinträchtigen, Beträge zu berechnen, die ihnen auf bestimmte Finanzinstrumente geschuldet werden, oder die sie auf bestimmte Finanzverbindlichkeiten (wie von ihnen begebene Schuldtitel) zu zahlen haben, da die derzeitigen alternativen "risikofreien" Referenzwerte (wie der Sterling Overnight Index Average und die Secured Overnight Financing Rate) sich auf die Vergangenheit beziehen, während laufzeitbezogene Sätze (wie der LIBOR) es Kreditnehmern ermöglichen, am Beginn einer Zinsperiode genau zu berechnen, wieviel sie am Ende dieser Zinsperiode zurückzahlen müssen. Dies kann sich wesentlich nachteilig auf die Kapitalflüsse der Barclays Bankengruppe auswirken.

(c) Preisrisiko:

Änderungen bestehender Referenzwerte und Indizes, die Einstellung eines Referenzwerts oder Index und die Umstellung auf die Verwendung alternativer "risikofreier" Referenzwerte können die von der Barclays Bankengruppe bei bestimmten Transaktionen verwendeten Preismechanismen beeinträchtigen.

(d) Operationelles Risiko:

Änderungen bestehender Referenzwerte und Indizes, die Einstellung eines Referenzwerts oder Index und die Umstellung auf die Verwendung alternativer "risikofreier" Referenzwerte können Änderungen der IT-Systeme, Handelsberichtsinfrastruktur, betrieblichen Abläufe und Kontrollen der Barclays Bankengruppe erforderlich machen. Wenn ein Referenzwert oder Index (wie der LIBOR) nicht mehr für die Berechnung von zahlbaren Beträgen zur Verfügung steht, können der Barclays Bankengruppe außerdem zusätzliche Kosten für die Anpassung ihrer Dokumentation für neue und bestehende Transaktionen und/oder für die Umstellung vom ursprünglichen Referenzwert oder Index auf einen neuen Referenzwert oder Index entstehen.

(e) Bilanzielles Risiko:

Gelingt es der Barclays Bankengruppe nicht, eine Sicherungsbilanzierung gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) vorzunehmen, dann könnte dies zu einer stärkeren Volatilität der Finanzergebnisse und Entwicklung der Barclays Bankengruppe führen.

Jeder dieser Faktoren kann sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

ii) Wesentliche bestehende und entstehende Risiken, die sich auf einzelne Hauptrisiken auswirken

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist das Risiko eines Verlustes für die Barclays Bankengruppe, der dadurch entsteht, dass Kunden, Verbraucher oder Gegenparteien, einschließlich Staaten, ihren Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern der Barclays Bankengruppe nicht vollständig nachkommen; dies beinhaltet die vollständige und rechtzeitige Zahlung von Kapital, Zinsen, Sicherheiten und anderen Forderungen.

1. Wertminderung

Die Einführung der Wertminderungsregelungen zu Finanzinstrumenten nach IFRS 9 führte zu Rückstellungen für Wertberichtigungen, die zu einem früheren Zeitpunkt und auf einer stärker zukunftsorientierten Basis berücksichtigt werden müssen und ein breiteres Spektrum von Finanzinstrumenten erfassen, und kann sich auch weiterhin wesentlich auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken. Die Bemessung erfordert eine komplexe Beurteilung und die Belastungen aufgrund von Wertminderungen könnten volatiler ausfallen, insbesondere unter Stressbedingungen. Unbesicherte Produkte mit längeren Laufzeiten, wie beispielsweise Kreditkarten, sind am stärksten betroffen. Unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen können sich die Eigenkapitalanforderungen in Bezug auf die höheren Rückstellungen nachteilig auf die regulatorischen Eigenkapitalquoten der Barclays Bankengruppe auswirken. Zusätzlich könnte sich der Wechsel von entstandenen Verlusten zu erwarteten Kreditverlusten

auf das Ergebnis der Barclays Bankengruppe unter angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder regulatorischen Stresstests auswirken.

2. Bestimmte Sektoren und Konzentrierung

Die Barclays Bankengruppe unterliegt dem Risiko, dass sich in Bezug auf Kreditnehmer und Vertragspartner eines bestimmten Portfolios die Bonität und die Werthaltigkeit von Forderungen ändern können. Jede Verschlechterung der Bonität könnte eine geringere Werthaltigkeit und höhere Wertminderungen in Bezug auf einen bestimmten Sektor zur Folge haben. Nachstehend sind Bereiche aufgeführt, in denen Unsicherheiten für das Portfolio der Barclays Bankengruppe bestehen, die sich in wesentlichem Maße auf das Ergebnis auswirken können.

(a) Einzelhandel im Vereinigten Königreich, Gastgewerbe und Freizeit

Eine nachlassende Nachfrage, steigende Kosten und ein Strukturwandel hin zum Online-Shopping verstärkt den Druck auf den Einzelhandel und andere stark von Konsumausgaben abhängende Sektoren im Vereinigten Königreich. Da sich diese Sektoren weiterhin neu ausrichten, stellt dieser Trend ein potenzielles Risiko für das Geschäftskundenportfolio der Barclays Bankengruppe im Vereinigten Königreich dar, und zwar aus der Sicht der Interaktionen mit Einzelhändlern und deren Vermietern.

(b) Finanzierbarkeit der Verbraucher

Die Finanzierbarkeit der Verbraucher blieb auch weiterhin im Fokus, insbesondere im Bereich der unbesicherten Kredite. Gesamtwirtschaftliche Faktoren wie steigende Arbeitslosigkeit, die die Fähigkeit von Kunden zur Bedienung von unbesicherten Zahlungsverpflichtungen beeinträchtigen, könnten zu höheren Rückständen bei unbesicherten Produkten führen. Die Barclays Bankengruppe ist dem Risiko negativer Ergebnisse aus ihrem Kreditgeschäft bei unbesicherten Produkten, insbesondere in den Vereinigten Staaten über ihr dortiges Kreditkartengeschäft, ausgesetzt.

(c) Immobilienmarkt im Vereinigten Königreich

Immobilien im Vereinigten Königreich haben einen großen Anteil am gesamten Unternehmens-Kreditrisiko der Barclays Bankengruppe im Vereinigten Königreich. 2019 verlangsamte sich der Anstieg der Immobilienpreise im Vereinigten Königreich, insbesondere in London und im Südosten, wo die Barclays Bankengruppe ein hohes Konzentrationsrisiko besitzt. Die Barclays Bankengruppe ist dem Risiko von höheren Wertminderungen aus einem erheblichen Rückgang der Immobilienpreise ausgesetzt.

(d) Übernahme von Risikofinanzierungen (*Leverage Finance*)

Die Barclays Bankengruppe übernimmt insbesondere in den USA und in Europa Positionen mit einem Rating unterhalb von "Investment-Grade", die Einzeladressenrisiken umfassen. Während des Übernahme-Zeitraums ist die Barclays Bankengruppe den durch Kreditereignisse und Marktvolatilität geschaffenen Risiken ausgesetzt. Negative Ereignisse innerhalb dieses Zeitraums können Verluste für die Barclays Bankengruppe oder einen erhöhten Kapitalbedarf nach sich ziehen, falls die Notwendigkeit entstehen sollte, die Position für einen längeren Zeitraum zu halten.

(e) Italienisches Hypothekenportfolio

Die Barclays Bankengruppe ist einem Abschwung der italienischen Wirtschaft durch ein Hypothekenportfolio von ablaufenden (*run-off*) und Positionen an Großkunden ausgesetzt. Das Wachstum der italienischen Wirtschaft blieb 2019 weiter schwach und, falls sich die Wirtschaft weiter verschlechtert, könnte dies eine wesentlich nachteilige Auswirkung auf die Ergebnisse der Barclays Bankengruppe, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf höhere Kreditverluste und Wertminderungen haben.

Die Barclays Bankengruppe ist auch sowohl bei ihren Kreditgeschäften als auch bei ihren Finanzdienstleistungen und Handelstätigkeiten, einschließlich Derivategeschäften und Geschäften mit Maklern, zentralen Clearingstellen, Händlern, anderen Banken, Investment- und Hedgefonds sowie anderen institutionellen Kunden, hohen Risiken in Bezug auf einzelne Vertragspartner ausgesetzt. Falls diese Vertragspartner ausfallen, kann sich dies erheblich auf die Buchwerte dieser Vermögenswerte

auswirken. Hinzu kommt, dass trotz einer gegebenenfalls erfolgten Reduzierung des Adressenausfallrisikos durch gewährte Sicherheiten das Kreditrisiko weiterhin hoch sein kann, falls die gehaltenen Sicherheiten nicht verwertet werden können oder zu Preisen verwertet werden müssen, die nicht ausreichen, um den vollen Betrag des Kredit- oder Derivate-Engagements wiederzuerlangen. Solche Ausfälle von Schuldnern können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Ergebnisse der Barclays Bankengruppe haben, beispielsweise aufgrund höherer Kreditausfälle und eines höheren Wertminderungsaufwands.

3. Marktrisiko

Das Marktrisiko ist das Verlustrisiko, das sich aus einer potenziell nachteiligen Veränderung des Wertes der Aktiva und Passiva der Barclays Bankengruppe aufgrund von Schwankungen von Marktvariablen ergibt, dies sind u.a. Zinssätze, Devisen, Aktienkurse, Rohstoffpreise, Kreditspreads, implizite Volatilitäten und Vermögenskorrelationen.

Eine Ausweitung der Handelsspannungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren wichtigsten Handelspartnern, verlangsamtes globales Wachstum und politische Bedenken in den Vereinigten Staaten und Europa (wie der Brexit) sind nur einige Faktoren, die zu einem höheren Marktrisiko für die Portfolios der Barclays Bankengruppe führen können.

Darüber hinaus ist das Handelsgeschäft der Barclays Bankengruppe dem allgemeinen und längerfristigen Risiko einer erhöhten Preisvolatilität der Vermögenswerte ausgesetzt, insbesondere, wenn hierdurch die Höhe der Marktliquidität nachteilig beeinflusst wird. Ein solches Szenario könnte die Barclays Bankengruppe in ihrer Fähigkeit zur Ausführung von Kundengeschäften beeinträchtigen und es könnte auch zu geringeren kundennachfragegetriebenen Erträgen und/oder marktbasieren Verlusten aus dem bestehenden Portfolio von Marktrisiken führen. Die kann zu höheren Absicherungskosten führen, welche sich aus der Neugewichtung von Risiken ergeben, die dynamisch gehandhabt werden müssen, weil sich die Marktniveaus und die mit ihnen verbundenen Volatilitäten ändern.

Änderungen von Marktbedingungen sind schwer vorherzusagen und diese Änderungen könnten sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

4. Treasury- und Kapitalrisiko

Es gibt drei Hauptarten von Treasury- und Kapitalrisiken, denen die Barclays Bankengruppe ausgesetzt ist:

(a) Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die Barclays Bankengruppe nicht in der Lage ist, ihre vertraglichen Verpflichtungen oder Eventualverpflichtungen zu erfüllen, oder dass sie nicht über die ausreichende Höhe, Laufzeit und Zusammensetzung von finanziellen Mitteln und Liquidität verfügt, um ihre Vermögenswerte zu erhalten. Dies könnte dazu führen, dass die Barclays Bankengruppe regulatorische Liquiditätsstandards nicht erfüllt oder das tägliche Bankgeschäft nicht aufrechterhalten kann. Zu den größten Liquiditätsrisiken, denen die Barclays Bankengruppe ausgesetzt ist, zählen:

(i) Die Stabilität des aktuellen Refinanzierungsprofils der Barclays Bankengruppe

Die Zahlungsunfähigkeit der Barclays Bankengruppe, könnte insbesondere im Bereich der auf Verlangen und kurzfristig auszahlbaren Konten und Einlagen zu einem Verlust des aktuellen Niveaus an Kunden- und Anlegervertrauen führen. Die Barclays Bankengruppe greift zur kurz- und langfristigen Finanzierung des laufenden Geschäfts regelmäßig auf die Geld- und Kapitalmärkte zurück. Zahlreiche Faktoren, einschließlich nachteiliger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, nachteiliger Veränderungen von verhaltensbasierten-, rechtlichen-, wettbewerbsrechtlichen sowie aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten und der Vertrauensverlust der Anleger, Vertragspartner und/oder Kunden der Barclays Bankengruppe können den Zugang der Barclays Bankengruppe zu den Kapitalmärkten und/oder die Kosten und andere Bedingungen, zu denen die Barclays Bankengruppe sich am Markt refinanziert, beeinträchtigen.

(ii) Veränderungen des Ratings und Folgen für die Finanzierungskosten

Ratingagenturen überprüfen regelmäßig die Bonitätseinstufung der Emittentin und bestimmter Mitglieder der Barclays Bankengruppe. Bonitätseinstufungen basieren auf einer Reihe von Faktoren, auch solchen, die außerhalb des Einflussbereichs der Barclays Bankengruppe liegen (wie politische und regulatorische Entwicklungen, Änderungen in Bewertungsmethoden, makroökonomische Bedingungen und Bonitätseinstufungen der Staaten, in denen die Barclays Bankengruppe tätig ist).

Auch wenn die Auswirkung der Änderung einer Bonitätseinstufung von einer Reihe von Faktoren abhängt (einschließlich der Emissionsart und der vorherrschenden Marktbedingungen), kann die Herabsetzung einer Bonitätseinstufung (insbesondere auf eine Herabstufung unter "Investment Grade") den Zugang der Barclays Bankengruppe zu den Geld- oder Kapitalmärkten und/oder die Bedingungen, zu denen die Barclays Bankengruppe sich refinanzieren kann, beeinflussen, zu höheren Finanzierungskosten und Kreditrisikoprämien (Kreditspreads) führen, das Volumen des Einlagenstamms der Barclays Bankengruppe reduzieren, zusätzliche Sicherheiten oder andere Anforderungen bei derivativen Verträgen und anderen besicherten Finanzierungsvereinbarungen erforderlich machen oder die Reihe der Vertragspartner, die mit der Barclays Bankengruppe Geschäfte abschließen wollen, einschränken. Jeder der dieser Faktoren könnte sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(b) Kapitalrisiko

Kapitalrisiko ist das Risiko, dass die Höhe oder die Zusammensetzung des Kapitals der Barclays Bankengruppe nicht ausreicht, um ihre normalen Geschäftsaktivitäten aufrecht zu erhalten und ihre regulatorischen Kapitalanforderungen in einem normalen Betriebsumfeld oder unter Stressbedingungen zu erfüllen (dies gilt sowohl für die tatsächliche Anforderungen als auch für die Anforderungen, welche für interne Planungs- oder regulatorische Stresstest bestimmt sind). Dies beinhaltet auch das Risiko aus der betrieblichen Altersvorsorge der Barclays Bankengruppe. Zu den wichtigsten Kapitalrisiken, denen die Barclays Bankengruppe ausgesetzt ist, zählen:

(c) Nichterfüllung aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen:

Dies könnte dazu führen, dass die Barclays Bankengruppe einige oder alle ihrer Geschäftsaktivitäten nicht mehr fortführen kann, regulatorische Stresstests nicht besteht, höhere Finanzierungskosten aufgrund des damit einhergehenden geringeren Anlegerinteresses oder schlechterer Bonitätseinstufungen entstehen, Ausschüttungen eingeschränkt werden, einschließlich der Ausschüttung von Dividenden, und/oder zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Eigen- und Fremdkapitalpositionen der Barclays Bankengruppe ergriffen werden müssen.

(d) Nachteilige Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf Kapitalquoten;

Die Barclays Bankengruppe verfügt über Eigenmittel, risikogewichtete Vermögenswerte und Fremdkapital in Fremdwährungen. Änderungen der Wechselkurse können sich daher nachteilig auf den entsprechenden Gegenwert in Pfund Sterling dieser Posten auswirken. Infolgedessen reagieren die regulatorischen Eigenkapitalquoten sensibel auf Wechselkursänderungen. Jedes Ausbleiben einer angemessenen Steuerung der Bilanz der Barclays Bankengruppe, um Wechselkursänderungen Rechnung zu tragen, kann sich nachteilig auf regulatorische Eigen- und Fremdkapitalquoten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(e) Nachteilige Entwicklungen in Pensionsfonds

Nachteilige Entwicklungen in den Pensionsvermögenswerten und -verbindlichkeiten für leistungsorientierte Pensionssysteme könnten zu Defiziten bei der Finanzierung und/oder Bilanzierung führen. Dies könnte dazu führen, dass die Barclays Bankengruppe beträchtliche zusätzliche Beiträge in ihre Pensionssysteme leisten muss und/oder eine Verschlechterung ihrer Eigenkapitalposition erleidet. Gemäß den International Accounting Standards 19 leitet sich der Diskontsatz für Verbindlichkeiten aus den Renditen von Unternehmensanleihen höchster Bonität ab. Daher würde die Bewertung der leistungsorientierten Systeme der Barclays Bankengruppe durch einen anhaltenden Absturz des Diskontsatzes aufgrund eines anhaltend niedrigen Zinssatzes und/oder eine anhaltend niedrige Kreditspread-Umgebung beeinträchtigt werden.

Inflationsabhängige Geldwertminderung ist ein weiterer signifikanter Risikofaktor für den Pensionsfonds, da die Verbindlichkeiten durch eine Zunahme der langfristigen Inflationserwartungen negativ beeinflusst werden.

(f) Zinsrisiken im Bankenbuch

Zinsrisiken im Bankenbuch beinhalten das Risiko, dass die Barclays Bankengruppe aufgrund einer Differenz zwischen ihren (nicht handelsbezogenen) Vermögenswerten und Verbindlichkeiten Kapital- oder Ertragsschwankungen ausgesetzt sind. Die Absicherungsprogramme der Barclays Bankengruppe für Zinsrisiken im Bankenbuch basieren auf Verhaltensannahmen und können infolge dessen den Erfolg der Absicherungsstrategie nicht garantieren. Eine mögliche Diskrepanz innerhalb der Gewichtung oder der Dauer der jeweiligen Absicherungsannahmen könnte zu einer Verschlechterung der Ertragslage führen. Fallende Zinssätze in den G3-Ländern können zu einer Schmälerung der Nettozinsmarge des Privatkundenportfolios führen. Der Liquiditätspool der Barclays Bankengruppe ist aufgrund von Bewegungen von Marktsätzen und -Preisen ebenfalls potenziellen Kapital- und/oder Ertragsschwankungen ausgesetzt.

5. Betriebliches Risiko

Betriebliches Risiko ist das Risiko des Verlusts, den die Barclays Bankengruppe infolge von unzureichenden oder fehlerhaften Prozessen oder Systemen, menschlichen Faktoren oder aufgrund von externen Ereignissen erleidet, deren Entstehungsgrund nicht auf Kredit- oder Marktrisiken zurückzuführen ist. Hierzu gehören beispielsweise:

(a) Betriebliche Belastbarkeit

Der Ausfall oder die Störung von Geschäftsabläufe stellt ein wesentliches inhärentes Risiko innerhalb der Barclays Bankengruppe und in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche dar, unabhängig davon, ob diese(r) durch Einflüsse auf Technologiesysteme der Barclays Bankengruppe oder die Verfügbarkeit von Personal oder Dienstleistungen Dritter hervorgerufen wurde.

Das Versäumnis, Belastbarkeits- und Wiederherstellungskapazitäten in die Geschäftsprozesse oder in die Dienstleistungen von Technologie, Immobilien oder Lieferanten einzubauen, von denen die Geschäftsprozesse der Barclays Bank Gruppe abhängen, kann zu erheblichen Kundenschäden, Kosten für die Erstattung von Verlusten, die den Kunden der Barclays Bank Gruppe entstehen, und zu Reputationsschäden führen.

(b) Cyber-Bedrohungen

Die Häufigkeit von Cyber-Angriffen nimmt weiter zu und stellt eine globale Bedrohung dar, die in allen Branchen zu finden ist. Der Finanzsektor ist nach wie vor ein Hauptziel für Cyberkriminelle, feindliche Nationalstaaten, Opportunisten und Hacktivisten, und es gibt ein zunehmendes Maß an Komplexität beim kriminellen Hacking zum Zwecke des Geldraubs, des Diebstahls, der Zerstörung oder Manipulation von Daten (einschließlich Kundendaten) und/oder der Störung des Betriebs. Hier bestehen vielfältige Bedrohungen, darunter Bedrohungen infolge von Schad-E-Mails, Distributed Denial of Service Angriffen, interner Angreifer, Beeinträchtigungen von Zahlungssystemen und Lieferketten und der Ausnutzung von Schwachstellen. Cyber-Ereignisse wirken sich erschwerend auf Dienstleistungen und Kosten aus, z. B. Datenverletzungen in Sozialen Netzwerken, bei Einzelhändlern und Zahlungsnetzwerken.

Jedes Versagen der Cyber-Sicherheitssysteme, -Verfahren oder -Kontrollen und/oder der IT-Systeme der Barclays Bankengruppe kann zu erheblichen finanziellen Verlusten, größeren Geschäftsunterbrechungen, der Unfähigkeit zur Erbringung von Kundendienstleistungen oder einen Verlust von Daten oder anderen sensiblen Informationen (auch als Folge eines Stromausfalls) führen und damit verbundene Reputationsschäden nach sich ziehen. Jeder dieser Faktoren könnte zu höheren Kosten (einschließlich unter anderem Kosten in Bezug auf die Benachrichtigung von Kunden oder die Entschädigung von Kunden) führen oder die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe beeinträchtigen, Kunden zu halten und neue Kunden zu gewinnen. Aufsichtsbehörden im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten und in Europa betrachten die Cyber-Sicherheit auch weiterhin als ein zunehmendes Systemrisiko für die Finanzdienstleistungsbranche und haben betont, dass Finanzinstitute ihre Überwachung, Kontrolle und Belastbarkeit (insbesondere von kritischen Dienstleistungen) gegenüber Cyber-Angriffen verbessern und diese Angriffe

gegebenenfalls rechtzeitig melden müssen. Angesichts der Abhängigkeit der Barclays Bankengruppe von Technologien, könnte sich ein Cyber-Angriff wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(c) Neue und neu entstehende Technologien

Technologische Neuerungen bieten die Möglichkeit, neue und innovative Wege der Geschäftstätigkeit innerhalb der Barclays Bankengruppe zu entwickeln, wobei neue Lösungen dabei sowohl intern als auch in Zusammenarbeit mit externen Unternehmen entwickelt werden. Die Einführung neuer Technologieformen kann jedoch auch die damit verbundenen Risiken erhöhen.

Ein Versäumnis, diese Risiken während aller Phasen der Geschäftsentwicklung auszuwerten, aktiv zu steuern und streng zu überwachen, könnte zu neuen Schwachstellen und Sicherheitslücken führen und sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(d) Externer Betrug

Das Ausmaß und die Arten von der Bedrohung durch Betrug nehmen weiter zu, insbesondere angesichts der steigenden Nutzung digitaler Produkte und einer größeren steigenden Anzahl von Möglichkeiten und Funktionen, die online verfügbar sind. Kriminelle passen ihre Techniken fortlaufend an und konzentrieren sich zunehmend darauf, Kunden und Klienten gezielt durch immer raffiniertere ausgeklügelte Methoden des Social Engineerings anzusprechen. Externe Verletzungen des Datenschutzes bieten Kriminellen auch die Möglichkeit, größere Mengen von unternehmensinternen gefährdeten Daten zu missbrauchen. Diese Bedrohungen durch Betrug könnten zu Beeinträchtigungen der Kunden, Geschäftsverlusten, entgangenen Geschäftsmöglichkeiten und Reputationsschäden führen, was sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken könnte.

(e) Datenverwaltung und Schutz von Informationen

Die Barclays Bankengruppe besitzt und verarbeitet große Mengen an Daten, einschließlich personenbezogener Daten, geistigem Eigentum und Finanzinformationen. Die Datenschutz-Grundverordnung hat zu einer Stärkung der Datenschutzrechte von Kunden und zu einer größeren Verantwortlichkeit der Barclays Bankengruppe für die Verwaltung dieser Daten geführt. Ein Versäumnis, diese Daten ordnungsgemäß zu erheben und aufzubewahren und sie vor Vertraulichkeitsverletzungen und Beeinträchtigungen ihrer Verfügbarkeit zu schützen, setzt die Barclays Bankengruppe dem Risiko des Datenverlusts oder der Nichtverfügbarkeit von Daten (einschließlich in dem Abschnitt "*Verhaltensrisiko*", siehe oben, und "*Datenschutz und Privatsphäre*", siehe unten, erörterten Kundendaten) oder Datensicherheitsaspekten aus. Jedes dieser Versäumnisse könnte sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(f) Algorithmus-Handel

In einigen Bereichen des Investment-Banking-Geschäfts werden Handelsalgorithmen zur Preis- und Risikoverwaltung von Kunden- und Kapitaltransaktionen verwendet. Ein Algorithmenfehler könnte zu fehlerhaften oder doppelten Transaktionen, einem Systemausfall oder zu einer Beeinträchtigung der Preisgestaltungsmöglichkeiten der Barclays Bank Gruppe führen, was sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage, Geschäftsaussichten und Reputation der Barclays Bankengruppe auswirken könnte.

(g) Bearbeitungsfehler

Als großes, komplexes Finanzinstitut ist die Barclays Bankengruppe infolge fortlaufender Änderungen dem Risiko wesentlicher Fehler in den bestehenden betrieblichen Prozessen oder neuen Prozessen, einschließlich in Bezug auf Zahlungen und Kundentransaktionen, ausgesetzt.

Wesentliche betriebliche Fehler oder Zahlungsfehler könnten einen Nachteil für die Kunden, Verbraucher oder Vertragspartner der Barclays Bankengruppe bedeuten und sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(h) Lieferantenrisiko

Die Barclays Bankengruppe ist bei der Bereitstellung vieler ihrer Dienstleistungen und der Entwicklung der Technologie von Lieferanten abhängig, darunter Barclays Execution Services Limited. Obwohl die Barclays Bank Gruppe von Lieferanten abhängig ist, bleibt sie für jedes Risiko, das sich aus den Handlungen der Lieferanten ergibt, voll verantwortlich.

Die Abhängigkeit von Zulieferern und die Unterbeauftragungen von ausgelagerten Diensten lässt ein Konzentrationsrisiko entstehen, wobei der Ausfall bestimmter Zulieferer eine Auswirkung auf die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe haben könnte, ihren Kunden weiterhin wesentliche Dienstleistungen anzubieten.

Das Versäumnis, das Lieferantenrisiko angemessen zu handhaben, könnte sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(i) Wichtige Schätzungen und Beurteilungen für die Bilanzierung

Bei der Erstellung von Abschlüssen nach IFRS ist es erforderlich Schätzungen vorzunehmen. Außerdem sind von der Geschäftsleitung bei der Anwendung von maßgeblichen Rechnungslegungsgrundsätzen Ermessensentscheidungen zu treffen. Die zentralen Bereiche mit höheren Ermessensspielräumen oder höherer Komplexität oder Bereiche, bei denen Annahmen von entscheidender Bedeutung für die konsolidierten und Einzelabschlüsse sind, sind u. a. der Wertminderungsaufwand für Restbuchwerte, Steuern, der beizulegende Zeitwert von Finanzinstrumenten, Pensionsverpflichtungen- und Ruhestandsleistungen und Rückstellungen für Wohlverhaltensfragen und Rechts-, Wettbewerbs- und Aufsichtsangelegenheiten. Es besteht das Risiko, dass, wenn sich die zugrunde gelegte Ermessensentscheidung, Schätzung oder Annahme nachträglich als unrichtig herausstellt, dies zu wesentlichen Verlusten für die Barclays Bankengruppe führt, die den angenommenen Verlust oder die hierfür gebildeten Rückstellungen übersteigen könnten. Die Weiterentwicklung von Rechnungslegungsstandards und Auslegungen im Rahmen von IFRS könnte sich ebenfalls erheblich auf die Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(j) Steuerliches Risiko

Die Barclays Bankengruppe ist dazu verpflichtet, die nationalen und internationalen Steuergesetze und die Handelsbräuche sämtlicher Länder, in denen sie Geschäftshandlungen vornimmt, einzuhalten. Es besteht das Risiko, dass die Barclays Bankengruppe aufgrund zusätzlicher steuerlicher Belastungen, anderer finanzieller Kosten oder Reputationsschäden infolge der Nichteinhaltung dieser Gesetze und Handelsbräuche oder durch das Versäumnis, ihre steuerlichen Angelegenheiten auf angemessene Weise zu handhaben - wobei ein Großteil dieses Risikos der internationalen Struktur der Barclays Bankengruppe zuzuschreiben ist - Verluste erleiden könnte. Darüber hinaus bergen steigende steuerliche Melde- und Offenlegungspflichten weltweit und die Digitalisierung der Steuerverwaltung das Risiko, dass die Belastungen der Barclays Bankengruppe in Zusammenhang mit der Einhaltung von Steuervorschriften weiter zunehmen.

(k) Fähigkeit, hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einzustellen und zu halten

Als reguliertes Finanzinstitut ist die Barclays Bankengruppe auf qualifizierte und befähigte Mitarbeiter angewiesen. Die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe, eine vielfältige Mischung von Talenten anzuziehen, zu entwickeln und zu halten, ist für die Umsetzung ihres Kerngeschäfts und ihrer Strategie von wesentlicher Bedeutung. Dies hängt von einer Reihe von internen und externen Faktoren, wie die Entscheidung des Vereinigten Königreichs zum Austritt aus der EU und die größere individuelle Rechenschaftspflicht der Bankenbranche ab.

Wenn es nicht gelingt, hinreichend qualifizierte und befähigte Mitarbeiter, einzustellen bzw. deren Fortgang zu verhindern, könnte sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken. Dies könnte zudem zu einer Unterbrechung der Dienstleistungserbringung führen, was wiederum zu einer Entrechtung bestimmter Kundengruppen und zu einem Schaden der Kunden und der Reputation führen könnte.

6. Modellrisiko

Das Modellrisiko ist das Risiko potenziell nachteiliger Folgen aus finanziellen Bewertungen oder Entscheidungen, die aufgrund von fehlerhaften oder falsch angewandten Modellergebnissen und Berichten angestellt bzw. getroffen wurden. Die Barclays Bankengruppe vertraut zur Unterstützung einer Vielzahl von Geschäfts- und Risikomanagement-Aktivitäten auf Modelle. Diese umfassen Informationen über Geschäftsentscheidungen und -strategien, die Bemessung und Begrenzung von Risiken, die Bewertung von Engagements (einschließlich der Berechnung von Wertminderungen), die Durchführung von Stresstests, die Beurteilung der Kapitalangemessenheit, die Unterstützung der Akzeptanz von Neugeschäften, die Risiko- und Ertragsbewertung, die Verwaltung von Kundenvermögen und die Einhaltung von Berichtspflichten.

Modelle sind ihrer Natur nach unvollkommene und unvollständige Darstellungen der Wirklichkeit, da sie auf Annahmen und Vorgaben beruhen und daher Fehler enthalten können, die die Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen. So hat beispielsweise die Qualität der in den Modellen der gesamten Barclays Bankengruppe verwendeten Daten einen wesentlichen Einfluss auf die Genauigkeit und Vollständigkeit der Risiko- und Finanzkennzahlen.

Modelle können auch missbräuchlich verwendet werden. Modellfehler oder die falsche Verwendung können in (unter anderem) der Barclays Bankengruppe dazu führen, dass ungünstige Geschäftsentscheidungen getroffen werden und/oder im Risikomanagementsystem und in regulatorischen Meldeprozessen Ungenauigkeiten oder Fehler festgestellt werden. Dies könnte zu erheblichen finanziellen Verlusten, der Auferlegung zusätzlicher Kapitalanforderungen, einer stärkeren aufsichtsrechtlichen Überwachung und einem Reputationsschaden führen, was sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken könnte.

7. Verhaltensrisiko

Das Verhaltensrisiko ist das Risiko der Beeinträchtigung von Kunden, der Marktintegrität, des effektiven Wettbewerbs oder der Barclays Bankengruppe durch die unzulängliche Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich der Fälle eines vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Dieses Risiko könnte sich auf eine Vielzahl von Arten zeigen:

(a) Fehlverhalten von Mitarbeitern

Die Geschäfte der Barclays Bankengruppe sind dem Risiko einer potenziellen Nichteinhaltung ihrer internen Richtlinien und einem vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhalten von Mitarbeitern ausgesetzt, was Vollstreckungsmaßnahmen oder Reputationsschäden nach sich ziehen könnte. Ein Fehlverhalten von Mitarbeitern lässt sich nicht immer verhindern und die von der Barclays Bankengruppe getroffenen Vorkehrungen zur Verhinderung und Feststellung eines solchen Verhaltens könnten sich nicht immer als wirksam erweisen. Ein Fehlverhalten von Mitarbeitern könnte sich wesentlich nachteilig auf die Kunden, Verbraucher, Marktintegrität sowie die Reputation, die Finanzlage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

(b) Produktkontrolle und –lebenszyklus

Die fortlaufende Überprüfung, Verwaltung und Kontrolle neuer und veränderter Produkte ist zunehmend in den Fokus der Aufsichtsbehörden gerückt (z. B. die Neufassung von MiFID II und Leitfäden in Bezug auf die Umsetzung der Benchmark-Verordnung) und die Barclays Bankengruppe geht davon aus, dass diese Entwicklung anhält. Schlechte Kundenergebnisse könnten durch Folgendes hervorgerufen werden: (i) eine wirkungslose Produktkontrolle (*product governance*), die die Gestaltung, Genehmigung und Überprüfung von Produkten umfasst und (ii) unangemessene Kontrollen über unterschiedliche interne und externe Vertriebskanäle und Dienstleistungen nach dem Vertrieb, wie Beschwerdemanagement und Forderungseinzug. Für die

Barclays Bankengruppe besteht infolgedessen das Risiko finanzieller Verluste und Reputationsschäden.

(c) Finanzkriminalität

Wenn es die Barclays Bankengruppe versäumt, das Risiko wirksam einzudämmen, dass Dritte oder ihre Mitarbeiter Finanzkriminalität (Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Proliferationsaktivitäten, Verletzungen von Wirtschafts- und Finanzsanktionen, Bestechung, Korruption und die Ermöglichung von Steuerumgehungen) ermöglichen oder ihre Produkte und Dienstleistungen zur Ermöglichung von Finanzkriminalität eingesetzt werden, kann dies einen nachteiligen Einfluss auf sie haben. Gesetzliche Regelungen in den USA und im Vereinigten Königreich in Bezug auf Finanzinstitute konzentrieren sich auch weiterhin auf die Bekämpfung von Finanzkriminalität. Die Nichteinhaltung solcher Vorschriften kann zu Vollstreckungsmaßnahmen durch die für die Barclays Bankengruppe zuständigen Aufsichtsbehörden, einschließlich empfindlicher Strafen, führen, was sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirken könnte.

(d) Datenschutz und Privatsphäre

Der ordnungsgemäße Umgang mit personenbezogenen Daten ist für die Aufrechterhaltung langfristiger Beziehungen mit den Verbrauchern und Kunden der Barclays Bankengruppe und für die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen und Vorschriften von entscheidender Bedeutung. Ein unzureichender Schutz personenbezogener Daten kann zu möglichen Nachteilen für die Verbraucher und Kunden der Barclays Bankengruppe, einer Schädigung der Reputation der Barclays Bankengruppe, Vollstreckungsmaßnahmen und zu einem finanziellen Verlust führen, was einen erheblichen Umfang annehmen kann (siehe *"Betriebliche Risiken - Datenverwaltung und Schutz von Informationen"* oben).

(e) Aufsichtsbehördliche Konzentration auf die Unternehmenskultur und –Verantwortung

Regulierungsbehörden weltweit heben weiterhin die Bedeutung der Unternehmenskultur, der persönlichen Verantwortung hervor und setzen die Einführung geeigneter interner Melde- und Whistleblowing-Verfahren durch, um eine ordnungsgemäße Verhaltensweise zu fördern und positive Ergebnisse für die Verbraucher, Kollegen, Kunden und Märkte zu erzielen. Die Anforderungen und Erwartungen der britischen Wohlverhaltensregeln für Führungskräfte (*UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules*) haben zu einer zusätzlichen Verantwortlichkeit von Einzelpersonen innerhalb der gesamten Barclays Bankengruppe geführt, wobei der Schwerpunkt verstärkt auf der Kontrolle der Einhaltung und einer strengeren Durchsetzung dieser Regeln liegt. Die Nichteinhaltung dieser Anforderungen und Erwartungen kann, sowohl für Einzelpersonen als auch für die Barclays Bankengruppe, zu aufsichtsbehördlichen Sanktionen führen.

8. Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko, dass eine Handlung, eine Transaktion, eine Investition, ein Ereignis, eine Entscheidung oder eine Geschäftsbeziehung das Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Barclays Bankengruppe verringert.

Jeder wesentliche Mangel an Integrität, Compliance, Kundenservice oder Leistungsstandards kann ein potenzielles Reputationsrisiko darstellen. Die Erwartungen der Beteiligten entwickeln sich ständig weiter, sodass das Reputationsrisiko dynamisch ist und je nach geographischer Region, Gruppe und Person variiert. Ein in einem Geschäftsbereich auftretendes Risiko kann sich nachteilig auf den Gesamtruf der Barclays Bank Gruppe auswirken, und jede einzelne Transaktion, Investition oder Veranstaltung (in der Wahrnehmung wichtiger Beteiligter) kann das Vertrauen in die Integrität und Kompetenz der Barclays Bankengruppe mindern.

Die Verbindung der Barclays Bankengruppe zu sensiblen Themen und Sektoren war und ist in einigen Fällen auch weiterhin ein Bereich, der den Beteiligten Anlass zur Sorge gibt. Hierzu gehören (i) die Finanzierung von und Anlage in Geschäfte in Bereichen, die aufgrund ihrer relativen Kohlenstoffintensität oder lokalen Auswirkungen auf die Umwelt sensibel sind; (ii) ein möglicher Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen (einschließlich der Bekämpfung moderner Sklaverei) in den Geschäftsbetrieben oder der Lieferkette der Barclays Bankengruppe und durch Kunden und Verbraucher;

und (iii) die Finanzierung von Unternehmen, die Güter und Dienstleistungen zur Herstellung und zum Export von Militärgütern und zur Bekämpfung von Unruhen herstellen und exportieren.

Ein Reputationsrisiko könnte sich auch aus einer negativen öffentlichen Meinung über die tatsächliche oder wahrgenommene Art und Weise, in der die Barclays Bankengruppe ihre Geschäftsaktivitäten durchführt, oder über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Barclays Bankengruppe sowie aus tatsächlichen oder wahrgenommenen Praktiken in der Bank- und Finanzdienstleistungsbranche im Allgemeinen ergeben. Moderne Technologien, insbesondere soziale Medien im Internet und andere Übertragungsmedien, die die Kommunikation mit einem großen Empfängerkreis in kürzester Zeit und zu geringsten Kosten ermöglichen, können zu einer erheblich größeren und schnelleren Verbreitung und Auswirkung schädlicher Informationen und Behauptungen führen. Eine negative öffentliche Meinung kann die Fähigkeit der Barclays Bankengruppe beeinträchtigen, Kunden, insbesondere Firmen- und Privatkunden, zu halten und anzuziehen sowie Mitarbeiter zu halten und zu motivieren, und könnte sich wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Aussichten der Barclays Bankengruppe auswirken.

Zusätzlich zu den oben genannten Faktoren kann das Reputationsrisiko aus betrieblichen Problemen oder Verhaltensweisen entstehen, die sich nachteilig auf die Verbraucher, die Kunden, die Marktintegrität, den wirksamen Wettbewerb oder die Barclays Bankengruppe auswirken (siehe "*Betriebliches Risiko*" oben).

9. Rechtsrisiken und rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Die Barclays Bankengruppe agiert in einem stark regulierten Markt, wodurch sie infolge (i) der Vielzahl von Gesetzen und Vorschriften, die für die von ihr durchgeführten Geschäfte gelten und die sehr dynamisch sind und je nach Jurisdiktion anders ausfallen können und die hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in bestimmten Fällen insbesondere in neuen und sich neu entwickelnden Bereichen unklar sind, und (ii) der diversifizierten und sich weiter entwickelnden Art der Geschäfte und Geschäftspraktiken der Barclays Bankengruppe Rechtsrisiken ausgesetzt ist. In jedem Fall besteht für die Barclays Bankengruppe das Risiko von Verlusten oder der Auferlegung von Geldstrafen, Schadensersatz oder Bußgeldern, falls Mitglieder der Barclays Bankengruppe ihre jeweiligen rechtlichen Verpflichtungen, einschließlich gesetzlicher oder vertraglicher Anforderungen, nicht erfüllen. Rechtsrisiken können auch in Bezug auf eine Reihe der oben genannten Risikofaktoren entstehen, einschließlich (ohne Einschränkung) als Folge (i) des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, (ii) einer Referenzwert-Reform, (iii) von regulatorischen Änderungen und (iv) sich schnell ändernden Regeln und Vorschriften in Bezug auf den Datenschutz und Cyber-Sicherheit.

So kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften durch die Barclays Bankengruppe oder ihre Mitarbeiter in den Jurisdiktionen, in denen die Barclays Bankengruppe tätig ist, strafrechtlich verfolgt oder mit aufsichtsrechtlichen Sanktionen oder möglicherweise erheblichen Geldstrafen oder sonstigen Sanktionen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Verbraucher oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Barclays Bankengruppe geschädigt werden, können zu Zivilgerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen. Zudem kann es zwischen der Barclays Bankengruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten, wie etwa Verstößen oder der Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Barclays Bankengruppe gegenüber Dritten haftbar ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Der Ausgang von Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren – sowohl jener, an denen die Barclays Bankengruppe derzeit beteiligt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. In Zusammenhang mit solchen Verfahren können der Barclays Bankengruppe – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und jedes dieser Verfahren könnte die folgenden Auswirkungen auf die Barclays Bankengruppe haben: monetärer Schadensersatz, Vergleiche und/oder Geldstrafen in erheblicher Höhe; Entschädigungen betroffener Kunden und Verbraucher; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für den Geschäftsbetrieb der Barclays Bankengruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen oder Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Rügen; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Barclays Bankengruppe; Verlust des Vertrauens von Anlegern, Vertragspartnern, Verbrauchern und/oder Kunden; Risiko einer Bonitätsherabstufung durch Ratingagenturen; potenzielle negative Auswirkung auf die Verfügbarkeit

und/oder Finanzierungs- und Liquiditätskosten; und/oder Entlassung von oder Kündigung durch Schlüsselpersonen. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich nachteilig auf das Geschäft, die Finanz- und Ertragslage und Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe auswirkt.

XII. Im RSSP Basisprospekt A werden im Abschnitt **"RISIKOFAKTOREN"** in dem Unterabschnitt **"FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN"** die Risikofaktoren **"2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken"** und **"3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kredit-ratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kredit-rating-herabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben"** wie folgt ersetzt:

2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe, einschließlich der Ausübung verschiedener Abwicklungsbefugnisse durch die Abwicklungsbehörde, können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

2.1 Die Bank und die Barclays Bankengruppe unterliegen weitreichenden Abwicklungsbefugnissen.

Unter dem britischen Banking Act 2009 ("**Banking Act**") werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen, übertragen. Diese Befugnisse versetzen die Bank of England (oder einen ihrer Nachfolger oder Ersatz und/oder eine andere Behörde im Vereinigten Königreich) in die Lage, die britische Bail-in-Befugnis auszuüben, um verschiedene Abwicklungsmaßnahmen und Stabilisierungsoptionen (einschließlich des Bail-In Instruments) im Hinblick auf eine britische Bank oder Wertpapierfirma und bestimmte verbundene Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein "**Relevantes Unternehmen**") in Fällen zu ergreifen, in denen die Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen.

"Bail-in-Befugnis" bedeutet jede Abschreibung, Umwandlung, Übertragung, Änderung und/oder Aussetzungsbefugnis, die von Zeit zu Zeit gemäß jeglichen Gesetzen, Vorschriften, Regeln oder Anforderungen in Bezug auf die Abwicklung von Banken, Bankengruppenunternehmen besteht, Kreditinstitute und/oder Wertpapierfirmen mit Sitz im Vereinigten Königreich, die im Vereinigten Königreich für die Emittentin oder andere Mitglieder der Barclays Bankengruppe gelten und anwendbar sind (wie dies von Zeit zu Zeit geändert worden ist oder geändert werden kann), gemäß denen Verpflichtungen einer Bank, eines Unternehmens einer Bankengruppe, eines Kreditinstituts oder einer Wertpapierfirma oder einer ihrer verbundenen Unternehmen reduziert, aufgehoben, geändert, übertragen und/oder in Aktien oder andere Wertpapiere oder Verpflichtungen des Schuldners oder einer anderen Person umgewandelt werden können.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem Relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat. Jede Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin und/oder die Wertpapiere kann zur Streichung des gesamten oder eines Teils des Nennbetrags, der Zinsen oder anderer zu zahlender Beträge unter den Wertpapieren und/oder zur Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder anderen Verpflichtungen der Emittentin oder einer anderen Person oder zu einer anderen Änderung der Bedingungen der Wertpapiere führen.

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Abwicklungsbefugnisse im Vorfeld einer Insolvenz können nicht vorhergesehen werden und Inhaber sind möglicherweise nur eingeschränkt in der Lage, diese anzufechten.

Die von der SRR übertragenen Abwicklungsbefugnisse sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das Relevante Unternehmen eingeleitet werden kann. Die Abwicklungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines Relevanten Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist / sind, oder wahrscheinlich geraten wird / werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("EBA") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Ferner haben Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der Abwicklungsbehörde über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen und / oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen).

Im Zuge der gemäß der Bank Recovery and Resolution Directive ("**BRRD**") erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang einzuführen: erstens für Einlagen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese nehmen mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche ein, und zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert.

Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

2.4 Nach den Bedingungen der Schweizer Wertpapiere haben Anleger sich der Anwendung der britischen Bail-In-Befugnis durch die Abwicklungsbehörde unterworfen.

Die Bank kann Wertpapiere begeben, für die die Gesetze einer anderen Jurisdiktion als England gelten; für die Zwecke dieser Risikofaktoren, die "Schweizerischen Wertpapiere". Die Wertpapierbedingungen dieser Schweizerischen Wertpapiere enthalten Bestimmungen hinsichtlich der Zustimmung zu und Anerkenntnis der Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis.

Dies bedeutet, dass eine britische Bail-In-Befugnis auf eine Weise ausgeübt werden kann, die zur Folge hat, dass Anleger und andere Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere den Wert ihrer Anlage in die Schweizerischen Wertpapiere zum Teil oder in voller Höhe verlieren können oder ein anderes Wertpapier als die Schweizerischen Wertpapiere erhalten, das möglicherweise bedeutend weniger als die Schweizerischen Wertpapiere Wert sein kann und möglicherweise über eine geringere Absicherung verfügt, als dies für Schuldtitel normalerweise der Fall ist. Überdies kann die Abwicklungsbehörde die britische Bail-In-Befugnis ohne jede Vorankündigung sowie ohne die Notwendigkeit einer Zustimmung der Inhaber der Schweizerischen Wertpapiere ausüben.

Des Weiteren stellt die Ausübung der britischen Bail-In-Befugnis durch die Abwicklungsbehörde im Hinblick auf die Schweizerischen Wertpapiere nach den Wertpapierbedingungen der Schweizerischen Wertpapiere keinen Kündigungsgrund dar.

3. Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin oder, soweit anwendbar, der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben

Die Wertpapiere können von Ratingagenturen und in Zukunft von zusätzlichen Ratingagenturen bewertet werden, obwohl die Emittentin nicht verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die von ihr ausgegebenen Wertpapiere von einer Ratingagentur bewertet werden. Ratings spiegeln unter Umständen nicht die möglichen Folgen aller Risiken im Zusammenhang mit der Struktur, dem Markt, den zusätzlichen Faktoren, die in diesen Risikofaktoren beschrieben werden, und anderen Faktoren wider, die die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere beeinflussen können. Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit überprüft, ausgesetzt oder zurückgezogen werden.

Ein der Emittentin und/oder, soweit anwendbar, den Wertpapieren erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und / oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf *Credit Watch* setzt), sei es aufgrund der oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken (unabhängig davon, ob vor einem solchen Ereignis den Wertpapieren zuvor ein Rating zugeordnet wurde).

XIII. Im Basisprospekt Prosper A werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" die Risikofaktoren "2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken" und "3. Eine Herabstufung des von der Kredit-Ratingagentur erteilten Kreditratings der Emittentin könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Kreditratingherabstufungen können sich u.a. aufgrund Änderungen der von den Kredit-Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben" wie folgt ersetzt:

2. Aufsichtsrechtliche Maßnahmen im Falle eines Ausfalls oder wahrscheinlichen Ausfalls einer Bank oder Wertpapierfirma der Gruppe, einschließlich der Ausübung verschiedener Abwicklungsbefugnisse durch die Abwicklungsbehörde, können sich in wesentlichem Maße nachteilig auf den Wert der Wertpapiere auswirken

2.1 Die Bank und die Barclays Bankengruppe unterliegen weitreichenden Abwicklungsbefugnissen.

Unter dem britischen Banking Act 2009 ("**Banking Act**") werden der Bank of England (oder, unter bestimmten Umständen, dem britischen Finanzministerium (Her Majesty's Treasury ("**HM Treasury**"))) als Teil eines speziellen Abwicklungsmechanismus (*special resolution Regime* ("**SRR**")) weitreichende Befugnisse in Abstimmung mit entweder der Prudential Regulation Authority ("**PRA**"), der Financial Conduct Authority ("**FCA**") oder der HM Treasury, soweit angemessen, übertragen. Diese Befugnisse versetzen die Bank of England (oder einen ihrer Nachfolger oder Ersatz und/oder eine andere Behörde im Vereinigten Königreich) in die Lage, die britische Bail-in-Befugnis auszuüben, um verschiedene Abwicklungsmaßnahmen und Stabilisierungsoptionen (einschließlich des Bail-In Instruments) im Hinblick auf eine britische Bank oder Wertpapierfirma und bestimmte verbundene Unternehmen (aktuell einschließlich der Bank) dieser Bank oder Wertpapierfirma (jeweils ein "**Relevantes Unternehmen**") in Fällen zu ergreifen, in denen die Abwicklungsbehörde überzeugt ist, dass die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen.

"**Bail-in-Befugnis**" bedeutet jede Abschreibung, Umwandlung, Übertragung, Änderung und/oder Aussetzungsbefugnis, die von Zeit zu Zeit gemäß jeglichen Gesetzen, Vorschriften, Regeln oder Anforderungen in Bezug auf die Abwicklung von Banken, Bankengruppenunternehmen besteht, Kreditinstitute und/oder Wertpapierfirmen mit Sitz im Vereinigten Königreich, die im Vereinigten Königreich für die Emittentin oder andere Mitglieder der Barclays Bankengruppe gelten und anwendbar sind (wie dies von Zeit zu Zeit geändert worden ist oder geändert werden kann), gemäß denen Verpflichtungen einer Bank, eines Unternehmens einer Bankengruppe, eines Kreditinstituts oder einer Wertpapierfirma oder einer ihrer verbundenen Unternehmen reduziert, aufgehoben, geändert, übertragen und/oder in Aktien oder andere Wertpapiere oder Verpflichtungen des Schuldners oder einer anderen Person umgewandelt werden können.

Inhaber der Wertpapiere sollten davon ausgehen, dass einem Relevanten Unternehmen die finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand im Falle einer Abwicklung nur als allerletztes Mittel zur Verfügung steht, nachdem die zuständige Abwicklungsbehörde die Abwicklungsinstrumente, darunter auch das Bail-In-Instrument, bewertet und – soweit wie möglich – angewendet hat. Jede Ausübung des Bail-In-Instruments in Bezug auf die Emittentin kann zur Streichung des gesamten oder eines Teils des Nennbetrags, der Zinsen oder anderer zu zahlender Beträge unter den Wertpapieren und/oder zur Umwandlung der Wertpapiere in Aktien oder andere Wertpapiere oder anderen Verpflichtungen der Emittentin oder einer anderen Person oder zu einer anderen Änderung der Bedingungen der Wertpapiere führen. Wenn solche Verbindlichkeiten unterbesichert sind, kann der unbesicherte Teil dieser Verbindlichkeit einem Bail-in unterliegen, d. h. in Bezug auf den unbesicherten Teil.

Die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse oder die Empfehlung einer solchen Ausübung kann einen schwerwiegenden nachteiligen Effekt auf den Wert von Wertpapieren haben und dazu führen, dass Inhaber der Wertpapiere ihre Anlage in die Wertpapiere teilweise oder in voller Höhe verlieren.

2.2 Abwicklungsbefugnisse im Vorfeld einer Insolvenz können nicht vorhergesehen werden und Inhaber sind möglicherweise nur eingeschränkt in der Lage, diese anzufechten.

Die von der SRR übertragenen Abwicklungsbefugnisse sind dafür gedacht, vor dem Zeitpunkt einzugreifen, an dem ein Insolvenzverfahren im Hinblick auf das Relevante Unternehmen eingeleitet

werden kann. Die Abwicklungsmaßnahmen sollen in Fällen eingesetzt werden, in denen das Geschäft als Ganzes oder Teile des Geschäfts eines Relevanten Unternehmens in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist / sind, oder wahrscheinlich geraten wird / werden, die in erhöhtem Maße öffentliche Interessen betreffen.

Wenngleich im Banking Act bestimmte Bedingungen für die Ausübung von Abwicklungsbefugnissen vorgesehen sind und darüber hinaus die im Mai 2015 veröffentlichten Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht ("EBA") den Abwicklungsbehörden objektive Faktoren für die Feststellung, ob ein Institut in eine Krise geraten ist oder wahrscheinlich in eine Krise geraten wird, an die Hand geben, ist unklar, wie die Abwicklungsbehörde derartige Bedingungen in einem bestimmten Szenario im Vorfeld einer Insolvenz, von der die Emittentin und/oder andere Mitglieder der Gruppe betroffen sind, und im Rahmen der Entscheidung über die Ausübung einer Abwicklungsbefugnis beurteilen würde.

Die Abwicklungsbehörde muss ihre Entscheidung eine Abwicklungsbefugnis auszuüben, auch nicht den Inhabern der Wertpapiere im Voraus ankündigen. Daher sind Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nicht in der Lage, eine mögliche Ausübung dieser Befugnisse oder die potenziellen Auswirkungen ihrer Ausübung auf die Emittentin, die Gruppe und die Wertpapiere vorherzusehen.

Ferner haben Inhaber der Wertpapiere möglicherweise nur sehr eingeschränkte Rechte, eine Entscheidung der Abwicklungsbehörde über eine Ausübung der ihr zustehenden Abwicklungsbefugnisse (*einschließlich des britischen Bail-In-Instruments*) anzufechten und/oder ihre Aussetzung zu verlangen und / oder diese Entscheidung in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder auf sonstige Weise überprüfen zu lassen.

2.3 Da gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst werden und andere bevorrechtigte Einlagen (und gesicherte Einlagen) gegenüber von der Emittentin ausgegebenen Wertpapieren vorrangig sind, würden diese Wertpapiere mit höherer Wahrscheinlichkeit vom Bail-In erfasst werden, als andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin (wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen)

Im Zuge der gemäß der Bank Recovery and Resolution Directive ("**BRRD**") erforderlichen Reformen wurden die betreffenden Gesetze im Vereinigten Königreich (einschließlich des UK Insolvency Act von 1986) geändert, um in der Insolvenz-Rangfolge einen gesetzlichen Vorrang einzuführen: erstens für Einlagen, die im Rahmen des britischen Financial Services Compensation Scheme gesichert sind ("**gesicherte Einlagen**"), so dass diese nehmen mit bestehenden bevorrechtigten Ansprüchen einen Rang als "ordentliche" bevorrechtigte Ansprüche ein, und zweitens für alle anderen Einlagen von natürlichen Personen, Kleinst- und Kleinunternehmen sowie mittleren Unternehmen, die bei in und außerhalb des EWR gelegenen Filialen einer im EWR ansässigen Bank gehalten werden ("**sonstige bevorrechtigte Einlagen**"), so dass diese als lediglich "sekundäre" bevorrechtigte Einlagen gegenüber den "ordentlichen" bevorrechtigten Einlagen nachrangig sind.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie, wie im Vereinigten Königreich umgesetzt, seit Juli 2015 die Art und die Höhe der gesicherten Einlagen erweitert, so dass diese eine große Bandbreite an Einlagen umfassen, darunter Firmenkundeneinlagen (sofern der Einleger keine öffentlich-rechtliche Körperschaft bzw. kein öffentlich-rechtliches Finanzinstitut ist) und einige befristete Einlagen von hohem Wert.

Das Resultat dieser Änderungen ist eine Vergrößerung der Klassen der vorrangigen Gläubiger. Alle diese bevorrechtigten Einlagen gehen in der Insolvenz-Rangfolge gegenüber allen anderen unbesicherten vorrangigen Gläubigern der Bank, einschließlich den Inhabern der Wertpapiere vor. Darüber hinaus werden gesicherte Einlagen nicht vom Bail-In-Instrument erfasst. Infolgedessen besteht für den Fall einer Ausübung des Bail-In-Instruments durch die Abwicklungsbehörde eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Wertpapiere eher vom Bail-In erfasst werden (jedenfalls soweit die Wertpapiere in den Anwendungsbereich des Bail-In-Tools fallen) als bestimmte andere nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise sonstige bevorrechtigte Einlagen.

3. Eine Herabstufung des von einer Ratingagentur erteilten Ratings der Emittentin oder, soweit anwendbar, der Wertpapiere könnte sich nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken. Rating-Herabstufungen können sich u. a. aufgrund von Änderungen der von den Ratingagenturen verwendeten Ratingmethoden ergeben

Die Wertpapiere können von Ratingagenturen und in Zukunft von zusätzlichen Ratingagenturen bewertet werden, obwohl die Emittentin nicht verpflichtet ist, sicherzustellen, dass die von ihr ausgegebenen

Wertpapiere von einer Ratingagentur bewertet werden. Ratings spiegeln unter Umständen nicht die möglichen Folgen aller Risiken im Zusammenhang mit der Struktur, dem Markt, den zusätzlichen Faktoren, die in diesen Risikofaktoren beschrieben werden, und anderen Faktoren wider, die die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere beeinflussen können. Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten von Wertpapieren und kann von der Ratingagentur jederzeit überprüft, ausgesetzt oder zurückgezogen werden.

Ein der Emittentin und/oder, soweit anwendbar, den Wertpapieren erteiltes Rating kann von einer Ratingagentur vollständig zurückgenommen, ausgesetzt oder herabgestuft werden, wenn nach Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur die dem Rating zugrunde liegenden Umstände dies erfordern. Eine Reihe von Faktoren, die sich im Laufe der Zeit ändern können, haben möglicherweise Auswirkungen auf Ratings, darunter die Einschätzung der Ratingagenturen hinsichtlich Folgendem: die Strategie der Emittentin und die Fähigkeiten ihrer Geschäftsleitung; die Finanzlage der Emittentin, einschließlich in Bezug auf das Kapital, die Finanzierung und die Liquidität; Wettbewerbsbedingungen und die wirtschaftliche Lage in den Schlüsselmärkten der Emittentin; der Umfang der politischen Unterstützung für die Branchen, in denen die Emittentin ihre Geschäftsaktivitäten ausübt; und aufsichtsrechtliche und andere rechtliche Rahmenbedingungen, die sich auf die rechtliche Struktur und die Geschäftsaktivitäten der Emittentin sowie die Rechte ihrer Gläubiger auswirken. Die Ratingagenturen können auch die auf Emittenten in einer bestimmten Branche oder in einer bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Region anwendbaren Ratingmethoden überarbeiten. Wenn nach Wahrnehmung der Ratingagenturen, auch aufgrund von Änderungen anwendbarer Ratingmethoden, nachteilige Änderungen der Faktoren vorliegen, die sich auf ein Rating der Emittentin auswirken, können die Ratingagenturen die einem Emittenten und / oder seinen Wertpapieren erteilten Ratings herabstufen, aussetzen oder zurücknehmen. Überprüfungen von Ratingmethoden und Handlungen von Ratingagenturen in Bezug auf die Ratings der Emittentin können in Zukunft vorkommen.

Wenn die Emittentin beschließt, ein oder mehrere Ratings nicht länger aufrechtzuerhalten, oder wenn eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere zurücknimmt, aussetzt oder herabstuft, oder wenn eine solche Aussetzung, Rücknahme oder Herabstufung erwartet wird (bzw. eine Ratingagentur die Ratings der Emittentin oder der Wertpapiere in Erwägung einer Herabstufung, Aussetzung oder Rücknahme auf *Credit Watch* setzt), sei es aufgrund der oben beschriebenen Faktoren oder aus anderen Gründen, könnte sich dieses Ereignis nachteilig auf die Liquidität oder den Marktwert der Wertpapiere auswirken (unabhängig davon, ob vor einem solchen Ereignis den Wertpapieren zuvor ein Rating zugeordnet wurde).

- XIV.** In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE FÜR DIE ZWECKE DER BEWERTUNG VON MARKTRISIKEN IM HINBLICK AUF DIE WERTPAPIERE VON BEDEUTUNG SIND**" in dem Basisprospekt RSSP A der Risikofaktor 16 und in dem Basisprospekt Prosper A der Risikofaktor 13 "**Risiken in Zusammenhang mit Wertpapieren, die an Referenzwerte ("Benchmarks") gebunden sind**" wie folgt ersetzt:

Risiken in Zusammenhang mit Wertpapieren, die an Referenzwerte (Benchmarks) gebunden sind

Zinssätze (wie z.B. der London Interbank Offered Rate (LIBOR) und der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR)) oder Arten von Sätzen und Indizes, die als Referenzwerte (*Benchmarks*) gelten, sind und waren Gegenstand nationaler und internationaler regulatorischer Überprüfungen und Reformen, wobei weitere Änderungen erwartet werden. Diese Reformen können dazu führen, dass sich solche Benchmarks anders als in der Vergangenheit entwickeln, oder der Benchmark könnte ganz abgeschafft werden, oder es könnte andere, nicht vorhersehbare Folgen haben. Jede dieser Folgen könnte einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Wertpapiere haben, die mit dieser Benchmark verbunden sind.

Die Benchmark-Verordnung gilt für die Bereitstellung von Benchmarks, das Beitragen von Eingabedaten zu einer Benchmark und die Verwendung einer Benchmark innerhalb der EU. Die Benchmark-Verordnung könnte einen wesentlichen Einfluss auf Wertpapiere haben, die an einen Referenzwert gebunden sind, insbesondere, wenn sich die Berechnungsmethode oder andere Bedingungen des Referenzwerts zwecks der Einhaltung der Anforderungen der Benchmark-Verordnung ändern. Diese Änderungen könnten (u. a.) eine Verringerung oder Erhöhung des Satzes oder Stands des Referenzwerts zur Folge haben oder die Volatilität des veröffentlichten Satzes oder Stands des Referenzwerts beeinflussen.

Grundsätzlich könnte jede internationale oder nationale Reform oder die allgemeine Zunahme regulatorischer Kontrolle von Benchmarks dazu führen, dass die Kosten und Risiken der Verwaltung oder

Beteiligung an der Festlegung einer Benchmark und der Einhaltung dieser Regelungen oder Anforderungen anderweitig erhöht werden könnten. Solche Faktoren können dazu führen, dass Marktteilnehmer davon abgehalten werden, bestimmte Referenzwerte weiterhin zu verwalten oder zu ihnen beizutragen, dass die in bestimmten Referenzwerten verwendeten Regeln oder Methoden geändert werden oder dass die Notierungen bestimmter Referenzwerte eingestellt werden oder nicht mehr verfügbar sind.

Als Beispiel für eine solche Referenzwert-Reform hat die FCA angekündigt, dass die Fortsetzung des LIBOR auf der aktuellen Basis (und grundsätzlich) nach 2021 nicht mehr garantiert werden kann und auch nicht mehr garantiert wird. Es ist nicht vorhersehbar, ob und inwieweit Banken weiterhin LIBOR-Einreichungen an den Administrator von LIBOR weiterleiten werden oder ob zusätzliche Reformen von LIBOR im Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten oder anderswo durchgeführt werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht kein Konsens darüber, welcher oder welche Zinssätze zu anerkannten Alternativen zum LIBOR werden können, und es ist unmöglich, die Auswirkungen solcher Alternativen auf den Wert von LIBOR-basierten Wertpapieren vorherzusagen (siehe *"Der Markt entwickelt sich weiter in Bezug auf risikofreie Zinssätze (einschließlich Tagesgeldsätze), die mögliche Referenzwerte für die Wertpapiere sind"*).

Für Wertpapiere, die sich auf einen betroffenen Referenzwert beziehen, kann sich die Unsicherheit hinsichtlich der Art der alternativen Referenzzinssätze und der potenziellen Änderungen oder anderer Reformen dieses Referenzwerts während der Laufzeit dieser Wertpapiere nachteilig auf diesen Referenzwert, den Ertrag und den Wert dieser Wertpapiere sowie den Handelsmarkt für diese Wertpapiere, die sich auf denselben Referenzwert beziehen, auswirken.

In Übereinstimmung mit den Wertpapierbedingungen können Wertpapiere, die sich auf einen betroffenen Referenzwert beziehen, unter bestimmten Umständen, wie z.B. die mögliche Abschaffung des relevanten Referenzwerts, die Unfähigkeit, eine Genehmigung oder Registrierung durch den Verwalter eines Referenzwerts zu erhalten, Änderungen in der Art und Weise der Verwaltung eines solchen Referenzwerts oder die Verfügbarkeit eines Nachfolge- oder Ersatz-Referenzwerts, einer Anpassung der Zinsbestimmungen unterliegen. Die Umstände, die solche Anpassungen auslösen könnten, liegen außerhalb des Einflussbereichs der Emittentin, und die anschließende Verwendung eines Ersatz-Referenzwerts kann zu Änderungen der Wertpapierbedingungen (die umfangreich sein können) und/oder zu Zinszahlungen führen, die niedriger sind oder langfristig nicht mit den Zahlungen korrelieren, die auf die Wertpapiere hätten geleistet werden können, wenn der betreffende Referenzwert in seiner aktuellen Form verfügbar geblieben wäre.

Obwohl gemäß den Wertpapierbedingungen Spread-Anpassungen auf einen solchen Ersatz-Referenzwert angewandt werden können, um - soweit dies unter den gegebenen Umständen vernünftigerweise durchführbar ist - wirtschaftliche Nachteile oder Vorteile (soweit anwendbar) für die Anleger, die sich aus dem Ersatz des betreffenden Referenzwerts ergeben, zu verringern oder zu beseitigen, kann die Anwendung solcher Anpassungen auf die Wertpapiere dieses Ziel möglicherweise nicht erreichen. Solche Änderungen können dazu führen, dass die Wertpapiere eine andere Wertentwicklung (einschließlich der Zahlung eines niedrigeren Zinssatzes) aufweisen, als wenn der ursprüngliche Referenzwert weiterhin gelten würde. Es gibt keine Gewähr dafür, dass die Merkmale eines Ersatz-Referenzwerts dem betroffenen Referenzwert ähnlich sind, dass ein Ersatz-Referenzwert das wirtschaftliche Äquivalent des betroffenen Referenzwerts ergibt oder ein geeigneter Ersatz für den betroffenen Referenzwert ist. Die Wahl des Ersatz-Referenzwerts ist ungewiss und könnte dazu führen, dass risikofreie Zinssätze (siehe *"Der Markt entwickelt sich weiterhin in Bezug auf risikofreie Zinssätze (einschließlich Tagesgeldsätze), die mögliche Referenzsätze für die Wertpapiere sind"* für die Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung solcher Zinssätze) und/oder der Ersatz-Referenzwert nicht verfügbar oder unbestimmbar sind.

Unter bestimmten Umständen kann die Ausfallbestimmung der Zinssätze letztendlich für eine bestimmte Zinsperiode oder Rückstellungsperiode dazu führen, dass der Zinssatz für die unmittelbar vorhergehende Zinsperiode bzw. Rückstellungsperiode angewendet wird. Dies kann dazu führen, dass ein fester Zinssatz für variabel verzinsliche Wertpapiere angewendet wird, wobei der feste Zinssatz auf der Grundlage des zuletzt auf der entsprechenden Bildschirmseite angezeigten Zinssatzes oder des Anfangszinssatzes ermittelt wird. Falls die Emittentin feststellt, dass sie nicht in der Lage ist, die in den Wertpapierbedingungen festgelegten Schritte zu befolgen, können die entsprechenden Auffangbestimmungen zum betreffenden Zeitpunkt nicht wie vorgesehen angewendet werden. Eine solche Folge könnte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Handelsmärkte für diese Wertpapiere, die Liquidität dieser Wertpapiere und/oder den Wert und die Rendite dieser Wertpapiere haben.

Die Wertpapierbedingungen können die Ausübung eines Ermessensspielraums durch die Emittentin, beauftragten Personen oder einen unabhängigen Berater sowie die Abgabe potenziell subjektiver Urteile (einschließlich des Eintretens oder Nicht-Eintretens von Ereignissen, die eine Änderung der Wertpapierbedingungen auslösen können) und/oder die Änderung der Wertpapierbedingungen ohne die Zustimmung der Inhaber erfordern. Die Interessen der Emittentin oder der von ihr beauftragten Person oder des unabhängigen Beraters, je nachdem, was zutrifft, an solchen Entscheidungen oder Änderungen können sich nachteilig auf die Interessen der Anleger auswirken.

Darüber hinaus könnte jeder der oben genannten Punkte oder jede andere signifikante Änderung der Festlegung oder des Bestehens eines relevanten Referenzzinssatzes die Fähigkeit der Emittentin zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus Wertpapieren, die an einen Referenzwert gebunden sind, beeinträchtigen oder wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Marktwert oder die Liquidität dieser Wertpapiere sowie auf den unter diesen Wertpapieren zu zahlenden Betrag haben.

Anleger sollten dieses bei ihrer Anlageentscheidung im Hinblick auf diese Wertpapiere berücksichtigen. Anleger sollten auch ihre eigenen unabhängigen Berater konsultieren und ihre eigene Einschätzung über die potenziellen Risiken vornehmen, die durch die Benchmark-Verordnung oder andere Reformen und/oder die mögliche Einstellung oder Reform bestimmter Referenzzinssätze auferlegt werden.

Der Markt entwickelt sich weiterhin in Bezug auf risikofreie Zinssätze (einschließlich Tagesgeldsätze), die mögliche Referenzzinssätze für die Wertpapiere sind

Anleger sollten sich darüber im Klaren sein, dass sich der Markt in Bezug auf risikofreie Zinssätze, wie den Sterling Overnight Index Average (SONIA), die Secured Overnight Financing Rates (SOFR) und den Euro-Kurzfristzins (€STR), als Referenzzinssätze an den Kapitalmärkten für Pfund Sterling, US-Dollar- bzw. Euro-Anleihen und deren Annahme als Alternativen zu den entsprechenden Interbank-Angebotssätzen weiter entwickelt. Darüber hinaus erforschen Marktteilnehmer und relevante Arbeitsgruppen alternative Referenzzinssätze auf der Grundlage risikofreier Zinssätze, einschließlich der Referenzzinssätze für die Laufzeiten SONIA, SOFR und €STR (die versuchen, die Markterwartung eines durchschnittlichen SONIA-Satzes, SOFR oder €STR über eine bestimmte Laufzeit zu messen).

Der Markt oder ein wesentlicher Teil davon kann eine Anwendung risikofreier Zinssätze annehmen, die sich erheblich von den in den Bedingungen festgelegten und in Bezug auf Wertpapiere, die auf solche risikofreien Zinssätze verweisen, die im Rahmen dieses Programms ausgegeben wurden, verwendeten Zinssätzen unterscheidet. Die Emittentin kann in der Zukunft auch Wertpapiere mit Bezug auf SONIA, SOFR oder €STR ausgeben, die sich hinsichtlich der Zinsfestsetzung wesentlich von früheren von ihr im Rahmen des Programms ausgegebenen Wertpapieren mit Bezug auf SONIA, SOFR oder €STR unterscheiden. Die Entwicklung risikofreier Zinssätze für die Eurobondmärkte könnte zu einer verringerten Liquidität oder erhöhten Volatilität führen oder den Marktpreis von Wertpapieren, die sich auf einen risikofreien Zinssatz beziehen, der im Rahmen des Programms von Zeit zu Zeit erhoben wird, anderweitig beeinflussen.

Darüber hinaus können sich risikofreie Zinssätze in einer Reihe von wesentlichen Aspekten von den LIBOR-, EURIBOR- oder anderen Interbank-Angebotssätzen unterscheiden, u.a. (ohne Einschränkung) dadurch, dass die risikofreien Tagesgeldsätze in den meisten Fällen rückwärtsgerichtet sind und auf einer zusammengesetzten oder gewichteten Durchschnittsbasis berechnet werden, wohingegen solche Interbank-Angebotssätze im Allgemeinen auf der Grundlage eines zukunftsgerichteten Begriffs ausgedrückt werden und ein Risikoelement auf der Grundlage von Interbankkrediten enthalten. Anleger sollten sich daher bewusst sein, dass sich der LIBOR, der EURIBOR und andere Interbank offered-Sätze und alle risikofreien Sätze als Bezugzinssätze für die Wertpapiere wesentlich anders verhalten können.

Die Verwendung risikofreier Zinssätze als Referenzzinssatz für Euro-Anleihen entsteht noch und kann sich sowohl in Bezug auf den Inhalt der Berechnung als auch in Bezug auf die Entwicklung und Annahme der Marktinfrastruktur für die Emission und den Handel von Anleihen, die auf solche risikofreien Zinssätze verweisen, ändern und entwickeln.

Wertpapiere, die sich auf risikofreie Kurse beziehen, haben bei ihrer Emission möglicherweise keinen etablierten Handelsmarkt, und ein etablierter Handelsmarkt entwickelt sich möglicherweise nie oder ist nicht sehr liquide. Die Marktbedingungen für Wertpapiere, die sich auf solche risikofreien Sätze beziehen, wie z.B. der Spread über die in den Zinsbestimmungen reflektierten Indexsätze, können sich im Laufe der Zeit entwickeln, und die Handelspreise solcher Wertpapiere können daher niedriger sein als die von später

emittierten indexierten Wertpapieren. Darüber hinaus kann der Handelskurs solcher Wertpapiere, die an solche risikofreien Zinssätze gebunden sind, niedriger sein als derjenige von Wertpapieren, die sich auf Indizes beziehen, die weiter verbreitet sind, wenn sich die entsprechenden risikofreien Zinssätze nicht als weit verbreitet erweisen. Anleger in solche Wertpapiere können diese Wertpapiere möglicherweise gar nicht oder nicht zu Preisen verkaufen, die ihnen eine Rendite ermöglichen, die mit ähnlichen Anlagen mit einem entwickelten Sekundärmarkt vergleichbar ist, und können daher unter einer erhöhten Preisvolatilität und einem erhöhten Marktrisiko leiden.

Anleger sollten diese Angelegenheiten bei ihrer Anlageentscheidung im Hinblick auf alle Wertpapiere berücksichtigen.

XV. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" der erste Absatz jeweils wie folgt ersetzt:

Die folgenden Informationen sind bei der Financial Conduct Authority ("**FCA**") hinterlegt und werden in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG a.F. einbezogen:

- der Geschäftsbericht der Emittentin, wie am 12. Februar 2020 bei der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") mittels Form 20-F (die "**Form 20-F**") für die am 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2018 endenden Geschäftsjahre eingereicht, ohne den Abschnitt mit der Überschrift "Anlagenverzeichnis" (*Exhibit Index*) auf Seite 255 der Form 20-F, der nicht einbezogen wurde und kein Bestandteil dieses Basisprospekts ist; und
- die Geschäftsberichte der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Emittentin für die am 31. Dezember 2018 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2018**") bzw. 31. Dezember 2019 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2019**") endenden Geschäftsjahre.

XVI. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE ANGABEN**" der letzte Absatz jeweils wie folgt ersetzt:

Die Emittentin hat die oben per Verweis einbezogenen Abschlüsse auf Grundlage der International Financial Reporting Standards ("**IFRS**"), wie vom International Accounting Standards Board veröffentlicht und von der Europäischen Union ("**EU**") übernommen, erstellt. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze der Emittentin ist in der Form 20-F, im Geschäftsbericht der Emittentin 2018 und im Geschäftsbericht der Emittentin 2019 abgedruckt.

XVII. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" im Unterabschnitt "Ratings" die ersten zwei Absätze wie folgt ersetzt:

Ratings

Sofern in diesem Basisprospekt, den Endgültigen Bedingungen oder einem per Verweis einbezogenen Dokument Ratings wiedergegeben werden, so sind dies Ratings von Fitch Ratings Limited ("**Fitch**"), Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("**Standard & Poor's**"). Sowohl Fitch als auch Standard & Poor's und Moody's haben ihren Sitz in der EU und sind registriert unter der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 513/2011 und stehen auf der Liste der registrierten Ratingagenturen, die auf der Website der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde unter <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs> veröffentlicht ist.

Zum Datum dieses Basisprospektes sind die kurzfristigen unbesicherten Verpflichtungen der Bank wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's, P-1 von Moody's, und F1 by Fitch und die langfristigen Verpflichtungen der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's, A1 von Moody's und A+ von Fitch. Die Ratings sind ohne einen gegebenenfalls vorhandenen Ausblick der jeweiligen Ratings dargestellt.

XVIII. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" die Unterabschnitte "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Emittentin oder der Barclays Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2019.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlich nachteiligen Änderungen in den Aussichten für die Bank oder die Barclays Bankengruppe seit dem 31. Dezember 2019.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank, die Barclays Bankengruppe, und die Gruppe – Rechtstreitigkeiten**" (ohne den Abschnitt "**Allgemeines**") angegebenen Verfahren, gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten), die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin und/oder der Barclays Bankengruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben.

XIX. In den Basisprospekten werden in dem Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" der Unterabschnitt "**Die Bank, die Bankengruppe und die Gruppe**" durch den folgenden Absatz ersetzt:

Die Bank, die Barclays Bankengruppe und die Gruppe

An dieser Stelle werden die per Verweis einbezogenen Informationen über die Emittentin, die in der Form 20-F, dem Geschäftsbericht der Emittentin 2018 und dem Geschäftsbericht der Emittentin 2019 enthalten sind, einbezogen.

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Barclays Bankengruppe**") ist eine in England und Wales unter der Nummer 1026167 eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem Colonial Bank Act von 1925 gegründet und am 4. Oktober 1971 als "*company limited by shares*" nach dem Companies Act von 1948 bis 1967 eingetragen. Gemäß dem Barclays Bank Act von 1984 erfolgte am 1. Januar 1985 eine Neueintragung der Bank als "*public limited company*" und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Die Barclays PLC (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**") ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe.

Bei der Gruppe handelt es sich um eine transatlantische Verbraucher- und Großkundenbank mit globaler Ausrichtung, die Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Privatkunden, Unternehmenskunden und Investmentbanking, Kreditkarten und Vermögensverwaltung anbietet und in den zwei Heimatmärkten, Vereinigtes Königreich und den USA verankert ist. Die Gruppe besteht aus zwei klar voneinander abgegrenzten Geschäftsbereichen: die Barclays UK Division und die Barclays International Division. Diese sind im Wesentlichen in zwei Bankentochtergesellschaften angesiedelt, wobei Barclays UK innerhalb der Barclays Bank UK PLC und Barclays International innerhalb der Bank aufgehängt ist, die neben der Barclays Services Limited tätig, jedoch entsprechend der Anforderungen der Ring-fencing-Gesetze unabhängig voneinander sind. Barclays Services Limited steigert die Effizienz durch die Lieferung betrieblicher und technischer Dienstleistungen innerhalb der Gruppe.

Die Bank und die Barclays Bankengruppe bieten Produkte und Dienstleistungen an, die auf die größeren Firmen- und Großkunden und internationalen Bankenkunden zugeschnitten sind.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2019 bzw. zum 31. Dezember 2018 endende Jahr entnommen:

	Zum 31.12.2019 GBP Mio.	Zum 31.12.2018 GBP Mio.
Gesamte Aktiva	876.672	877.700
Kredite und Forderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	141.363	136.959
Einlagen zu fortgeführten Anschaffungskosten	213.881	199.337
Gesamtes Eigenkapital	50.615	47.711
Minderheitsbeteiligungen	-	2
	Für das am 31.12.2019 endende Jahr GBP Mio.	Für das am 31.12.2018 endende Jahr GBP Mio.
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.112	1.286
Wertminderungsaufwand und andere Rückstellungen	(1.202)	(643)

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Es liegen keine relevanten Ereignisse vor.

Rechtsstreitigkeiten

Die Barclays Bankengruppe ist rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und regulatorischen Herausforderungen ausgesetzt, von denen viele außerhalb der Kontrolle der Barclays Bankengruppe liegen. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Angelegenheiten auf Barclays ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse sowie die Geschäftsaussichten der Barclays Bankengruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Situationen, die aufgrund von ähnlichen Umständen entstehen, können entweder zu einer Eventualverbindlichkeit oder Rückstellung oder zu beidem führen, je nach dem maßgeblichen Sachverhalt und den maßgeblichen Umständen.

Der Berücksichtigung von Rückstellungen für diese Angelegenheiten beinhaltet kritische bilanzielle Schätzungen und Beurteilungen im Einklang mit den jeweiligen Rechnungslegungsgrundsätzen, wie nachstehend unter '*Rückstellungen*' beschrieben. Wo dies derzeit nicht zweckmäßig ist, hat die Emittentin keine Einschätzung der potenziellen finanziellen Auswirkung von Eventualverbindlichkeiten auf die Barclays Bankengruppe abgegeben. In verschiedenen der genannten Fälle wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe begehrt. Auch wenn in bestimmten Fällen die Höhe des geltend gemachten Schadens beziffert wird, spiegeln diese Beträge nicht unbedingt das potenzielle finanzielle Risiko der Barclays Bankengruppe in diesen Angelegenheiten wider.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Beratungsverträge und andere Angelegenheiten sowie Zivilverfahren

FCA-Verfahren

2008 schlossen die Barclays Bank PLC und Qatar Holdings LLC zwei Beratungsverträge (die "**Verträge**"). Die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("**FCA**")) führt Untersuchungen hinsichtlich der Frage durch, ob diese Verträge in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen der Barclays PLC im Juni und im November 2008 (die "**Kapitalbeschaffungen**") gestanden haben könnten und daher in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit der Kapitalbeschaffungen offengelegt hätten werden müssen.

2013 hat die FCA Warnhinweise (die "**Hinweise**") mit der Feststellung herausgegeben, dass die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC leichtfertig handelten und gegen bestimmte börsenbezogenen Offenlegungsvorschriften, und damit auch gegen das Listing Principle 3 verstießen. Das in den Hinweisen verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. Die Barclays PLC und die Barclays Bank PLC bestreiten die Entscheidung weiterhin. Die Klage der FCA wurde wegen der Verfahren des Serious Fraud Office ("**SFO**") gegen bestimmte ehemalige Führungskräfte von Barclays aufgeschoben.

Sämtliche Anklagepunkte, die vom SFO gegenüber der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC hinsichtlich der Verträge vorgebracht wurden, wurden 2018 fallen gelassen.

Zivilklage

Die PCP Capital Partners LLP und PCP International Finance Limited ("**PCP**") begehren Schadenersatz in Höhe von circa GBP 1,6 Mrd. von der Barclays Bank PLC für arglistige Täuschung und Betrug aufgrund von angeblichen Behauptungen der Barclays Bank PLC gegenüber PCP im Zusammenhang mit den Bedingungen, zu denen Wertpapiere an potenzielle Anleger, unter anderem angeblich an PCP, bei der Kapitalerhöhung vom November 2008 ausgegeben wurden. Die Barclays Bank PLC verteidigt sich gegen diese Klage. Der Beginn des Verfahrens ist für Juni 2020 vorgesehen.

Untersuchungen im Hinblick auf Einstellungspraktiken in der Vergangenheit

2019 schloss die Gruppe einen Vergleich über USD 6,4 Mio. mit der US Securities and Exchange Commission ("**SEC**") im Hinblick auf bestimmte Verfahren bei der Einstellung von Mitarbeitern in Asien, wodurch die Sache beigelegt wurde.

Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte und damit verbundene Zivilklagen

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden, einschließlich einiger Wettbewerbsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Barclays Bank PLC an der angeblichen Manipulation bestimmter finanzieller Referenzwerte wie etwa dem LIBOR. Das SFO hat seine Ermittlungen abgeschlossen und ergreift keine weiteren Maßnahmen gegenüber der Gruppe. Verschiedene Personen und Unternehmen haben in mehreren Jurisdiktionen Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken in Bezug auf die angebliche Manipulation des LIBOR und/oder andere Referenzwerte angedroht oder eingereicht. Einige der Klagen laufen noch.

USD-LIBOR-Zivilklagen

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen wurden für vorprozessuale Zwecke vor dem US-Bezirksgericht im *Southern District of New York* ("**SDNY**") gemeinsam verhandelt.

Neben anderen Vorwürfen, wurde in den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften u. a. der Vorwurf erhoben, die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Inc. ("**BCI**") und andere Finanzinstitute hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des US Sherman Antitrust Act ("**Antitrust Act**"), des US Commodity Exchange Act ("**CEA**"), des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act ("**RICO**"), des Securities Exchange Act von 1934 sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

In den Einzel- und Sammelklagen wird Schadenersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Barclays Bank PLC, Schadenersatz und Strafschadenersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadenersatz in dreifacher Höhe (trebling of damages) nach Maßgabe der Bestimmungen des Antitrust Act und des RICO gefordert. Barclays hat bestimmte Klagen bereits zuvor beigelegt. Zwei der im Rahmen von Sammelklagen ergangenen Vergleiche, bei denen Barclays USD 20 Mio. bzw. USD 7,1 Mio. gezahlt hat, unterliegen noch der endgültigen Genehmigung durch das Gericht bzw. dem Recht der Mitglieder der Sammelklage, den Vergleich abzulehnen und ihre Ansprüche individuell geltend zu machen.

Sterling-LIBOR-Zivilklagen

2016 wurden zwei Sammelklagen (putative class action) im SDNY gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken, in denen unter anderem behauptet wurde, die Beklagten hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen

des CEA, des Antritrust Act sowie des RICO verstoßen, zusammengefasst. Dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung wurde im Dezember 2018 stattgegeben. Die Kläger haben gegen die Klageabweisung Widerspruch eingelegt.

Japanischer Yen-LIBOR-Zivilklagen

2012 reichte ein Hauptkläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine Sammelklage gegen die Barclays Bank PLC und andere Panel-Banken für den Japanischen Yen-LIBOR im SDNY und gegen die Mitglieder des Panels der Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen-TIBOR) ein. In der Klageschrift wird u. a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des Antitrust Act erhoben. 2014 wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, wobei die Ansprüche des Klägers wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des CEA weiter anhängig sind.

2015 wurde eine zweite Sammelklage mit ähnlichen Behauptungen wie die bereits genannte Sammelklage gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI, die im SDNY anhängig gemacht. 2017 wurde diese Klage vollumfänglich abgewiesen und die Kläger haben gegen die Abweisung Widerspruch eingelegt.

SIBOR/SOR-Zivilklage

2016 wurde eine Sammelklage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und andere Beklagte, mit der die Manipulation der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Singapore Swap Offer Rate (SOR) geltend gemacht werden sollte, eingereicht. Im Oktober 2018 ließ das Gericht sämtliche Anklagepunkte gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI fallen. Die Kläger haben gegen die Klageabweisung Widerspruch eingelegt.

ICE LIBOR-Zivilklagen

2019 wurden im SDNY mehrere Sammelklagen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, die Intercontinental Exchange Inc. und gegen bestimmte ihrer Tochtergesellschaften (ICE), sowie weitere Finanzinstitute auf Beklagtenseite eingereicht und kartellrechtliche Ansprüche auf der Grundlage geltend gemacht, die Beklagten hätten den USD-LIBOR manipuliert, indem sie ICE Kurse übermittelten. Diese Anschuldigungen wurden als Sammelklage zusammengefasst. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Zivilklagen in Bezug auf Referenzwerte außerhalb der USA

Im Vereinigten Königreich sind gegen die Barclays Bank PLC (und in bestimmten Fällen die Barclays Bank UK PLC) Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit angeblichen Manipulationen des LIBOR, EURIBOR und anderer Referenzwerte anhängig gemacht oder angedroht worden (hierzu gehören auch die Klagen, die in dem nachstehenden Abschnitt "*Zivilklagen lokaler Behörden in Bezug auf den LIBOR*" genannt sind). Auch in zahlreichen anderen Jurisdiktionen Europas und in Israel wurden Gerichtsverfahren anhängig gemacht. Weitere Verfahren in anderen Jurisdiktionen könnten in der Zukunft anhängig gemacht werden.

Ermittlungen zu Devisenkursen und damit verbundene Zivilklagen

2015 hat die Gruppe Vergleiche mit verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Behörden der Vereinigten Staaten und der FCA in Höhe von insgesamt USD 2,38 Mrd. im Hinblick auf bestimmte Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt erzielt.

Im Rahmen der damit verbundenen Einigung (*plea agreement*) mit dem US Department of Justice ("**DoJ**"), die im Januar 2017 endgültig gerichtlich genehmigt wurde, hat die Gruppe einem Bewährungszeitraum von drei Jahren zugestimmt. Die Gruppe informiert einige der Behörden weiterhin fortlaufend.

Die Europäische Kommission ist eine von mehreren Behörden, die noch Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Praktiken auf dem Devisenmarkt durchführen. Die Europäische Kommission hat im Mai 2019 zwei Vergleiche veröffentlicht und die Gruppe hat Strafzahlungen von insgesamt etwa EUR 210 Mio. geleistet. Im Juni 2019 veröffentlichte die Schweizer Wettbewerbsbehörde zwei Vergleiche und die Gruppe hat Strafzahlungen von insgesamt etwa CHF 27 Mio. geleistet.

Die finanziellen Auswirkungen der laufenden Sachverhalte werden sich vermutlich nicht wesentlich auf die Ertragslage, die Kapitalflüsse oder die Finanzlage der Barclays Bankengruppe auswirken.

Eine Reihe von Einzelpersonen und Unternehmen hat in verschiedenen Jurisdiktionen ebenfalls Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken in Bezug auf die angebliche Manipulation von Devisenmärkten eingereicht oder dies angedroht und könnte daher in Zukunftklagen. Einige dieser Klagen sind noch anhängig.

Devisenkurs Opt-out -Zivilklage

2018 einigte sich die Barclays Bank PLC und BCI mit den Klägern einer Sammelklage wegen angeblichen Manipulation von Devisenmärkten, die im SDNY eingereicht wurde ("**Zusammengefasste Devisenkurs-Klage**"), auf einen Vergleich in Höhe der Gesamtsumme von USD 384 Mio.

2018 reichte eine weitere Gruppe von Klägern, die aus der Zusammengefassten Devisenkurs-Klage ausgestiegen waren, Klage im SDNY gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI und andere Beklagte ein.

Privatkunden-Zivilklage

2015 wurde eine Sammelklage im Namen einer Klägergruppe von Einzelpersonen, die Währungen auf Privatkunden-Basis in Bankniederlassungen wechselten, gegen eine Reihe internationaler Banken, einschließlich der Barclays PLC und BCI, ("**Privatkunden-Ansprüche**") eingereicht. Der SDNY hat entschieden, dass die Privatkunden-Ansprüche nicht von der Vergleichsvereinbarung für die Zusammengefasste Devisenkurs-Klage erfasst werden. Das Gericht hat daraufhin sämtliche Privatkunden-Ansprüche gegen die Gruppe und alle anderen Beklagten zurückgewiesen. Die Kläger haben daraufhin eine geänderte Klageschrift eingereicht.

Devisenkurs-Zivilklage nach dem Recht einzelner US-Bundesstaaten

2017 wurden vom SDNY Sammelklagen abgewiesen, die nach Bundesrecht und dem Recht einzelner Bundesstaaten im Namen einer Klägergruppe von (i) ETF-Anteilseignern und anderen, die vermeintlich indirekte Anleger in Deviseninstrumente waren und (ii) einer Anlegergruppe, die mit Deviseninstrumenten über Devisenhändler oder Makler gehandelt haben, denen keine Manipulation ausländischer Wechselkurse vorgeworfen wird, eingereicht wurden. Die Kläger haben eine geänderte Klageschrift hinsichtlich ihrer Ansprüche auf Bundesebene eingereicht, die noch anhängig ist.

Devisenkurs-Zivilklagen außerhalb der Vereinigten Staaten

Neben den oben beschriebenen Klagen sind gegen Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI und Barclays Execution Services Limited (BX) in Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen im Vereinigten Königreich, in weiteren europäischen Ländern sowie Israel und Australien Gerichtsverfahren anhängig oder angedroht worden und könnten daher in Zukunft anhängig gemacht werden.

Metall-Ermittlungen und damit verbundene Zivilklagen

Die Barclays Bank PLC hat dem DoJ, der US Commodity Futures Trading Commission und anderen Behörden zuvor Informationen im Rahmen von Ermittlungen in Verbindung mit Metallen und metall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Eine Reihe von Zivilklagen in den Vereinigten Staaten, die jeweils für eine Klägergruppe eingereicht wurden, wurden zusammengelegt und an den SDNY verwiesen. Die Klagen werfen der Barclays Bank PLC und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. vor, unter Verletzung der Bestimmungen US-bundesstaatlicher Kartell- und anderer Gesetze die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben. Eine gesonderte Zivilklage in den Vereinigten Staaten von einer Klägergruppe gegen eine Reihe von Banken, einschließlich der Barclays Bank PLC, BCI und BX (ehemals Barclays Capital Services Limited), wegen der angeblichen Manipulation des Silberpreises unter Verstoß gegen das CEA, den Antitrust Act und einzelstaatlicher Kartell- und Verbraucherschutzgesetze wurde abgewiesen. Den Klägern steht die Möglichkeit zu bei Gerichts Berufung zu beantragen.

Darüber hinaus wurden vor kanadischen Gerichten Sammelklagen in Zivilsachen gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc. und die BCI aufgrund angeblicher Manipulation von Gold- und Silberpreisen eingereicht.

Zivilklagen im Zusammenhang mit US-Hypotheken

In Zusammenhang mit US-amerikanischen Residential-Mortgage-backed-Securities (RMBS) sind mehrere zivilrechtliche Verfahren anhängig, einschließlich vier Klagen aufgrund von ungeklärten Rückkaufforderungen, die von Treuhändern für bestimmte RMBS gestellt wurden, und aufgrund von angeblichen Verletzungen verschiedener Kreditzusagen und -garantien (representations and warranties, "R&W"), die von der Barclays Bank PLC und/oder einer 2007 erworbenen Tochtergesellschaft (die "Erworbene Tochtergesellschaft") abgegeben wurden.

Die zum 31. Dezember 2019 eingegangenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf hatten einen ursprünglichen ausstehenden Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,1 Mrd.

Die Treuhänder machten ferner geltend, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die jeweiligen R&Ws bezüglich einer größeren (jedoch nicht bezifferten) Anzahl von Krediten vorliegt, als die zuvor in den nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf angegebene Anzahl. Diese Klagen auf Rückkauf dauern an. In einer Klage auf Rückkauf hat das Berufungsgericht von New York entschieden, dass Ansprüche im Zusammenhang mit bestimmten R&Ws verjährt sind.

Die Barclays Bank PLC hat zwei der Klagen auf Rückkauf durch Vergleich beigelegt, welche noch der endgültigen gerichtlichen Genehmigung bedürfen. Die finanziellen Auswirkungen des Vergleichs werden voraussichtlich für die Ertragslage, Kapitalflüsse und Finanzlage der Barclays Bankengruppe unwesentlich sein. Die übrigen zwei Klagen auf Rückkauf sind noch anhängig.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen und Agency-Securities und diesbezügliche Angelegenheiten

Bestimmte Regierungsbehörden führen darüber hinaus Ermittlungen in Bezug auf Aktivitäten in Zusammenhang mit dem Handel bestimmter Staatsanleihen und Agency-Securities in verschiedenen Märkten durch. Die Gruppe hat bei diesen Ermittlungen kooperiert und Informationen bereitgestellt. Darüber hinaus wurden, wie im Folgenden beschrieben, auf der Grundlage ähnlicher Behauptungen Zivilklagen eingereicht.

Zivilklagen in Bezug auf U.S. Staatsanleihen

Durch vor einem US-Bundesgericht gegen die Barclays Bank PLC, die BCI und andere Finanzinstitute eingereichte Sammelklagen gemäß dem Antitrust Act und einzelstaatlichem Common Law wird geltend gemacht, dass die Beklagten (i) Absprachen zur Manipulation des Markts für US-Staatsanleihen und/oder (ii) Absprachen zur Verhinderung der Bildung bestimmter Plattformen durch Boykottierung oder Androhung einer Boykottierung dieser Handelsplattformen getroffen hätten. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt.

Daneben haben bestimmte Kläger eine damit zusammenhängende direkte Klage gegen die BCI und bestimmte andere Finanzinstitute eingereicht, in der geltend gemacht wird, dass die Beklagten Absprachen getroffen hätten, um Preise und den Markt für US-Staatsanleihen unter Verletzung des Antitrust Act, des CEA und des einzelstaatlichen Common Laws zu manipulieren.

Zivilklagen in Bezug auf Supranational-, Staats- und Agency-Anleihen

Im SNDY und vor dem kanadischen Bundesgericht in Toronto wurden gegen die Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, BX (vormals Barclays Services Limited), Barclays Capital Securities Limited und, nur in Bezug auf die in Kanada eingereichte Zivilklage, gegen Barclays Capital Canada, Inc. und andere Finanzinstitute kartellrechtliche Zivilklagen eingereicht, in denen behauptet wird, dass die Beklagten Absprachen zu Preisen und zur Beschränkung des Wettbewerbs auf dem Markt für Supranational-Anleihen, sonstige Staatsanleihen und Agency-Anleihen getroffen hätten.

In einer im SDNY eingereichten Klage gab das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Klageabweisung in Bezug auf die Barclays Bank PLC und bestimmte Gruppengesellschaften statt. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung der übrigen Anklagepunkte der Kläger gegen BCI gestellt. Die andere im SDNY eingereichte Klage ist noch anhängig.

Zivilklagen in Bezug auf variabel verzinsliche Kommunalanleihen

Gegen die Barclays Bank PLC, BCI und andere Finanzinstitute wurden Zivilklagen eingereicht, in denen behauptet wird, dass die Beklagten sich abgesprochen oder zusammengearbeitet hätten, um Zinssätze für

variabel verzinsliche Kommunalanleihen (Variable Rate Demand Obligations, VRDOs) künstlich aufzublähen. VRDOs sind Kommunalanleihen mit Zinssätzen, die periodisch - meistens wöchentlich - neu festgelegt werden. Von Privatklägern wurden für die Staaten Illinois und Kalifornien zwei Klagen vor einem einzelstaatlichen Gericht eingereicht. Im SDNY wurden zwei Sammelklagen, die zusammengefasst wurden, eingereicht.

Zivilklagen in Bezug auf Staatsanleihen

In einer Sammelklage, die 2019 im SDNY eingereicht wurde, behaupteten die Kläger, dass BCI und bestimmte andere Anleihehändler Preisabsprachen in Bezug auf Anleihen staatlich geförderter US-Unternehmen unter Verletzung des US-Kartellrechts getroffen haben. BCI hat einem Vergleich über USD 87 Mio. zugestimmt, der noch der gerichtlichen Genehmigung bedarf. 2019 haben der Generalanwalt von Louisiana und die Stadt Baton Rouge jeweils Klage gegen die Barclays Bank PLC und andere Finanzinstitute mit ähnlichen Behauptungen wie die Kläger der Sammelklage eingereicht.

Im Jahre 2018 wurde eine gesonderte Sammelklage gegen mehrere Finanzinstitute, einschließlich der Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Bank Mexico, S.A. und bestimmter anderer Tochtergesellschaften der Gruppe, im SDNY zusammengefasst. Die Kläger machten kartell- und staatsrechtliche Ansprüche aufgrund einer angeblichen Preisabsprache für mexikanische Staatsanleihen geltend. Die Barclays PLC hat die Klage durch Vergleich beigelegt, der noch der gerichtlichen Genehmigung bedarf. Die finanzielle Auswirkung des Vergleichs ist für die Ertragslage, Kapitalflüsse oder Finanzlage der Barclays Bankengruppe unwesentlich.

BDC Finance L.L.C.

Die BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte 2008 eine Schadensersatzklage in Höhe von USD 298 Mrd. gegen die Barclays Bank PLC vor dem NY Supreme Court ein, mit der geltend gemacht wird, dass die Barclays Bank PLC einen Vertrag im Zusammenhang mit einem Portfolio aus Total Return Swap-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag gilt (zusammen der "**Vertrag**"), verletzt habe. Im Anschluss an die Anhörung zu bestimmten Haftungsfragen urteilte das Gericht im Dezember 2018, dass die Barclays Bank PLC keine Vertragsverletzung begangen habe, was im Berufungsverfahren bestätigt wurde.

2011 wurden die Barclays Bank PLC und BCI aufgrund des angeblichen Verhaltens der Barclays Bank PLC im Zusammenhang mit dem Vertrag auch von der Anlageberaterin der BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (Connecticut State Court) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem Connecticut Unfair Trade Practices Act sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Das Verfahren ist derzeit ausgesetzt.

Zivilklagen in Bezug auf den US Anti-Terrorism Act

Es gibt eine Reihe von Zivilklagen, die für mehr als 4.000 Kläger bei US-Bundesgerichten und beim US Bezirksgericht im Eastern District of New York (EDNY) und SDNY gegen die Barclays Bank PLC und eine Reihe andere Banken eingereicht wurden. Die Kläger behaupten im Allgemeinen, dass die Barclays Bank PLC und die anderen beklagten Banken sich der Beteiligung an Absprachen schuldig gemacht haben, indem sie der Regierung des Iran sowie einigen iranischen Banken die Durchführung von Geschäften in US-Dollar ermöglicht haben sollen, mit denen wiederum Terrorakte finanziert wurden, in denen die Kläger oder Familienmitglieder der Kläger verletzt oder getötet wurden. Gemäß den Bestimmungen des US Anti-Terrorism Act müssen alle nachgewiesenen Schäden dreifach entschädigt werden. Auf dieser Grundlage machen die Kläger Schadensersatzansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend. Das Gericht hat dem Antrag der Beklagten auf Abweisung einer der Klagen im EDNY stattgegeben. Gegen legten Entscheidung legten die Kläger Widerspruch ein. Die Beklagten haben Antrag auf Abweisung zweier weiterer Klagen im EDNY gestellt. Das Gericht hat dem Antrag der Beklagten auf Abweisung auch hinsichtlich einer anderen Klage im SDNY stattgegeben. Die übrigen Klagen sind bis zu einer Entscheidung in diesen Fällen ausgesetzt.

US-Zivilklagen in Bezug auf Zinsswaps und Credit-Default-Swaps

Die Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI wurden, zusammen mit anderen Finanzinstituten, die Market-Makers für Interest Rate Swaps (IRS) sind, als Beklagte in einer Reihe von kartellrechtlichen Sammelklagen benannt, die 2016 im SDNY zusammengelegt wurden. Mit den Klagen wird geltend gemacht, die Beklagten hätten Absprachen getroffen, um die Entwicklung des Austauschs von IRS zu verhindern. Es werden Schadensersatzzahlungen in unbestimmter Höhe gefordert.

2018 reichte die trueEX LLC eine kartellrechtliche Sammelklage im SDNY gegen eine Reihe von Finanzinstitute, einschließlich der Barclays PLC, Barclays Bank PLC und BCI, mit ähnlichen Behauptungen in Bezug auf die Entwicklung einer IRS-Plattform ein. 2017 reichte die Tera Group Inc. eine gesonderte kartellrechtliche Zivilklage im SDNY ein, in der geltend gemacht wird, dass ein bestimmtes Verhalten in den IRS-Fällen angeblich ebenfalls zu einem Verlust des Klägers in Bezug auf den Credit-Default-Swaps-Markt beigetragen habe. Im November 2018 bzw. Juli 2019 wies das Gericht in beiden Fällen einige der Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung ab, lehnte allerdings gleichzeitig Anträge auf Abweisung der auf bundes- und einzelstaatlicher Ebene geltend gemachten kartellrechtlichen Ansprüche ab, die weiter anhängig sind.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde kam zu dem Ergebnis, dass eine Tochtergesellschaft der Barclays Bank PLC und andere Banken durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanlegerüber in Bezug auf Hypotheken, Verbraucherkredite sowie die Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen gegen Wettbewerbsrecht verstoßen hat. Die Gruppe hat Immunität beantragt und keine Geldstrafe erhalten.

Ermittlungen hinsichtlich des Forderungseinzugs in Bezug auf unbesicherte Kreditgeschäfte

Seit Februar 2018 untersucht die FCA die Frage, ob die Gruppe wirksame Inkassosysteme- und -kontrollen für den Forderungseinzug eingeführt hat und ob sie ausstehende und rückständige Zinsen von Kunden gebührend berücksichtigt hat.

Die Ermittlungen der FCA befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium.

Britische Umsatzsteuerprüfungen durch das HM Revenue & Customs (HMRC)

2018 veröffentlichte die HMRC Mitteilungen, die zur Folge haben, dass bestimmte ausländische Tochtergesellschaften, die im Vereinigten Königreich tätig sind, aus der britischen umsatzsteuerlichen Organschaft von Barclays, in der Lieferungen zwischen Organmitgliedern grundsätzlich umsatzsteuerfrei sind, ausgenommen werden.

Die Bekanntmachungen gelten rückwirkend und würden Schätzungen in Höhe von ca. GBP 181 Mio. (einschließlich Zinsen) entsprechen, von denen Barclays einen Betrag in Höhe von ca. GBP 128 Mio. der Barclays Bank UK PLC und einen Betrag in Höhe von GBP 53 Mio. der Barclays Bank PLC zuschreiben würde.

Gegen die Entscheidung der HMRC wurde beim First Tier Tribunal (Steuerkammer) Berufung eingelegt.

Zivilklagen lokaler Behörden hinsichtlich des LIBOR

Nachdem verschiedene staatliche Ermittlungen in Bezug auf die Einreichungen bestimmter Referenzzinssätze durch Vergleich beigelegt wurden, die vorstehend in dem Abschnitt '*Ermittlungen in Bezug auf den LIBOR und andere Referenzwerte und damit verbundene Zivilklagen*' beschrieben wurden, haben einige lokale Behörden im Vereinigten Königreich Klagen gegen die Barclays Bank PLC (und in bestimmten Fällen gegen die Barclays Bank UK PLC) eingereicht, in denen behauptet wird, diese Behörden hätten Kredite im Vertrauen auf falsche Aussagen der Barclays Bank PLC über ihr Verhalten hinsichtlich des LIBOR abgeschlossen. Barclays hat Antrag auf Streichung dieser Klagen aus dem Klageregister gestellt.

Rückstellungen

Bilanzierung von Rückstellungen

Die Barclays Bankengruppe wendet bei der Bilanzierung von nicht-finanziellen Verbindlichkeiten IAS 37 Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen an.

Für gegenwärtige Verpflichtungen, die infolge von Ereignissen in der Vergangenheit entstehen, werden Rückstellungen gebildet, wenn es wahrscheinlicher ist, dass für die Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss des wirtschaftlichen Nutzens erforderlich ist, der verlässlich eingeschätzt werden kann. Rückstellungen werden auch für die voraussichtlichen Restrukturierungskosten, einschließlich Abfindungszahlungen, sofern eine Verpflichtung zur Zahlung besteht, gebildet; beispielsweise, wenn die Barclays Bankengruppe einen formalen

Plan zur Restrukturierung eines Geschäfts ausgearbeitet hat und bei den von der Restrukturierung betroffenen Personen durch die Bekanntgabe der Hauptbestandteile des Plans oder durch den Beginn der Umsetzung des Plans gerechtfertigte Erwartungen geweckt hat. Für nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen werden Rückstellungen gebildet, wenn es möglich ist, dass der Kredit in Anspruch genommen wird und hierdurch ein geringerer Vermögenswert bilanziert werden muss als ursprünglich ausgegeben wurde.

Kritische Bilanzschätzungen und -Beurteilungen

Die Finanzberichterstattung für Rückstellungen basiert in erheblichem Umfang auf Ermessensentscheidungen und ist komplex. Die Feststellung, ob eine aktuelle Verpflichtung besteht, und das Einschätzen der Wahrscheinlichkeit, des Zeitpunkts, der Art und des Volumens der Abflüsse, die sich infolge von Ereignissen aus der Vergangenheit ergeben, muss anhand von bestimmten Tatsachen und Umständen für die einzelnen Ereignisse beurteilt werden und bedarf oft spezialisierter professioneller Beratung. Befindet sich ein Sachverhalt noch in der Anfangsphase, können sich Bilanzbeurteilungen und -Einschätzungen aufgrund des damit verbundenen hohen Maßes an Unsicherheit als schwierig erweisen. Die Geschäftsleitung behält den Fortgang der Sachverhalte im Auge, um die Bildung von Rückstellungen kontinuierlich neu zu bewerten; es können jedoch auch weiterhin zahlreiche mögliche Ergebnisse und Unsicherheiten insbesondere in Bezug auf rechtliche, wettbewerbsrechtliche und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten bestehen und infolge dessen ist eine verlässliche Einschätzung solcher Angelegenheiten oft nicht möglich, selbst wenn sie sich in einem fortgeschrittenen Stadium befinden.

Durch die Komplexität dieser Sachverhalte ist bei der Erstellung von Einschätzungen oft der Einsatz spezialisierter und professioneller Berater notwendig. Eine intensivere professionelle Beurteilung ist insbesondere bei Kundenentschädigungen und rechtlichen, wettbewerbsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten erforderlich. Der als Rückstellung angesetzte Betrag kann auf die bei der Berechnung getroffenen Annahmen, ebenfalls sensibel reagieren. Dadurch sind zahlreiche Ergebnisse möglich, die bei der Festlegung der angemessenen Höhe der Rückstellungen eine Beurteilung erfordern. Weitere Angaben hierzu sind im nachstehenden Abschnitt für Informationen über Entschädigungszahlungen enthalten.

Die Rückstellungen, die maximal innerhalb von 12 Monaten nach dem 31. Dezember 2019 zurückgezahlt oder beglichen wurden, betragen für die Barclays Bankengruppe GBP 739 Mio. (2018: GBP 791 Mio.).

Drohende Verluste aus ungünstigen Verträgen

Rückstellungen für drohende Verluste aus ungünstigen Verträgen enthalten eine Schätzung der Kosten für die Erfüllung von Vertragsbedingungen ohne die hieraus erwarteten Vorteile.

Entlassungen und Restrukturierung

Diese Rückstellungen beinhalten die geschätzten Restrukturierungskosten, einschließlich Abfindungskosten, soweit eine Zahlungsverpflichtung besteht. Zuwächse während des Jahres beziehen sich auf formale Restrukturierungspläne und wurden entweder in Anspruch genommen oder zurückgeführt, vorausgesetzt, die Gesamtkosten liegen jetzt voraussichtlich unter dem ursprünglichen Rückstellungsbetrag.

Nicht in Anspruch genommene zugesagte Kredite und Garantien

Die Wertberichtigung gemäß IFRS 9 berücksichtigt sowohl das Ausfallrisiko für durch Vertragspartner in Anspruch genommene als auch für nicht in Anspruch genommene Kredite. Bei Privatkundenportfolios fällt die gesamte Wertberichtigung unter das Risiko der in Anspruch genommenen Kredite soweit der Betrag das Risiko des erwarteten Kreditausfalls (ECL) nicht übersteigt und nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überschuss wird auf der Passivseite der Bilanz als Rückstellung erfasst. Bei Geschäftskundenportfolios wird die Wertberichtigung für nicht in Anspruch genommene Kredite auf der Passivseite der Bilanz als Rückstellung ausgewiesen. Rückstellungen werden gebildet, wenn es möglich ist, dass ein Kredit in Anspruch genommen wird und der Vermögenswert hierdurch wahrscheinlich einen geringeren realisierbaren Wert haben wird als der ursprünglich ausgezahlte Betrag.

Kundenentschädigungen

Die Rückstellungen für Kundenentschädigungen beinhalten die geschätzten Kosten für Entschädigungszahlungen an Kunden, Verbraucher und Vertragspartner für Verluste oder Schäden, die in Zusammenhang mit einer unangemessenen Beurteilung bei der Ausführung der Geschäftsaktivitäten der Barclays Bankengruppe entstanden sind. Die Rückstellungen für Kundenentschädigungen beinhalten auch

kleinere Rückstellungen für das Geschäftskundengeschäft, die voraussichtlich in den nächsten 12-24 Monaten in Anspruch genommen werden.

Rechtliche, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Angelegenheiten

Die Barclays Bankengruppe ist an verschiedenen Gerichtsverfahren sowohl im Vereinigten Königreich als auch in einer Reihe von anderen ausländischen Jurisdiktionen, einschließlich in den Vereinigten Staaten, beteiligt.

Sonstige Rückstellungen

Diese Kategorie umfasst Rückstellungen, die in keine der anderen Kategorien fallen, wie beispielsweise Verluste wegen Betrugs oder Rückstellungen für Gebäudesanierungen.

Allgemeines

Die Barclays Bankengruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich, in den USA und einigen anderen ausländischen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, Wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Sie ist Gegenstand von durch die Barclays Bankengruppe oder gegen die Barclays Bankengruppe eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben, (u. a.) beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenverwaltung und -Schutz-, Geldwäsche-, Finanzkriminalität-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Gesetze und bei Verfahren nach dem Common Law.

In Bezug auf die Barclays Bankengruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuche, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen die Barclays Bankengruppe nachgeht oder nachgegangen ist. Die Barclays Bankengruppe arbeitet mit den zuständigen Behörden zusammen und informiert alle maßgeblichen Stellen laufend in einem angemessenen Rahmen in Verbindung mit den angesprochenen Fragen und den darüber hinaus in dieser Ziffer beschriebenen Angelegenheiten.

Derzeit geht die Barclays Bank PLC nicht davon aus, dass die endgültige Beilegung dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirken wird. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren (einschließlich ehemals aktiver Verfahren oder Verfahren, die nach dem Datum dieses Dokuments entstehen) in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ertragslage oder den Kapitalfluss der Barclays Bank PLC auswirken wird, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Gewinns abhängt.]

Directors

Im Folgenden werden alle Directors der Bank, jeweils mit Geschäftsanschrift in 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind, aufgeführt.

<i>Name</i>	<i>Funktion(en) innerhalb der Bank</i>	<i>Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank</i>
Nigel Higgins	Non-Executive Director und Chairman	Barclays PLC (Group Chairman); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director)
James Staley	Executive Director und Chief Executive Officer	Barclays PLC (Executive Director und Group Chief Executive Officer); Institute of International Finance, Inc. (Vorstandsmitglied); Bank Policy Institute (Vorstandsmitglied)
Tushar Morzaria	Executive Director Elect	Barclays PLC (Executive Director und Group Finance Director); The 100 Group of the FTSE 100 Finance Directors (Mitglied); Sterling Risk Free References Rates Working Group (Vorsitzender)
Michael Ashley	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays Capital Securities Limited (Non-Executive Director); International Ethics Standards Board for Accountants (Mitglied); ICAEW Ethics Standards Committee (Mitglied); Charity Commission Board (Mitglied); Cabinet Office Board (Mitglied)
Tim Breedon	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays Capital Securities Ltd (Non-Executive Director); Apax Group Alpha Limited (Chairman)
Mary Anne Citrino	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Ahold Delhaize N.V. (Non-Executive Director); Alcoa Corporation (Non-Executive Director); HP Inc (Non-Executive Director); The Blackstone Group L.P. (Senior Advisor)
Mohamed A. El-Erian	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Under Armour Inc. (Non-Executive Director); Allianz SE (Chief Economic Advisor); Investcorp Bank BSC (Senior Advisor)
Dawn Fitzpatrick	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Soros Fund Management LLC (Chief Investment Officer); The New York Federal Reserve's Investor Advisory Committee on Financial Markets (Mitglied); Advisory Board and Investment Committee of the Open Society Foundations' Economic Justice Programme (Mitglied)
Mary Francis	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Valaris PLC (Non-Executive Director); The Institute of Business Ethics (Advisory Panel Mitglied); UK Takeover Appeal Board (Mitglied)
Diane Schueneman	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays US LLC (Non-Executive Director); Barclays Execution Services Limited (Vorsitzender)

Potenzielle Interessenkonflikte

Die oben aufgeführten Directors der Bank haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen keine potenziellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Bank.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2019 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 80.800 (31. Dezember 2018: 83.500).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2019 und 31. Dezember 2017 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts- und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der Financial Conduct Authority im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW)*) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB)*).

The following non-binding English language translation of parts of the foregoing German language content of the supplement dated 6 April 2020 to the RSSP Base Prospectus A dated 22 May 2019 and Base Prospectus Prosper A dated 5 June 2019 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act old version (*Wertpapierprospektgesetz alte Fassung*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

*Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung von Teilen des vorstehenden deutschsprachigen Inhalts des Nachtrags vom 6. April 2020 zum RSSP Basisprospekt A vom 22. Mai 2019 und Basisprospekt Prosper A vom 5. Juni 2019 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz alte Fassung dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.*



6 APRIL 2020

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT OLD VERSION ("**WPPG A.F.**")

TO THE FOLLOWING BASE PROSPECTUSES

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

RSSP BASE PROSPECTUS A DATED 22 MAY 2019 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 2 SEPTEMBER 2019 AND 22 OCTOBER 2019

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

BASE PROSPECTUS PROSPER A DATED 5 JUNE 2019 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 2 SEPTEMBER 2019 AND 22 OCTOBER 2019

(THE "**BASE PROSPECTUS PROSPER A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES

(THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(THIRD SUPPLEMENT)

(THE RSSP SECURITIES AND THE PROSPER A SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG a.F. within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG a.F. arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The Base Prospectuses were approved prior to 21 July 2019 and, pursuant to section 28 (1) WpPG (current version), remain subject to the WpPG in the version applicable until 20 July 2019, to which reference is made in the preceding paragraph.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period. If Barclays Bank PLC was the counterparty to the purchase transaction, the revocation should be addressed to Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom. Timely submission of the declaration is sufficient for compliance with the withdrawal period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom, and on the website of the Issuer <https://www.home.barclays/prospectuses-and-documentation/structured-securities/prospectuses>.

TABLE OF CONTENTS

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	Cover page	I.	E-2
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	Table of content	II.	E-2
RSSP Base Prospectus A	RISK FACTORS	III.	E-2 ff.
Base Prospectus Prosper A	RISK FACTORS	IV.	E-17 ff.
RSSP Base Prospectus A	RISK FACTORS	V.	E-19 ff.
RSSP Base Prospectus A	RISK FACTORS	VI.	E-22 ff.
Base Prospectus Prosper A	INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE	VII.	E-24
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE	VIII.	E-24 f.
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	GERNERAL INFORMATION	IX.	E-25
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	GERNERAL INFORMATION	X.	E-25
RSSP Base Prospectus A Base Prospectus Prosper A	INFORMATION RELATING TO THE ISSUER	XI.	E-25

The circumstances giving rise to this Supplement are:

- The annual report of Barclays Bank PLC, as filed with the US Securities and Exchange Commission (SEC) on Form 20-F on 12 February 2020 (time of circumstances giving rise to this Supplement) in respect of the years ended 31 December 2018 and 31 December 2019; and
- an update in respect to the credit rating of the Issuer; and
- an update of the managing board of the Issuer.

The following sections of the Base Prospectuses are effected by the changes:

- I. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses on the cover page the term "**Bank Group**" will be replaced by the term "**Barclays Bank Group**".
- II. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the table of contents the item "**The Bank, the Bank Group and the Group**" will be replaced by "**The Bank, the Barclays Bank Group and the Group**".
- III. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" in the risk factor "**1. Risks associated with the Issuer's ability to fulfil its obligations under the Securities and status of the Securities**" all subsections beginning with the subsection "**Principal Risks relating to the Bank and the Bank Group**" (including) are replaced as follows:

Principal Risks relating to the Bank and the Barclays Bank Group

Material risks are those to which senior management pay particular attention and which could cause the delivery of the Barclays Bank Group's strategy, results of operations, financial condition and/or prospects to differ materially from expectations. Emerging risks are those which have largely unknown components, the impact of which could crystallise over a longer time period. In addition, certain factors beyond the Barclays Bank Group's control, including escalation of terrorism or global conflicts, natural disasters, epidemic outbreaks and similar events, although not detailed below, could have a similar impact on the Barclays Bank Group.

The risks described below are material existing and emerging risks which senior management has identified with respect to the Barclays Bank Group.

i) Material existing and emerging risks potentially impacting more than one principal risk

1. Business conditions, general economy and geopolitical issues

The Barclays Bank Group's operations are subject to potentially unfavourable global and local economic and market conditions, as well as geopolitical developments, which may have a material effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

A deterioration in global or local economic and market conditions may lead to (among other things): (i) deteriorating business, consumer or investor confidence and lower levels of fixed asset investment and productivity growth, which in turn may lead to lower client activity, including lower demand for borrowing from creditworthy customers; (ii) higher default rates, delinquencies, write-offs and impairment charges as borrowers struggle with the burden of additional debt; (iii) subdued asset prices and payment patterns, including the value of any collateral held by the Barclays Bank Group; (iv) mark-to-market losses in trading portfolios resulting from changes in factors such as credit ratings, share prices and solvency of counterparties; and (v) revisions to calculated expected credit losses (ECLs) leading to increases in impairment allowances. In addition, the Barclays Bank Group's ability to borrow from other financial institutions or raise funding from external investors may be affected by deteriorating economic conditions and market disruption.

Geopolitical events may lead to further financial instability and affect economic growth. In particular:

- (a) In the United Kingdom (UK), the decision to leave the EU may give rise to further economic and political consequences including for investment and market confidence in the UK and the remainder of EU. See "*Process of UK withdrawal from the EU*" below for further details.
- (b) A significant proportion of the Barclays Bank Group's portfolio is located in the United States (US), including a major credit card portfolio and a range of

corporate and investment banking exposures. The possibility of significant continued changes in US policy in certain sectors (including trade, healthcare and commodities), may have an impact on the Barclays Bank Group's associated portfolios. Stress in the US economy, weakening gross domestic product (GDP) and the associated exchange rate fluctuations, heightened trade tensions (such as the current dispute between the US and China), an unexpected rise in unemployment and/or an increase in interest rates could lead to increased levels of impairment, resulting in a negative impact on the Barclays Bank Group's profitability.

- (c) Global GDP growth weakened in 2019, as elevated policy uncertainty weighed on manufacturing activity and investment. As a result, a number of central banks, most notably the Federal Reserve and European Central Bank, pursued monetary easing. Whilst the direct and indirect impact of the Coronavirus (COVID-19) outbreak remains uncertain, a number of central banks and governments have announced financial stimulus packages in anticipation of a very significant negative impact on GDP during 2020. Concerns remain as to whether these policy tools will counter anticipated macro-economic risks and a prolongation of the outbreak could significantly adversely affect economic growth, affect specific industries or countries or affect the Barclays Bank Group's employees and business operations in affected countries. In addition, an escalation in geopolitical tensions, increased use of protectionist measures or a disorderly withdrawal from the EU may negatively impact the Barclays Bank Group's business in the affected regions.
- (d) In China the pace of credit growth remains a concern, given the high level of leverage and despite government and regulatory action. A stronger than expected slowdown could result if authorities fail to appropriately manage growth during the transition from manufacturing towards services and the end of the investment and credit-led boom. Deterioration in emerging markets could affect the Barclays Bank Group if it results in higher impairment charges via sovereign or counterparty defaults.

2. Process of UK withdrawal from the EU

The manner in which the UK withdraws from the EU will likely have a marked impact on general economic conditions in the UK and the EU. The UK's future relationship with the EU and its trading relationships with the rest of the world could take a number of years to resolve. This may lead to a prolonged period of uncertainty, unstable economic conditions and market volatility, including fluctuations in interest rates and foreign exchange rates.

Whilst the exact impact of the UK's withdrawal from the EU is unknown, the Barclays Bank Group continues to monitor the risks that may have a more immediate impact for its business, including, but not limited to:

- (a) Market volatility, including in currencies and interest rates, might increase which could have an impact on the value of the Barclays Bank Group's trading book positions.
- (b) Credit spreads could widen leading to reduced investor appetite for the Barclays Bank Group's debt securities. This could negatively impact the Barclays Bank Group's cost of and/or access to funding. In addition, market and interest rate volatility could affect the underlying value of assets in the banking book and securities held by the Barclays Bank Group for liquidity purposes.
- (c) A credit rating agency downgrade applied directly to the Barclays Bank Group, or indirectly as a result of a credit rating agency downgrade to the UK Government, could significantly increase the Barclays Bank Group's cost of and/or reduce its access to funding, widen credit spreads and materi-

ally adversely affect the Barclays Bank Group's interest margins and liquidity position.

- (d) A UK recession with lower growth, higher unemployment and falling UK property prices could lead to increased impairments in relation to a number of the Barclays Bank Group's portfolios, including, but not limited to, its corporate portfolios and commercial real estate exposures.
- (e) The ability to attract, or prevent the departure of, qualified and skilled employees may be impacted by the UK's and the EU's future approach to the EU freedom of movement and immigration from the EU countries and this may impact the Barclays Bank Group's access to the EU talent pool.
- (f) A disorderly exit from the EU may put a strain on the capabilities of the Barclays Bank Group's systems, increasing the risk of failure of those systems and potentially resulting in losses and reputational damage for the Barclays Bank Group.
- (g) Changes to current EU 'Passporting' rights may require further adjustment to the current model for the Barclays Bank Group's cross-border banking operation which could increase operational complexity and/or costs for the Barclays Bank Group.
- (h) The legal framework within which the Barclays Bank Group operates could change and become more uncertain if the UK takes steps to replace or repeal certain laws currently in force, which are based on EU legislation and regulation (including EU regulation of the banking sector) following its withdrawal from the EU. Certainty around the ability to maintain existing contracts, enforceability of certain legal obligations and uncertainty around the jurisdiction of the UK courts may be affected until the impacts of the loss of the current legal and regulatory arrangements between the UK and EU and the enforceability of UK judgements across the EU are fully known.
- (i) Should the UK see reduced access to financial markets infrastructures (including exchanges, central counterparties and payments services, or other support services provided by third party suppliers) service provision for clients could be impacted, likely resulting in reduced market share and revenue and increased operating costs for the Barclays Bank Group.

3. The impact of interest rate changes on the Barclays Bank Group's profitability

Any changes to interest rates are significant for the Barclays Bank Group, especially given the uncertainty as to the direction of interest rates and the pace at which interest rates may change particularly in the Barclays Bank Group's main markets of the UK and the US.

A continued period of low interest rates and flat yield curves, including any further cuts, may affect and continue to put pressure on the Barclays Bank Group's net interest margins (the difference between its lending income and borrowing costs) and could adversely affect the profitability and prospects of the Barclays Bank Group.

However, whilst interest rate rises could positively impact the Barclays Bank Group's profitability as retail and corporate business income increases due to margin decompression, further increases in interest rates, if larger or more frequent than expected, could lead to generally weaker than expected growth, reduced business confidence and higher unemployment, which in turn could cause stress in the lending portfolio and underwriting activity of the Barclays Bank Group. Resultant higher credit losses driving an increased impairment charge would most notably impact retail unsecured portfolios and wholesale non-investment grade lending and could have a material effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

In addition, changes in interest rates could have an adverse impact on the value of the securities held in the Barclays Bank Group's liquid asset portfolio. Consequently, this could create more volatility than expected through the Barclays Bank Group's fair value through other comprehensive income reserves.

4. The competitive environments of the banking and financial services industry

The Barclays Bank Group's businesses are conducted in competitive environments (in particular, in the UK and US), with increased competition scrutiny, and the Barclays Bank Group's financial performance depends upon the Barclays Bank Group's ability to respond effectively to competitive pressures whether due to competitor behaviour, new entrants to the market, consumer demand, technological changes or otherwise.

This competitive environment, and the Barclays Bank Group's response to it, may have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's ability to maintain existing or capture additional market share, business, results of operations, financial condition and prospects.

5. Regulatory change agenda and impact on business model

The Barclays Bank Group remains subject to ongoing significant levels of regulatory change and scrutiny in many of the countries in which it operates (including, in particular, the UK and the US). As a result, regulatory risk will remain a focus for senior management. Furthermore, a more intensive regulatory approach and enhanced requirements together with the potential lack of international regulatory co-ordination as enhanced supervisory standards are developed and implemented may adversely affect the Barclays Bank Group's business, capital and risk management strategies and/or may result in the Barclays Bank Group deciding to modify its legal entity, capital and funding structures and business mix, or to exit certain business activities altogether or not to expand in areas despite otherwise attractive potential.

There are several significant pieces of legislation and areas of focus which will require significant management attention, cost and resource, including:

- (a) Changes in prudential requirements may impact minimum requirements for own funds and eligible liabilities (MREL) (including requirements for internal MREL), leverage, liquidity or funding requirements, applicable buffers and/or add-ons to such minimum requirements and risk weighted assets calculation methodologies all as may be set by international, EU or national authorities. Such or similar changes to prudential requirements or additional supervisory and prudential expectations, either individually or in aggregate, may result in, among other things, a need for further management actions to meet the changed requirements, such as:
 - increasing capital, MREL or liquidity resources, reducing leverage and risk weighted assets;
 - restricting distributions on capital instruments;
 - modifying the terms of outstanding capital instruments;
 - modifying legal entity structure (including with regard to issuance and deployment of capital, MREL and funding);
 - changing the Barclays Bank Group's business mix or exiting other businesses; and/or
 - undertaking other actions to strengthen the Barclays Bank Group's position.
- (b) The derivatives market has been the subject of particular focus for regulators in recent years across the G20 countries and beyond, with regulations introduced which require the reporting and clearing of standardised over the counter (OTC) derivatives and the mandatory margining of non-cleared

OTC derivatives. These regulations may increase costs for market participants, as well as reduce liquidity in the derivatives markets. More broadly, changes to the regulatory framework (in particular, the review of the second Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II) and the implementation of the EU Benchmarks Regulation (the Benchmarks Regulation)) could entail significant costs for market participants and may have a significant impact on certain markets in which the Barclays Bank Group operates.

- (c) The Group and certain of its members including the Issuer are subject to supervisory stress testing exercises in a number of jurisdictions. These exercises currently include the programmes of the Bank of England (BoE), the European Banking Authority, the Federal Deposit Insurance Corporation and the Federal Reserve Board. Failure to meet the requirements of regulatory stress tests, or the failure by regulators to approve the stress test results and capital plans of the Group, could result in the Group or certain of its members including the Issuer being required to enhance their capital position, limit capital distributions or position additional capital in specific subsidiaries.

6. The impact of climate change on the Barclays Bank Group's business

The risks associated with climate change are subject to rapidly increasing societal, regulatory and political focus, both in the UK and internationally. Embedding climate risk into the Barclays Bank Group's risk framework in line with regulatory expectations, and adapting the Barclays Bank Group's operations and business strategy to address both the financial risks resulting from: (i) the physical risk of climate change; and (ii) the risk from the transition to a low carbon economy, could have a significant impact on the Barclays Bank Group's business.

Physical risks from climate change arise from a number of factors and relate to specific weather events and longer-term shifts in the climate. The nature and timing of extreme weather events are uncertain but they are increasing in frequency and their impact on the economy is predicted to be more acute in the future. The potential impact on the economy includes, but is not limited to, lower GDP growth, higher unemployment and significant changes in asset prices and profitability of industries. Damage to the properties and operations of borrowers could impair asset values and the creditworthiness of customers leading to increased default rates, delinquencies, write-offs and impairment charges in the Barclays Bank Group's portfolios. In addition, the Barclays Bank Group's premises and resilience may also suffer physical damage due to weather events leading to increased costs for the Barclays Bank Group.

As the economy transitions to a low-carbon economy, financial institutions such as the Barclays Bank Group may face significant and rapid developments in stakeholder expectations, policy, law and regulation which could impact the lending activities the Barclays Bank Group undertakes, as well as the risks associated with its lending portfolios, and the value of the Barclays Bank Group's financial assets. As sentiment towards climate change shifts and societal preferences change, the Barclays Bank Group may face greater scrutiny of the type of business it conducts, adverse media coverage and reputational damage, which may in turn impact customer demand for the Barclays Bank Group's products, returns on certain business activities and the value of certain assets and trading positions resulting in impairment charges.

In addition, the impacts of physical and transition climate risks can lead to second order connected risks, which have the potential to affect the Barclays Bank Group's retail and wholesale portfolios. The impacts of climate change may increase losses for those sectors sensitive to the effects of physical and transition risks. Any subsequent increase in defaults and rising unemployment could create recessionary pressures, which may lead to wider deterioration in the creditworthiness of the Barclays Bank Group's clients, higher ECLs, and increased charge-offs and defaults among retail customers.

If the Barclays Bank Group does not adequately embed risks associated with climate change into its risk framework to appropriately measure, manage and disclose the various financial and operational risks it faces as a result of climate change, or fails to

adapt its strategy and business model to the changing regulatory requirements and market expectations on a timely basis, it may have a material and adverse impact on the Barclays Bank Group's level of business growth, competitiveness, profitability, capital requirements, cost of funding, and financial condition.

7. Impact of benchmark interest rate reforms on the Barclays Bank Group

For several years, global regulators and central banks have been driving international efforts to reform key benchmark interest rates and indices, such as the London Interbank Offered Rate (LIBOR), which are used to determine the amounts payable under a wide range of transactions and make them more reliable and robust. This has resulted in significant changes to the methodology and operation of certain benchmarks and indices, the adoption of alternative "risk-free" reference rates and the proposed discontinuation of certain reference rates (including LIBOR), with further changes anticipated.

Uncertainty as to the nature of such potential changes, the availability and/or suitability of alternative "risk-free" reference rates and other reforms may adversely affect a broad range of transactions (including any securities, loans and derivatives which use LIBOR to determine the amount of interest payable that are included in the Barclays Bank Group's financial assets and liabilities) that use these reference rates and indices and introduce a number of risks for the Barclays Bank Group, including, but not limited to:

(a) **Conduct risk:**

In undertaking actions to transition away from using certain reference rates (including LIBOR), the Barclays Bank Group faces conduct risks, which may lead to customer complaints, regulatory sanctions or reputational impact if the Barclays Bank Group is (i) considered to be undertaking market activities that are manipulative or create a false or misleading impression, (ii) misusing sensitive information or not identifying or appropriately managing or mitigating conflicts of interest, (iii) providing customers with inadequate advice, misleading information, unsuitable products or unacceptable service, (iv) not taking an appropriate or consistent response to remediation activity or customer complaints, (v) providing regulators with inaccurate regulatory reporting or (vi) colluding or inappropriately sharing information with competitors;

(b) **Financial risks:**

The valuation of certain Barclays Bank Group's financial assets and liabilities may change. Moreover, transitioning to alternative "risk-free" reference rates may impact the ability of members of the Barclays Bank Group to calculate and model amounts receivable by them on certain financial assets and determine the amounts payable on certain financial liabilities (such as debt securities issued by them) because currently alternative "risk-free" reference rates (such as the Sterling Overnight Index Average and the Secured Overnight Financing Rate) are look-back rates whereas term rates (such as LIBOR) allow borrowers to calculate at the start of any interest period exactly how much is payable at the end of such interest period. This may have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's cashflows;

(c) **Pricing risk:**

Changes to existing reference rates and indices, discontinuation of any reference rate or indices and transition to alternative "risk-free" reference rates may impact the pricing mechanisms used by the Barclays Bank Group on certain transactions;

(d) **Operational risk:**

Changes to existing reference rates and indices, discontinuation of any reference rate or index and transition to alternative "risk-free" reference rates may

require changes to the Barclays Bank Group's IT systems, trade reporting infrastructure, operational processes, and controls. In addition, if any reference rate or index (such as LIBOR) is no longer available to calculate amounts payable, the Barclays Bank Group may incur additional expenses in amending documentation for new and existing transactions and/or effecting the transition from the original reference rate or index to a new reference rate or index; and

(e) Accounting risk:

An inability to apply hedge accounting in accordance with International Financial Reporting Standards (IFRS) could lead to increased volatility in the Barclays Bank Group's financial results and performance.

Any of these factors may have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(ii) **Material existing and emerging risks impacting individual principal risks**

Credit risk

Credit risk is the risk of loss to the Barclays Bank Group from the failure of clients, customers or counterparties, including sovereigns, to fully honour their obligations to members of the Barclays Bank Group, including the whole and timely payment of principal, interest, collateral and other receivables.

1. Impairment

The introduction of the impairment requirements of IFRS 9 Financial Instruments, resulted in impairment loss allowances that are recognised earlier, on a more forward-looking basis and on a broader scope of financial instruments, and may continue to have, a material impact on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

Measurement involves complex judgement and impairment charges could be volatile, particularly under stressed conditions. Unsecured products with longer expected lives, such as credit cards, are the most impacted. Taking into account the transitional regime, the capital treatment on the increased reserves has the potential to adversely impact the Barclays Bank Group's regulatory capital ratios.

In addition, the move from incurred losses to ECLs has the potential to impact the Barclays Bank Group's performance under stressed economic conditions or regulatory stress tests.

2. Specific sectors and concentrations

The Barclays Bank Group is subject to risks arising from changes in credit quality and recovery rates of loans and advances due from borrowers and counterparties in any specific portfolio. Any deterioration in credit quality could lead to lower recoverability and higher impairment in a specific sector. The following are areas of uncertainties to the Barclays Bank Group's portfolio which could have a material impact on performance:

(a) UK retailers, hospitality and leisure

Softening demand, rising costs and a structural shift to online shopping is fuelling pressure on the UK High Street and other sectors heavily reliant on consumer discretionary spending. As these sectors continue to reposition themselves, the trend represents a potential risk in the Barclays Bank Group's UK corporate portfolio from the perspective of the its interactions with both retailers and their landlords.

(b) Consumer affordability

has remained a key area of focus, particularly in unsecured lending. Macroeconomic factors, such as rising unemployment, that impact a customer's ability to service unsecured debt payments could lead to increased arrears in unsecured products. Barclays Bank Group is exposed to the adverse credit performance of unsecured products, particularly in the US through its US Cards business.

(c) UK real estate market

UK property represents a significant portion of the Barclays Bank Group's overall corporate credit exposure. In 2019, property price growth across the UK has slowed, particularly in London and the South East where the Barclays Bank Group's exposure has high concentration. The Barclays Bank Group is at risk of increased impairment from a material fall in property prices.

(d) Leverage finance underwriting

The Barclays Bank Group takes on sub-investment grade underwriting exposure, including single name risk, particularly in the US and Europe. The Barclays Bank Group is exposed to credit events and market volatility during the underwriting period. Any adverse events during this period may potentially result in loss for the Barclays Bank Group, or an increased capital requirement should there be a need to hold the exposure for an extended period.

(e) Italian mortgage portfolio

The Barclays Bank Group is exposed to a decline in the Italian economic environment through a mortgage portfolio in run-off and positions to wholesale customers. Growth in the Italian economy remained weak in 2019 and should the economy deteriorate further, there could be a material adverse effect on the Barclays Bank Group's results including, but not limited to, increased credit losses and higher impairment charges.

The Barclays Bank Group also has large individual exposures to single name counterparties, both in its lending activities and in its financial services and trading activities, including transactions in derivatives and transactions with brokers, central clearing houses, dealers, other banks, mutual and hedge funds and other institutional clients. The default of such counterparties could have a significant impact on the carrying value of these assets. In addition, where such counterparty risk has been mitigated by taking collateral, credit risk may remain high if the collateral held cannot be realised, or has to be liquidated at prices which are insufficient to recover the full amount of the loan or derivative exposure. Any such defaults could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's results due to, for example, increased credit losses and higher impairment charges.

3. Market risk

Market risk is the risk of loss arising from potential adverse change in the value of the Barclays Bank Group's assets and liabilities from fluctuation in market variables including, but not limited to, interest rates, foreign exchange, equity prices, commodity prices, credit spreads, implied volatilities and asset correlations.

A broadening in trade tensions between the US and its major trading partners, slowing global growth and political concerns in the US and Europe (including Brexit) are some of the factors that could heighten market risks for the Barclays Bank Group's portfolios. In addition, the Barclays Bank Group's trading business is generally exposed to a prolonged period of elevated asset price volatility, particularly if it negatively affects the depth of marketplace liquidity. Such a scenario could impact the Barclays Bank Group's ability to execute client trades and may also result in lower client flow-driven income and/or market-based losses on its existing portfolio of market risks. These can include having to absorb higher hedging costs from rebalancing risks that need to be managed dynamically as market levels and their associated volatilities change.

It is difficult to predict changes in market conditions, and such changes could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

4. Treasury and capital risk

There are three primary types of treasury and capital risk faced by the Barclays Bank Group:

(a) Liquidity risk

Liquidity risk is the risk that the Barclays Bank Group is unable to meet its contractual or contingent obligations or that it does not have the appropriate amount, tenor and composition of funding and liquidity to support its assets. This could cause the Barclays Bank Group to fail to meet regulatory liquidity standards or be unable to support day-to-day banking activities. Key liquidity risks that the Barclays Bank Group faces include:

(i) The stability of the Barclays Bank Group's current funding profile:

In particular, that part which is based on accounts and deposits payable on demand or at short notice, could be affected by the Barclays Bank Group failing to preserve the current level of customer and investor confidence. The Barclays Bank Group also regularly accesses the money and capital markets to provide short-term and long-term funding to support its operations. Several factors, including adverse macroeconomic conditions, adverse outcomes in conduct and legal, competition and regulatory matters and loss of confidence by investors, counterparties and/or customers in the Barclays Bank Group, can affect the ability of the Barclays Bank Group to access the capital markets and/or the cost and other terms upon which the Barclays Bank Group is able to obtain market funding.

(ii) Credit rating changes and the impact on funding costs:

Rating agencies regularly review credit ratings given to the Issuer and certain members of the Barclays Bank Group. Credit ratings are based on a number of factors, including some which are not within the Barclays Bank Group's control (such as political and regulatory developments, changes in rating methodologies, macro-economic conditions and the sovereign credit ratings of the countries in which the Barclays Bank Group operates).

Whilst the impact of a credit rating change will depend on a number of factors (including the type of issuance and prevailing market conditions), any reductions in a credit rating (in particular, any downgrade below investment grade) may affect the Barclays Bank Group's access to the money or capital markets and/or terms on which the Barclays Bank Group is able to obtain market funding, increase costs of funding and credit spreads, reduce the size of the Barclays Bank Group's deposit base, trigger additional collateral or other requirements in derivative contracts and other secured funding arrangements or limit the range of counterparties who are willing to enter into transactions with the Barclays Bank Group. Any of these factors could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(b) Capital risk

Capital risk is the risk that the Barclays Bank Group has an insufficient level or composition of capital to support its normal business activities and to meet its regulatory capital requirements under normal operating environments or stressed conditions (both actual and as defined for internal planning

or regulatory stress testing purposes). This includes the risk from the Barclays Bank Group's pension plans. Key capital risks that the Barclays Bank Group faces include:

(c) Failure to meet prudential capital requirements:

This could lead to the Barclays Bank Group being unable to support some or all of its business activities, a failure to pass regulatory stress tests, increased cost of funding due to deterioration in investor appetite or credit ratings, restrictions on distributions including the ability to meet dividend targets, and/or the need to take additional measures to strengthen the Barclays Bank Group's capital or leverage position.

(d) Adverse changes in foreign exchange rates impacting capital ratios:

The Barclays Bank Group has capital resources, risk weighted assets and leverage exposures denominated in foreign currencies. Changes in foreign currency exchange rates may adversely impact the Sterling equivalent value of these items. As a result, the Barclays Bank Group's regulatory capital ratios are sensitive to foreign currency movements. Failure to appropriately manage the Barclays Bank Group's balance sheet to take account of foreign currency movements could result in an adverse impact on the Barclays Bank Group's regulatory capital and leverage ratios.

(e) Adverse movements in the pension fund:

Adverse movements in pension assets and liabilities for defined benefit pension schemes could result in deficits on a funding and/or accounting basis. This could lead to the Barclays Bank Group making substantial additional contributions to its pension plans and/or a deterioration in its capital position. Under International Accounting Standards 19, the liabilities discount rate is derived from the yields of high quality corporate bonds. Therefore, the valuation of the Barclays Bank Group's defined benefits schemes would be adversely affected by a prolonged fall in the discount rate due to a persistent low interest rate and/or credit spread environment. Inflation is another significant risk driver to the pension fund as the liabilities are adversely impacted by an increase in long-term inflation expectations.

(f) Interest rate risk in the banking book

Interest rate risk in the banking book is the risk that the Barclays Bank Group is exposed to capital or income volatility because of a mismatch between the interest rate exposures of its (non-traded) assets and liabilities. The Barclays Bank Group's hedge programmes for interest rate risk in the banking book rely on behavioural assumptions and, as a result, the success of the hedging strategy cannot be guaranteed. A potential mismatch in the balance or duration of the hedge assumptions could lead to earnings deterioration. A decline in interest rates in G3 currencies may also compress net interest margin on retail portfolios. In addition, the Barclays Bank Group's liquidity pool is exposed to potential capital and/or income volatility due to movements in market rates and prices.

5. Operational risk

Operational risk is the risk of loss to the Barclays Bank Group from inadequate or failed processes or systems, human factors or due to external events where the root cause is not due to credit or market risks. Examples include:

(a) Operational resilience

The loss of or disruption to business processing is a material inherent risk within the Barclays Bank Group and across the financial services industry, whether arising through impacts on the Barclays Bank Group's technology systems or availability of personnel or services supplied by third parties. Failure to build resilience and recovery capabilities into business processes

or into the services of technology, real estate or suppliers on which the Barclays Bank Group's business processes depend, may result in significant customer detriment, costs to reimburse losses incurred by the Barclays Bank Group's customers, and reputational damage.

(b) Cyber threats

The frequency of cyber-attacks continues to grow and is a global threat that is inherent across all industries. The financial sector remains a primary target for cyber criminals, hostile nation states, opportunists and hacktivists and there is an increasing level of sophistication in criminal hacking for the purpose of stealing money, stealing, destroying or manipulating data (including customer data) and/or disrupting operations, where multiple threats exist including threats arising from malicious emails, distributed denial of service attacks, payment system compromises, insider attackers, supply chain and vulnerability exploitation. Cyber events have a compounding impact on services and customers, e.g. data breaches in social networking sites, retail companies and payments networks.

Any failure in the Barclays Bank Group's cyber-security policies, procedures or controls and/or its IT systems, may result in significant financial losses, major business disruption, inability to deliver customer services, or loss of data or other sensitive information (including as a result of an outage) and may cause associated reputational damage. Any of these factors could increase costs (including, but not limited to, costs relating to notification of, or compensation for customers) or may affect the Barclays Bank Group's ability to retain and attract customers. Regulators in the UK, US and Europe continue to recognise cyber-security as an increasing systemic risk to the financial sector and have highlighted the need for financial institutions to improve their monitoring and control of, and resilience (particularly of critical services) to cyber-attacks, and to provide timely notification of them, as appropriate. Given the Barclays Bank Group's reliance on technology, a cyber-attack could have a material adverse effect on its business, results of operations, financial condition and prospects.

(c) New and emergent technology

Technological advancements present opportunities to develop new and innovative ways of doing business across the Barclays Bank Group, with new solutions being developed both in-house and in association with third-party companies. Introducing new forms of technology, however, also has the potential to increase inherent risk. Failure to evaluate, actively manage and closely monitor risk exposure during all phases of business development could introduce new vulnerabilities and security flaws and have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(d) External fraud

The level and nature of fraud threats continues to evolve, particularly with the increasing use of digital products and the greater functionality available online. Criminals continue to adapt their techniques and are increasingly focused on targeting customers and clients through ever more sophisticated methods of social engineering. External data breaches also provide criminals with the opportunity to exploit the growing levels of compromised data. These fraud threats could lead to customer detriment, loss of business, missed business opportunity and reputational damage, all of which could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(e) Data management and information protection

The Barclays Bank Group holds and processes large volumes of data, including personally identifiable information, intellectual property, and financial data. The General Data Protection Regulation has strengthened the data pro-

tection rights of customers and increased the accountability of the Barclays Bank Group in its management of such data. Failure to accurately collect and maintain this data, protect it from breaches of confidentiality and interference with its availability exposes the Barclays Bank Group to the risk of loss or unavailability of data (including customer data discussed under "*Conduct risk*" above, and "*Data protection and privacy*" below) or data integrity issues. Any of these failures could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(f) Algorithmic trading

In some areas of the investment banking business, trading algorithms are used to price and risk manage client and principal transactions. An algorithmic error could result in erroneous or duplicated transactions, a system outage, or impact the Barclays Bank Group's pricing abilities, which could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects and reputation.

(g) Processing error

As a large, complex financial institution, the Barclays Bank Group faces the risk of material errors in existing operational processes, or from new processes as a result of on-going change activity, including payments and client transactions. Material operational or payment errors could disadvantage the Barclays Bank Group's customers, clients or counterparties and could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(h) Supplier exposure

The Barclays Bank Group depends on suppliers, including Barclays Execution Services Limited, for the provision of many of its services and the development of technology. Whilst the Barclays Bank Group depends on suppliers, it remains fully accountable for any risk arising from the actions of suppliers. The dependency on suppliers and sub-contracting of outsourced services introduces concentration risk where the failure of specific suppliers could have an impact on the Barclays Bank Group's ability to continue to provide material services to its customers. Failure to adequately manage supplier risk could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

(i) Critical accounting estimates and judgements

The preparation of financial statements in accordance with IFRS requires the use of estimates. It also requires management to exercise judgement in applying relevant accounting policies. The key areas involving a higher degree of judgement or complexity, or areas where assumptions are significant to the consolidated and individual financial statements, include credit impairment charges for amortised cost assets, taxes, fair value of financial instruments, pensions and post-retirement benefits, and provisions including conduct and legal, competition and regulatory matters. There is a risk that if the judgement exercised, or the estimates or assumptions used, subsequently turn out to be incorrect, this could result in material losses to the Barclays Bank Group, beyond what was anticipated or provided for. Further development of standards and interpretations under IFRS could also materially impact the financial results, condition and prospects of the Barclays Bank Group.

The Barclays Bank Group is required to comply with the domestic and international tax laws and practice of all countries in which it has business operations. There is a risk that the Barclays Bank Group could suffer losses due to additional tax charges, other financial costs or reputational damage as a result of failing to comply with such laws and practice, or by failing to manage its tax affairs in an appropriate manner, with much of this risk attributable to

the international structure of the Barclays Bank Group. In addition, increasing reporting and disclosure requirements around the world and the digitisation of the administration of tax has potential to increase the Barclays Bank Group's tax compliance obligations further.

(j) Ability to hire and retain appropriately qualified employees

As a regulated financial institution, the Barclays Bank Group requires diversified and specialist skilled colleagues. The Barclays Bank Group's ability to attract, develop and retain a diverse mix of talent is key to the delivery of its core business activity and strategy. This is impacted by a range of external and internal factors, such as the UK's decision to leave the EU and the enhanced individual accountability applicable to the banking industry. Failure to attract or prevent the departure of appropriately qualified and skilled employees could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects. Additionally, this may result in disruption to service which could in turn lead to disenfranchising certain customer groups, customer detriment and reputational damage.

6. Model risk

Model risk is the risk of potential adverse consequences from financial assessments or decisions based on incorrect or misused model outputs and reports. The Barclays Bank Group relies on models to support a broad range of business and risk management activities, including informing business decisions and strategies, measuring and limiting risk, valuing exposures (including the calculation of impairment), conducting stress testing, assessing capital adequacy, supporting new business acceptance and risk and reward evaluation, managing client assets, and meeting reporting requirements. Models are, by their nature, imperfect and incomplete representations of reality because they rely on assumptions and inputs, and so they may be subject to errors affecting the accuracy of their outputs. For instance, the quality of the data used in models across the Barclays Bank Group has a material impact on the accuracy and completeness of its risk and financial metrics. Models may also be misused. Model errors or misuse may result in (among other things) the Barclays Bank Group making inappropriate business decisions and/or inaccuracies or errors being identified in the Barclays Bank Group's risk management and regulatory reporting processes. This could result in significant financial loss, imposition of additional capital requirements, enhanced regulatory supervision and reputational damage, all of which could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

7. Conduct risk

Conduct risk is the risk of detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Barclays Bank Group from the inappropriate supply of financial services, including instances of wilful or negligent misconduct. This risk could manifest itself in a variety of ways:

(a) Employee misconduct

The Barclays Bank Group's businesses are exposed to risk from potential non-compliance with its policies and instances of wilful and negligent misconduct by employees, all of which could result in enforcement action or reputational harm. It is not always possible to deter employee misconduct, and the precautions we take to prevent and detect this activity may not always be effective. Employee misconduct could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's customers, clients, market integrity as well as reputation, financial condition and prospects.

(b) Product governance and life cycle

The ongoing review, management and governance of new and amended products has come under increasing regulatory focus (for example, the recast of MiFID II and guidance in relation to the adoption of the Benchmarks

Regulation) and the Barclays Bank Group expects this to continue. The following could lead to poor customer outcomes: (i) ineffective product governance, including design, approval and review of products, and (ii) inappropriate controls over internal and third party sales channels and post sales services, such as complaints handling, collections and recoveries. The Barclays Bank Group is at risk of financial loss and reputational damage as a result.

(c) Financial crime

The Barclays Bank Group may be adversely affected if it fails to effectively mitigate the risk that third parties or its employees facilitate, or that its products and services are used to facilitate, financial crime (money laundering, terrorist financing and proliferation financing, breaches of economic and financial sanctions, bribery and corruption, and the facilitation of tax evasion). UK and US regulations covering financial institutions continue to focus on combating financial crime. Failure to comply may lead to enforcement action by the Barclays Bank Group's regulators, including severe penalties, which may have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, financial condition and prospects.

(d) Data protection and privacy

Proper handling of personal data is critical to sustaining long-term relationships with our customers and clients and complying with privacy laws and regulations. Failure to protect personal data can lead to potential detriment to our customers and clients, reputational damage, enforcement action and financial loss, which may be substantial (see "*Operational risk – Data management and information protection*" above).

(e) Regulatory focus on culture and accountability

Regulators around the world continue to emphasise the importance of culture and personal accountability and enforce the adoption of adequate internal reporting and whistleblowing procedures to help to promote appropriate conduct and drive positive outcomes for customers, colleagues, clients and markets. The requirements and expectations of the UK Senior Managers Regime, Certification Regime and Conduct Rules have driven additional accountabilities for individuals across the Barclays Bank Group with an increased focus on governance and rigour. Failure to meet these requirements and expectations may lead to regulatory sanctions, both for the individuals and the Barclays Bank Group.

8. Reputation risk

Reputation risk is the risk that an action, transaction, investment, event, decision or business relationship will reduce trust in the Barclays Bank Group's integrity and competence.

Any material lapse in standards of integrity, compliance, customer service or operating efficiency may represent a potential reputation risk. Stakeholder expectations constantly evolve, and so reputation risk is dynamic and varies between geographical regions, groups and individuals. A risk arising in one business area can have an adverse effect upon the Barclays Bank Group's overall reputation and any one transaction, investment or event (in the perception of key stakeholders) can reduce trust in the Barclays Bank Group's integrity and competence. The Barclays Bank Group's association with sensitive topics and sectors has been, and in some instances continues to be, an area of concern for stakeholders, including (i) the financing of, and investments in, businesses which operate in sectors that are sensitive because of their relative carbon intensity or local environmental impact; (ii) potential association with human rights violations (including combating modern slavery) in the Barclays Bank Group's operations or supply chain and by clients and customers; and (iii) the financing of businesses which manufacture and export military and riot control goods and services.

Reputation risk could also arise from negative public opinion about the actual, or perceived, manner in which the Barclays Bank Group conducts its business activities, or the Barclays Bank Group's financial performance, as well as actual or perceived practices in banking and the financial services industry generally. Modern technologies, in particular online social media channels and other broadcast tools that facilitate communication with large audiences in short time frames and with minimal costs, may significantly enhance and accelerate the distribution and effect of damaging information and allegations. Negative public opinion may adversely affect the Barclays Bank Group's ability to retain and attract customers, in particular, corporate and retail depositors, and to retain and motivate staff, and could have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

In addition to the above, reputation risk has the potential to arise from operational issues or conduct matters which cause detriment to customers, clients, market integrity, effective competition or the Barclays Bank Group (see "*Operational risk*" above).

9. Legal risk and legal, competition and regulatory matters

The Barclays Bank Group conducts activities in a highly regulated market which exposes it to legal risk arising from (i) the multitude of laws and regulations that apply to the businesses it operates, which are highly dynamic, may vary between jurisdictions, and are often unclear in their application to particular circumstances especially in new and emerging areas; and (ii) the diversified and evolving nature of the Barclays Bank Group's businesses and business practices. In each case, this exposes the Barclays Bank Group to the risk of loss or the imposition of penalties, damages or fines from the failure of members of the Barclays Bank Group to meet their respective legal obligations, including legal or contractual requirements. Legal risk may arise in relation to a number of the risk factors identified above, including (without limitation) as a result of (i) the UK's withdrawal from the EU, (ii) benchmark reform, (iii) the regulatory change agenda, and (iv) rapidly evolving rules and regulations in relation to data protection, privacy and cyber-security.

A breach of applicable legislation and/or regulations by the Barclays Bank Group or its employees could result in criminal prosecution, regulatory censure, potentially significant fines and other sanctions in the jurisdictions in which the Barclays Bank Group operates. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Barclays Bank Group's conduct, this may also give rise to civil legal proceedings, including class actions. Other legal disputes may also arise between the Barclays Bank Group and third parties relating to matters such as breaches or enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Barclays Bank Group being liable to third parties or may result in the Barclays Bank Group's rights not being enforced as intended.

The outcome of legal, competition and regulatory matters, both those to which the Barclays Bank Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. In connection with such matters, the Barclays Bank Group may incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and any such matters could expose the Barclays Bank Group to any of the following outcomes: substantial monetary damages, settlements and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Barclays Bank Group's business operations including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements or changes to laws or regulations; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Barclays Bank Group's reputation; loss of confidence by investors, counterparties, clients and/or customers; risk of credit rating agency downgrades; potential negative impact on the availability and/or cost of funding and liquidity; and/or dismissal or resignation of key individuals. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a

particular matter or matters will not have a material adverse effect on the Barclays Bank Group's business, results of operations, financial condition and prospects.

IV. In the non-binding English language translation of the RSSP Base Prospectus A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Barclays Bank Group is failing or likely to fail, including the exercise by the Resolution Authority of a variety of statutory resolution powers, could materially adversely affect the value of the Securities

2.1 The Bank and the Barclays Bank Group are subject to substantial resolution powers

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the United Kingdom Prudential Regulation Authority, the UK Financial Conduct Authority and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the Bank of England (or any successor or replacement thereto and/or such other authority in the United Kingdom with the ability to exercise the UK Bail-in Power) (the "**Resolution Authority**") to implement various resolution measures and stabilisation options (including, but not limited to, the bail-in tool) with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Issuer) (each a "**relevant entity**") in circumstances in which the Resolution Authority is satisfied that the relevant resolution conditions are met.

"**UK Bail-in Power**" means any write-down, conversion, transfer, modification and/or suspension power existing from time to time under any laws, regulations, rules or requirements relating to the resolution of banks, banking group companies, credit institutions and/or investment firms incorporated in the United Kingdom in effect and applicable in the United Kingdom to the Issuer or other members of the Barclays Bank Group (as the same has been or may be amended from time to time) pursuant to which obligations of a bank, banking group company, credit institution or investment firm or any of its affiliates can be reduced, cancelled, amended, transferred and/or converted into shares or other securities or obligations of the obligor or any other person.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool. Any such exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and/or the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Issuer or another person, or any other modification or variation to the terms of the Securities.

The exercise of any resolution powers or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 Resolution powers triggered prior to insolvency may not be anticipated and holders may have only limited rights to challenge them

The resolution powers conferred by the SRR are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the resolution powers is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the Resolution Authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Barclays Bank Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The Resolution Authority is also not required to provide any advance notice to holders of the Securities, of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Barclays Bank Group and the Securities.

Furthermore, holders may have only limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the Resolution Authority to exercise its resolution powers (including the bail-in tool) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.3 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits)

As part of the reforms required by the Bank Recovery and Resolution Directive, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference. Firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims.

In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits.

The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the Resolution Authority, the Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits.

3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Bank could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.

Securities may be rated by credit rating agencies and may in the future be rated by additional credit rating agencies, although the Bank is under no obligation to ensure that the Securities issued are rated by any credit rating agency. Credit ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed in these Risk Factors and other factors that may affect the liquidity or market value of the Securities. A credit rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be revised, suspended or withdrawn by the credit rating agency at any time.

Any rating assigned to the Bank may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Bank's strategy and management's capability; the Bank's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Bank's key markets;

the level of political support for the industries in which the Bank operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Bank's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Bank determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Bank or the Securities, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Bank or, if applicable, the Securities on "*credit watch*" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities (whether or not the Securities had an assigned rating prior to such event).

- V. In the non-binding English language translation of the Base Prospectus Prosper A in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS THAT MAY AFFECT THE ISSUER'S ABILITY TO FULFIL ITS OBLIGATIONS UNDER THE SECURITIES**" the risk factors "**2. Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Group (such as the Issuer) is failing or likely to fail could materially adversely affect the value of the Securities**" and "**3. A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Issuer could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies**" are replaced as follows:

2. **Regulatory action in the event a bank or investment firm in the Barclays Bank Group is failing or likely to fail, including the exercise by the Resolution Authority of a variety of statutory resolution powers, could materially adversely affect the value of the Securities**

2.1 **The Bank and the Barclays Bank Group are subject to substantial resolution powers**

Under the Banking Act, substantial powers are granted to the Bank of England (or, in certain circumstances, HM Treasury), in consultation with the United Kingdom Prudential Regulation Authority, the UK Financial Conduct Authority and HM Treasury, as appropriate as part of a special resolution regime (the "**SRR**"). These powers enable the Bank of England (or any successor or replacement thereto and/or such other authority in the United Kingdom with the ability to exercise the UK Bail-in Power) (the "**Resolution Authority**") to implement various resolution measures and stabilisation options (including, but not limited to, the bail-in tool) with respect to a UK bank or investment firm and certain of its affiliates (currently including the Issuer) (each a "**relevant entity**") in circumstances in which the Resolution Authority is satisfied that the relevant resolution conditions are met.

"**UK Bail-in Power**" means any write-down, conversion, transfer, modification and/or suspension power existing from time to time under any laws, regulations, rules or requirements relating to the resolution of banks, banking group companies, credit institutions and/or investment firms incorporated in the United Kingdom in effect and applicable in the United Kingdom to the Issuer or other members of the Barclays Bank Group (as the same has been or may be amended from time to time) pursuant to which obligations of a bank, banking group company, credit institution or investment firm or any of its affiliates can be reduced, cancelled, amended, transferred and/or converted into shares or other securities or obligations of the obligor or any other person.

Holders of the Securities should assume that, in a resolution situation, financial public support will only be available to a relevant entity as a last resort after the relevant resolution authorities have assessed and used, to the maximum extent practicable, the resolution tools, including the bail-in tool. Any such exercise of the bail-in tool in respect of the Issuer and/or the Securities may result in the cancellation of all, or a portion, of the principal amount of, interest on, or any other amounts payable on, the Securities and/or the conversion of the Securities into shares or other Securities or other obligations of the Issuer or another person, or any other modification or

variation to the terms of the Securities. If such liabilities are undercollateralised, the unsecured portion of that liability may be subject to a bail-in, i.e. in respect of the unsecured portion.

The exercise of any resolution powers or any suggestion of any such exercise could materially adversely affect the value of any Securities and could lead to holders losing some or all of the value of their investment in the Securities.

2.2 Resolution powers triggered prior to insolvency may not be anticipated and holders may have only limited rights to challenge them

The resolution powers conferred by the SRR are intended to be used prior to the point at which any insolvency proceedings with respect to the relevant entity could have been initiated. The purpose of the resolution powers is to address the situation where all or part of a business of a relevant entity has encountered, or is likely to encounter, financial difficulties, giving rise to wider public interest concerns.

Although the Banking Act provides specific conditions to the exercise of any resolution powers and, furthermore, the European Banking Authority's guidelines published in May 2015 set out the objective elements for the resolution authorities to apply in determining whether an institution is failing or likely to fail, it is uncertain how the Resolution Authority would assess such conditions in any particular pre-insolvency scenario affecting the Issuer and/or other members of the Barclays Bank Group and in deciding whether to exercise a resolution power.

The Resolution Authority is also not required to provide any advance notice to holders, as holders of the Securities, of its decision to exercise any resolution power. Therefore, holders may not be able to anticipate a potential exercise of any such powers nor the potential effect of any exercise of such powers on the Issuer, the Barclays Bank Group and the Securities.

Furthermore, holders may have only limited rights to challenge and/or seek a suspension of any decision of the Resolution Authority to exercise its resolution powers (including the bail-in tool) or to have that decision reviewed by a judicial or administrative process or otherwise.

2.3 As insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool and other preferred deposits (and insured deposits) rank ahead of any Securities issued by the Issuer, such Securities would be more likely to be bailed-in than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer (such as other preferred deposits)

As part of the reforms required by the Bank Recovery and Resolution Directive, amendments have been made to relevant legislation in the UK (including the UK Insolvency Act 1986) to establish in the insolvency hierarchy a statutory preference. Firstly, for deposits that are insured under the UK Financial Services Compensation Scheme ("**insured deposits**") to rank with existing preferred claims as 'ordinary' preferred claims and (ii) secondly, for all other deposits of individuals and micro, small and medium sized enterprises held in EEA or non-EEA branches of an EEA bank ("**other preferred deposits**"), to rank as 'secondary' preferred claims only after the 'ordinary' preferred claims.

In addition, the UK implementation of the EU Deposit Guarantee Scheme Directive increased, from July 2015, the nature and quantum of insured deposits to cover a wide range of deposits, including corporate deposits (unless the depositor is a public sector body or financial institution) and some temporary high value deposits.

The effect of these changes is to increase the size of the class of preferred creditors. All such preferred deposits will rank in the insolvency hierarchy ahead of all other unsecured senior creditors of the Issuer, including holders of the Securities. Furthermore, insured deposits are excluded from the scope of the bail-in tool. As a result, if the bail-in tool were exercised by the Resolution Authority, the Securities would be more likely to be bailed-in (at least to the extent that the securities fall within the scope of the bail-in tool) than certain other unsubordinated liabilities of the Issuer such as other preferred deposits.

3. **A downgrade of the credit rating assigned by any credit rating agency to the Bank could adversely affect the liquidity or market value of the Securities. Credit ratings downgrades could occur as a result of, among other causes, changes in the ratings methodologies used by credit rating agencies.**

Securities may be rated by credit rating agencies and may in the future be rated by additional credit rating agencies, although the Bank is under no obligation to ensure that the Securities issued are rated by any credit rating agency. Credit ratings may not reflect the potential impact of all risks related to structure, market, additional factors discussed in these Risk Factors and other factors that may affect the liquidity or market value of the Securities. A credit rating is not a recommendation to buy, sell or hold securities and may be revised, suspended or withdrawn by the credit rating agency at any time.

Any rating assigned to the Bank may be withdrawn entirely by a credit rating agency, may be suspended or may be lowered, if, in that credit rating agency's judgment, circumstances relating to the basis of the rating so warrant. Ratings may be impacted by a number of factors which can change over time, including the credit rating agency's assessment of: the Bank's strategy and management's capability; the Bank's financial condition including in respect of capital, funding and liquidity; competitive and economic conditions in the Bank's key markets; the level of political support for the industries in which the Bank operates; and legal and regulatory frameworks affecting the issuer's legal structure, business activities and the rights of its creditors. The credit rating agencies may also revise the ratings methodologies applicable to issuers within a particular industry, or political or economic region. If credit rating agencies perceive there to be adverse changes in the factors affecting an issuer's credit rating, including by virtue of changes to applicable ratings methodologies, the credit rating agencies may downgrade, suspend or withdraw the ratings assigned to an issuer and/or its securities. Revisions to ratings methodologies and actions on the Bank's ratings by the credit rating agencies may occur in the future.

If the Bank determines to no longer maintain one or more ratings, or if any credit rating agency withdraws, suspends or downgrades the credit ratings of the Bank or the Securities, or if such a withdrawal, suspension or downgrade is anticipated (or any credit rating agency places the credit ratings of the Bank or, if applicable, the Securities on "*credit watch*" status in contemplation of a downgrade, suspension or withdrawal), whether as a result of the factors described above or otherwise, such event could adversely affect the liquidity or market value of the Securities (whether or not the Securities had an assigned rating prior to such event).

- VI. In the non-binding English language translation of Base Prospectuses in the section "**RISK FACTORS**" in the subsection "**FACTORS WHICH ARE MATERIAL FOR THE PURPOSES OF ASSESSING THE MARKET RISKS IN RELATION TO THE SECURITIES**" the risk factor 16 in the RSSP Base Prospectus A and risk factor 13 in the Base Prospectus Prosper A "**Risks associated with the reform of LIBOR, EURIBOR and other interest rate index and equity, commodity and foreign exchange rate index "benchmarks"**" is replaced as follows:

Risks related to Securities which are linked to "benchmarks"

Interest rates (such as the London Interbank Offered Rate (LIBOR) and the Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR)) or other types of rates and indices which are deemed to be "benchmarks" are, and have been, the subject of national and international regulatory review and reform, with further changes anticipated. These reforms may cause such benchmarks to perform differently than in the past, or the benchmark could be eliminated entirely, or there could be other consequences that cannot be predicted. Any such consequence could have a material adverse effect on any Securities linked to such a "benchmark", including possible adverse U.S. tax consequences.

For example, the Benchmarks Regulation applies to the provision of benchmarks, the contribution of input data to a benchmark and the use of a benchmark within the EU. The Benchmarks Regulation could have a material impact on any Securities linked to or referencing a benchmark, in particular, if the methodology or other terms of the benchmark are changed in order to comply with the requirements of the Benchmarks Regulation. Such changes could, among other things, have the effect of reducing or increasing the rate or level, or affect the volatility of, the published rate or level of the benchmark.

More broadly, any of the international or national reforms, or the general increase in regulatory scrutiny of benchmarks, could increase the costs and risks of administering or participating in the setting of a benchmark and complying with any such regulations or requirements. Such factors may have the effect of discouraging market participants from continuing to administer or contribute to certain "benchmarks", trigger changes in the rules or methodologies used in certain "benchmarks" or lead to the discontinuation or unavailability of quotes of certain "benchmarks."

As an example of such benchmark reforms, the FCA has indicated that the continuation of LIBOR on the current basis (or at all) cannot and will not be guaranteed after 2021. It is impossible to predict whether and to what extent banks will continue to provide LIBOR submissions to the administrator of LIBOR or whether any additional reforms to LIBOR may be enacted in the UK, the US or elsewhere. At this time, no consensus exists as to what rate or rates may become accepted alternatives to LIBOR and it is impossible to predict the effect of any such alternatives on the value of LIBOR-based securities see *"The market continues to develop in relation to risk-free rates (including overnight rates) which are possible reference rates for the Notes"* below.

For Securities which reference any affected benchmark, uncertainty as to the nature of alternative reference rates and as to potential changes or other reforms to such benchmark may adversely affect such benchmark rates during the term of such Securities and the return on, value of and the trading market for such Securities.

In accordance with the Conditions, Securities which reference any affected benchmark may be subject to the adjustment of the interest provisions in certain circumstances, such as the potential elimination of the relevant benchmark, inability to obtain authorisation or registration by the administrator of a benchmark, changes in the manner of administration of such benchmark or the availability of a successor or replacement benchmark. The circumstances which could trigger such adjustments are beyond the Issuer's control and the subsequent use of a replacement benchmark may result in changes to the Conditions (which could be extensive) and/or interest payments that are lower than or that do not otherwise correlate over time with the payments that could have been made on such Securities if the relevant benchmark remained available in its current form. Although pursuant to the Conditions, spread adjustments may be applied to such replacement benchmark in order to reduce or eliminate, to the extent reasonably practicable in the circumstances, any economic prejudice or benefit (as applicable) to investors arising out of the replacement of the relevant benchmark, the application of such adjustments to the Securities may not achieve this objective. Any such changes may result in the Securities performing differently (which may include payment of a lower interest rate) than if the original benchmark continued to apply. There is no assurance that the characteristics of any replacement benchmark would be similar to the affected benchmark, that any replacement benchmark would produce the economic equivalent of the affected benchmark or would be a suitable replacement for the affected benchmark. The choice of replacement benchmark is uncertain and could result in the use of risk-free rates (see *"The market continues to develop in relation to risk free rates (including overnight rates) which are possible reference rates for the Notes"* for the risks relating to the use of such rates) and/or in the replacement benchmark being unavailable or indeterminable.

In certain circumstances the ultimate fallback of interest for a particular Interest Period or Reset Period may result in the rate of interest for the immediately preceding Interest Period or Reset Period, as the case may be, being used. This may result in the effective application of (i) a fixed rate for Floating Rate Notes based on the rate which was last observed on the Relevant Screen Page or the Initial Rate of Interest. Furthermore, if the Issuer determines it is not able to follow the prescribed steps set out in the Conditions, the relevant fallback provisions may not operate as intended at the relevant time. Any such consequence could have a material adverse effect on the trading markets for such Securities, the liquidity of such Securities and/or the value of and return on any such Securities.

The Conditions may require the exercise of discretion by the Issuer, its designee or an independent adviser, as the case may be, and the making of potentially subjective judgments (including as to the occurrence or not of any events which may trigger amendments to the Conditions) and/or the amendment of the Conditions without the consent of Holders. The interests of the Issuer or those of its designee or the independent adviser, as applicable, in making such determinations or amendments may be adverse to the interests of the Holders.

Moreover, any of the above matters or any other significant change to the setting or existence of any relevant reference rate could affect the ability of the Issuer to meet its obligations under Securities linked to a benchmark or could have a material adverse effect on the market value or liquidity of, and the amount payable under such Securities.

Investors should consider these matters when making their investment decision with respect to such Securities. Investors should also consult their own independent advisers and make their own assessment about the potential risks imposed by the Benchmarks Regulation or other reforms and/or possible cessation or reform of certain reference rates.

The market continues to develop in relation to risk-free rates (including overnight rates) which are possible reference rates for the Securities

Investors should be aware that the market continues to develop in relation to risk-free rates, such as the Sterling Overnight Index Average (SONIA), the Secured Overnight Financing Rates (SOFR) and the euro short-term rate (€STR), as reference rates in the capital markets for sterling, U.S. dollar or euro bonds, respectively, and their adoption as alternatives to the relevant interbank offered rates. In addition, market participants and relevant working groups are exploring alternative reference rates based on risk-free rates, including term SONIA, SOFR and €STR reference rates (which seek to measure the market's forward expectation of an average SONIA rate, SOFR or €STR over a designated term).

The market or a significant part thereof may adopt an application of risk-free rates that differs significantly from that set out in the Conditions and used in relation to Securities that reference such risk-free rates issued under this Programme. The Issuer may in the future also issue Securities referencing SONIA, SOFR or €STR that differ materially in terms of interest determination when compared with any previous SONIA, SOFR or €STR referenced Securities issued by it under the Programme. The development of risk-free rates for the Eurobond markets could result in reduced liquidity or increased volatility or could otherwise affect the market price of any Securities that reference a risk-free rate issued under the Programme from time to time.

In addition, risk-free rates may differ from LIBOR, EURIBOR or other interbank offered rates in a number of material respects, including (without limitation) by being backwards-looking in most cases, calculated on a compounded or weighted average basis, risk-free overnight rates, whereas such interbank offered rates are generally expressed on the basis of a forward-looking term and include a risk-element based on interbank lending. As such, investors should be aware that LIBOR, EURIBOR and other interbank offered rates and any risk-free rates may behave materially differently as interest reference rates for the Securities.

Interest on Securities which reference a backwards-looking risk-free rate is only capable of being determined immediately prior to the relevant Interest Payment Date. It may be difficult for investors in Securities which reference such risk-free rates to reliably estimate the amount of interest which will be payable on such Securities, and some investors may be unable or unwilling to trade such Securities without changes to their IT systems, both of which could adversely impact the liquidity of such Securities. Further, in contrast to LIBOR-linked Securities or EURIBOR-linked Securities, if Securities referencing backwards-looking SONIA, SOFR or €STR become due and payable under Condition 14 (Enforcement Events and Remedies) or are otherwise redeemed early on a date which is not an Interest Payment Date, the final Rate of Interest payable in respect of such Securities shall be determined by reference to a shortened period ending immediately prior to the date on which the Securities become due and payable or are scheduled for redemption.

In addition, the manner of adoption or application of risk-free rates in the Eurobond markets may differ materially compared with the application and adoption of risk-free rates in other markets, such as the derivatives and loan markets. Investors should carefully consider how any mismatch between the adoption of such reference rates in the bond, loan and derivatives markets may impact any hedging or other financial arrangements which they may put in place in connection with any acquisition, holding or disposal of Securities referencing such risk-free rates.

The use of risk-free rates as a reference rate for Eurobonds is nascent, and may be subject to change and development, both in terms of the substance of the calculation and in the development and adoption of market infrastructure for the issuance and trading of bonds referencing such risk-free rates.

Notes referencing risk-free rates may have no established trading market when issued, and an established trading market may never develop or may not be very liquid. Market terms for debt securities referencing such risk-free rates, such as the spread over the index reflected in interest rate provisions, may evolve over time, and trading prices of such Securities may be lower than those of later-issued indexed debt securities as a result. Further, if the relevant risk-free rates do not prove to be widely used in securities like the Securities, the trading price of such Securities linked to such risk-free rates may be lower than those of Notes referencing indices that are more widely used. Investors in such Securities may not be able to sell such Notes at all or may not be able to sell such Securities at prices that will provide them with a yield comparable to similar investments that have a developed secondary market, and may consequently suffer from increased pricing volatility and market risk.

Investors should consider these matters when making their investment decision with respect to any Securities.

- VII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses the first paragraph of the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is replaced by the following points:

The following information has been filed with the Financial Conduct Authority ("FCA") and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Base Prospectus:

- the Annual Report of the Bank, as filed with the US Securities and Exchange Commission ("SEC") on Form 20-F on 12 February 2020 in respect of the years ended 31 December 2018 and 31 December 2019 (the "**20-F**"), excluding the section entitled "Exhibit Index" on page 255 of the 20-F which is not incorporated and does not form part of this Prospectus; and
- the Annual Reports of the Bank containing the audited consolidated financial statements of the Bank in respect of the years ended 31 December 2018 (the "**2017 Bank Annual Report**") and 31 December 2019 (the "**2019 Bank Annual Report**"), respectively.

- VIII. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses the last paragraph of the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" is replaced by the following points:

The Bank has applied International Financial Reporting Standards ("**IFRS**") as issued by the International Accounting Standards Board and as endorsed by the European Union ("**EU**") in the financial statements incorporated by reference above. A summary of the significant accounting policies for the Bank is included in each of the 20-F, the 2018 Bank Annual Report and the 2019 Bank Annual Report.

- IX. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the two first paragraphs of the subsection "**Ratings**" will be replaced by the following:

Ratings

As far as credit ratings are referred to in this Base Prospectus, any Final Terms or any document incorporated by reference, these will be treated as having been issued by Fitch Ratings Limited ("**Fitch**"), Moody's Investors Service Ltd. ("**Moody's**") and Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited ("**Standard & Poor's**"). Each of Fitch and Standard & Poor's, as well as Moody's is established in the European Union and is registered under Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on credit rating agencies as amended by Regulation (EU) No. 513/2011 and is included in the list of registered credit rating agencies published on the website of the European Securities and Markets Authority at <http://www.esma.europa.eu/page/Listregistered-and-certified-CRAs>.

As of the date of this Base Prospectus, the short term unsecured obligations of the Bank are rated A-1 by Standard & Poor's, P-1 by Moody's, and F1 by Fitch and the long-term obligations of the Bank are rated A by Standard & Poor's, A1 by Moody's, and A+ by Fitch. The Ratings are represented without taking into account any prospects, if any, regarding to the relevant Rating.

- X. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the subsections "**Significant Change Statement**", "**Material Adverse Change Statement**" and "**Legal Proceedings**" will be replaced by the following:

Significant Change Statement

There has been no significant change in the financial or trading position of the Bank or the Barclays Bank Group since 31 December 2019.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Bank or the Barclays Bank Group since 31 December 2019.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "The Bank, the Barclays Bank Group and the Group — Legal Proceedings" (other than under the heading 'General'), there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Barclays Bank Group.

- XI. In the non-binding English language translation of the Base Prospectuses in the section "INFORMATION RELATING TO THE ISSUER" the subsection "The Bank and the Group" will be replaced by the following:

The Bank, the Barclays Bank Group and the Group

In this section the information incorporated by reference relating to the Issuer and/or the Group which are provided in the 20-F, the 2018 Issuer Annual Report and the 2019 Issuer Annual Report are incorporated.

The Bank (together with its subsidiary undertakings (the "**Barclays Bank Group**")) is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from 'Barclays Bank International Limited' to 'Barclays Bank PLC'. The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings (the "**Group**")) is the ultimate holding company of the Group.

The Group is a transatlantic consumer and wholesale bank with global reach offering products and services across personal, corporate and investment banking, credit cards and wealth management anchored in the Group's two home markets of the UK and the US. The Group is organised into two clearly defined business divisions – Barclays UK division and Barclays International division. These are primarily housed in two banking subsidiaries – Barclays UK sits within Barclays Bank UK PLC and Barclays International sits within the Bank – which operate alongside Barclays Services Limited but, in accordance with the requirements of ring-fencing legislation, independently from one another. Barclays Services Limited drives efficiencies in delivering operational and technology services across the Group.

The Bank and the Barclays Bank Group offer products and services designed for the Group's larger corporate, wholesale and international banking clients.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2019 and 31 December 2018, respectively, which are incorporated by reference:

	As at 31.12.2018	As at 31.12.2017
	£m	£m
Total Assets	876,672	877,700
Loans and advances at amortised cost	141,363	139,959
Deposits at amortised cost	213,881	199,337
Total equity	50,615	47,711

Non-controlling interests	-	2
	Year ended 31.12.2019 £m	Year ended 31.12.2018 £m
Profit before tax from continuing operations	3,112	1,286
Credit impairment charges and other provisions	(1,202)	(643)

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Nothing relevant at this stage.

Legal Proceedings

Barclays Bank Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Barclays Bank Group's control. The extent of the impact on Barclays of these matters cannot always be predicted but may materially impact the Barclays Bank Group's operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances.

The recognition of provisions in relation to such matters involves critical accounting estimates and judgments in accordance with the relevant accounting policies as described below under 'Provisions'. We have not disclosed an estimate of the potential financial impact or effect on the Barclays Bank Group of contingent liabilities where it is not currently practicable to do so. Various matters detailed in this note seek damages of an unspecified amount. While certain matters specify the damages claimed, such claimed amounts do not necessarily reflect the Barclays Bank Group's potential financial exposure in respect of those matters.

Investigations into certain advisory services agreements and other matters and civil action

FCA proceedings

In 2008, Barclays Bank PLC and Qatar Holdings LLC entered into two advisory service agreements (the Agreements). The Financial Conduct Authority (FCA), is conducting an investigation into whether the Agreements may have related to Barclays PLC's capital raisings in June and November 2008 (the Capital Raisings) and therefore should have been disclosed in the announcements or public documents relating to the Capital Raisings. In 2013, the FCA issued warning notices (the Notices) finding that Barclays PLC and Barclays Bank PLC acted recklessly and in breach of certain disclosure-related listing rules, and that Barclays PLC was also in breach of Listing Principle 3. The financial penalty provided in the Notices is £50m. Barclays PLC and Barclays Bank PLC continue to contest the findings. The FCA action has been stayed due to the UK Serious Fraud Office (SFO) proceedings pending against certain former Barclays executives. All charges brought by the SFO against Barclays PLC and Barclays Bank PLC in relation to the Agreements were dismissed in 2018.

Civil action

PCP Capital Partners LLP and PCP International Finance Limited (PCP) are seeking damages of approximately £1.6bn from Barclays Bank PLC for fraudulent misrepresentation and deceit, arising from alleged statements made by Barclays Bank PLC to PCP in relation to the terms on which securities were to be issued to potential investors, allegedly including PCP, in the November 2008 capital raising. Barclays Bank PLC is defending the claim and trial is scheduled to commence in June 2020.

Investigation into historic hiring practices

In 2019, the Group reached a settlement of \$6.4m with the US Securities and Exchanges Commission (SEC) in relation to certain of its hiring practices in Asia, resolving this matter.

Investigations into LIBOR and other benchmarks and related civil actions

Regulators and law enforcement agencies, including certain competition authorities, from a number of

governments have been conducting investigations relating to Barclays Bank PLC's involvement in allegedly manipulating certain financial benchmarks, such as LIBOR. The SFO has closed its investigation with no action to be taken against the Group. Various individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to the alleged manipulation of LIBOR and/or other benchmarks. Certain actions remain pending.

USD LIBOR civil actions

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various US jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes in the US District Court in the Southern District of New York (SDNY). The complaints are substantially similar and allege, among other things, that Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Inc. (BCI) and other financial institutions individually and collectively violated provisions of the US Sherman Antitrust Act (Antitrust Act), the US Commodity Exchange Act (CEA), the US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO), the Securities Exchange Act of 1934 and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

Putative class actions and individual actions seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages and additional punitive damages against all defendants, including Barclays Bank PLC. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the Antitrust Act and RICO. Barclays has previously settled certain claims. Two of the class action settlements where Barclays has paid \$20m and \$7.1m, respectively, remain subject to final court approval and/or the right of class members to opt out of the settlement to file their own claims.

Sterling LIBOR civil actions

In 2016, two putative class actions filed in the SDNY against Barclays Bank PLC, BCI and other Sterling LIBOR panel banks alleging, among other things, that the defendants manipulated the Sterling LIBOR rate in violation of the Antitrust Act, CEA and RICO, were consolidated. The defendants' motion to dismiss the claims was granted in December 2018. The plaintiffs have appealed the dismissal.

Japanese Yen LIBOR civil actions

In 2012, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays Bank PLC and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a lead plaintiff involved in exchange-traded derivatives and members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel. The complaint alleges, among other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and the Antitrust Act. In 2014, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but the plaintiff's CEA claims remain pending.

In 2015, a second putative class action, making similar allegations to the above class action, was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI. In 2017, this action was dismissed in full and the plaintiffs have appealed the dismissal.

SIBOR/SOR civil action

In 2016, a putative class action was filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other defendants, alleging manipulation of the Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) and Singapore Swap Offer Rate (SOR). In October 2018, the court dismissed all claims against Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI. The plaintiffs have appealed the dismissal.

ICE LIBOR civil actions

In 2019, several putative class actions have been filed in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, other financial institution defendants and Intercontinental Exchange Inc. and certain of its affiliates (ICE), asserting antitrust claims that defendants manipulated USD LIBOR through defendants' submissions to ICE. These actions have been consolidated. The defendants have filed a motion to dismiss.

Non-US benchmarks civil actions

Legal proceedings (which include the claims referred to below in 'Local authority civil actions concerning LIBOR') have been brought or threatened against Barclays Bank PLC (and, in certain cases, Barclays Bank UK PLC) in the UK in connection with alleged manipulation of LIBOR, EURIBOR and other benchmarks. Proceedings have also been brought in a number of other jurisdictions in Europe and

Israel. Additional proceedings in other jurisdictions may be brought in the future.

Foreign Exchange investigations and related civil actions

In 2015, the Group reached settlements totalling approximately \$2.38bn with various US federal and state authorities and the FCA in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market. Under the related plea agreement with the US Department of Justice (DoJ), which received final court approval in January 2017, the Group agreed to a term of probation of three years. The Group also continues to provide relevant information to certain authorities.

The European Commission is one of a number of authorities still conducting an investigation into certain trading practices in Foreign Exchange markets. The European Commission announced two settlements in May 2019 and the Group paid penalties totalling approximately €210m. In June 2019, the Swiss Competition Commission announced two settlements and the Group paid penalties totalling approximately CHF 27m. The financial impact of the ongoing matters is not expected to be material to the Barclays Bank Group's operating results, cash flows or financial position.

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have also threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to alleged manipulation of Foreign Exchange markets, and may do so in the future. Certain actions remain pending.

FX opt out civil action

In 2018, Barclays Bank PLC and BCI settled a consolidated action filed in the SDNY, alleging manipulation of Foreign Exchange markets (Consolidated FX Action), for a total amount of \$384m. Also in 2018, a group of plaintiffs who opted out of the Consolidated FX Action filed a complaint in the SDNY against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and other defendants.

Retail basis civil action

In 2015, a putative class action was filed against several international banks, including Barclays PLC and BCI, on behalf of a proposed class of individuals who exchanged currencies on a retail basis at bank branches (Retail Basis Claims). The SDNY has ruled that the Retail Basis Claims are not covered by the settlement agreement in the Consolidated FX Action. The Court subsequently dismissed all Retail Basis Claims against the Group and all other defendants. The plaintiffs have filed an amended complaint.

State law FX civil action

In 2017, the SDNY dismissed consolidated putative class actions brought under federal and various state laws on behalf of proposed classes of (i) stockholders of Exchange Traded Funds and others who purportedly were indirect investors in FX instruments, and (ii) investors who traded FX instruments through FX dealers or brokers not alleged to have manipulated Foreign Exchange Rates. The plaintiffs' amended complaint as to their state law claims is pending.

Non-US FX civil actions

In addition to the actions described above, legal proceedings have been brought or are threatened against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI and Barclays Execution Services Limited (BX) in connection with alleged manipulation of Foreign Exchange in the UK, a number of other jurisdictions in Europe, Israel and Australia and additional proceedings may be brought in the future.

Metals investigations and related civil actions

Barclays Bank PLC previously provided information to the DoJ, the US Commodity Futures Trading Commission and other authorities in connection with investigations into metals and metals-based financial instruments.

A number of US civil complaints, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, have been consolidated and transferred to the SDNY. The complaints allege that Barclays Bank PLC and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of US antitrust and other federal laws. This consolidated putative class action remains pending. A separate US civil complaint by a proposed class of plaintiffs against a number of banks, including Barclays Bank PLC, BCI and BX (formerly, Barclays Capital Services Limited), alleging manipulation of the price of silver in violation of the CEA, the Antitrust Act and state antitrust and consumer protection laws, has been dismissed as against the Barclays entities. The plaintiffs have

the option to seek the court's permission to appeal.

Civil actions have also been filed in Canadian courts against Barclays PLC, Barclays Bank PLC, Barclays Capital Canada Inc. and BCI on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of gold and silver prices.

US residential mortgage related civil actions

There are various pending civil actions relating to US Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS), including four actions arising from unresolved repurchase requests submitted by Trustees for certain RMBS, alleging breaches of various loan-level representations and warranties (R&Ws) made by Barclays Bank PLC and/or a subsidiary acquired in 2007 (the Acquired Subsidiary). The unresolved repurchase requests received as at 31 December 2019 had an original unpaid principal balance of approximately \$2.1bn. The Trustees have also alleged that the relevant R&Ws may have been breached with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than previously stated in the unresolved repurchase requests.

These repurchase actions are ongoing. In one repurchase action, the New York Court of Appeals held that claims related to certain R&Ws are time-barred. Barclays Bank PLC has reached a settlement to resolve two of the repurchase actions, which is subject to final court approval. The financial impact of the settlement is not expected to be material to the Barclays Bank Group's operating results, cash flows or financial position. The remaining two repurchase actions are pending.

Government and agency securities civil actions and related matters

Certain governmental authorities are conducting investigations into activities relating to the trading of certain government and agency securities in various markets. The Group provided information in cooperation with such investigations. Civil actions have also been filed on the basis of similar allegations, as described below.

Treasury auction securities civil actions

Consolidated putative class action complaints filed in US federal court against Barclays Bank PLC, BCI and other financial institutions under the Antitrust Act and state common law allege that the defendants (i) conspired to manipulate the US Treasury securities market and/or (ii) conspired to prevent the creation of certain platforms by boycotting or threatening to boycott such trading platforms. The defendants have filed a motion to dismiss.

In addition, certain plaintiffs have filed a related, direct action against BCI and certain other financial institutions, alleging that defendants conspired to fix and manipulate the US Treasury securities market in violation of the Antitrust Act, the CEA and state common law.

Supranational, Sovereign and Agency bonds civil actions

Civil antitrust actions have been filed in the SDNY and Federal Court of Canada in Toronto against Barclays Bank PLC, BCI, BX (formerly, Barclays Services Limited), Barclays Capital Securities Limited and, with respect to the civil action filed in Canada only, Barclays Capital Canada, Inc. and other financial institutions alleging that the defendants conspired to fix prices and restrain competition in the market for US dollar-denominated Supranational, Sovereign and Agency bonds.

In one of the actions filed in the SDNY, the court granted the defendants' motion to dismiss the plaintiffs' complaint with respect to Barclays Bank PLC and certain Group entities. Defendants have filed a motion to dismiss those plaintiffs' remaining claims against BCI. The remaining action filed in the SDNY is stayed.

Variable Rate Demand Obligations civil actions

Civil actions have been filed against Barclays Bank PLC and BCI and other financial institutions alleging the defendants conspired or colluded to artificially inflate interest rates set for Variable Rate Demand Obligations (VRDOs). VRDOs are municipal bonds with interest rates that reset on a periodic basis, most commonly weekly. Two actions in state court have been filed by private plaintiffs on behalf of the states of Illinois and California. Two putative class action complaints, which have been consolidated, have been filed in the SDNY.

Government bond civil actions

In a putative class action filed in the SDNY in 2019, plaintiffs alleged that BCI and certain other bond dealers conspired to fix the prices of US government sponsored entity bonds in violation of US antitrust law. BCI has agreed a settlement of \$87m, subject to court approval. In 2019, the Louisiana Attorney General and the City of Baton Rouge each filed a complaint against Barclays Bank PLC and other financial institutions making similar allegations as the class action plaintiffs.

In 2018, a separate putative class action against various financial institutions including Barclays PLC, Barclays Bank PLC, BCI, Barclays Bank Mexico, S.A., and certain other subsidiaries of the Group was consolidated in the SDNY. The plaintiffs asserted antitrust and state law claims arising out of an alleged conspiracy to fix the prices of Mexican Government bonds. Barclays PLC has settled the claim, subject to court approval. The financial impact of the settlement is not material to the Barclays Bank Group's operating results, cash flows or financial position.

BDC Finance L.L.C.

In 2008, BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint in the NY Supreme Court, demanding damages of \$298m, alleging that Barclays Bank PLC had breached a contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the Agreement). Following a trial on certain liability issues, the court ruled in December 2018 that Barclays Bank PLC was not a defaulting party, which was affirmed on appeal.

In 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued Barclays Bank PLC and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from Barclays Bank PLC's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. This case is currently stayed.

Civil actions in respect of the US Anti-Terrorism Act

There are a number of civil actions, on behalf of more than 4,000 plaintiffs, filed in US federal courts in the US District Court in the Eastern District of New York (EDNY) and SDNY against Barclays Bank PLC and a number of other banks. The complaints generally allege that Barclays Bank PLC and those banks engaged in a conspiracy to facilitate US dollar-denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded acts of terrorism that injured or killed plaintiffs or plaintiffs' family members. The plaintiffs seek to recover damages for pain, suffering and mental anguish under the provisions of the US Anti-Terrorism Act, which allow for the trebling of any proven damages.

The court granted the defendants' motion to dismiss one action in the EDNY, and plaintiffs have filed a notice of appeal. The defendants have moved to dismiss two other EDNY actions. The court also granted the defendants' motion to dismiss another action in the SDNY, but the plaintiffs have moved to file an amended complaint. The remaining actions are stayed pending decisions in these cases.

Interest rate swap and credit default swap US civil actions

Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI, together with other financial institutions that act as market makers for interest rate swaps (IRS) are named as defendants in several antitrust class actions which were consolidated in the SDNY in 2016. The complaints allege the defendants conspired to prevent the development of exchanges for IRS and demand unspecified money damages.

In 2018, trueEX LLC filed an antitrust class action in the SDNY against a number of financial institutions including Barclays PLC, Barclays Bank PLC and BCI based on similar allegations with respect to trueEX LLC's development of an IRS platform. In 2017, Tera Group Inc. filed a separate civil antitrust action in the SDNY claiming that certain conduct alleged in the IRS cases also caused the plaintiff to suffer harm with respect to the Credit Default Swaps market. In November 2018 and July 2019, respectively, the court dismissed certain claims in both cases for unjust enrichment and tortious interference but denied motions to dismiss the federal and state antitrust claims, which remain pending.

Portuguese Competition Authority investigation

The Portuguese Competition Authority found that a subsidiary of Barclays Bank PLC and other banks violated competition law by exchanging information about retail credit products relating to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. The Group applied for immunity and received no fine.

Investigation into collections and recoveries relating to unsecured lending

Since February 2018, the FCA has been investigating whether the Group implemented effective systems and controls with respect to collections and recoveries and whether it paid due consideration to the interests of customers in default and arrears. The FCA investigation is at an advanced stage.

HM Revenue & Customs (HMRC) assessments concerning UK Value Added Tax

In 2018, HMRC issued notices that have the effect of removing certain overseas subsidiaries that have operations in the UK from Barclays' UK VAT group, in which group supplies between members are generally free from VAT. The notices have retrospective effect and correspond to assessments of £181m (inclusive of interest), of which Barclays would expect to attribute an amount of approximately £128m to Barclays Bank UK PLC and £53m to Barclays Bank PLC. HMRC's decision has been appealed to the First Tier Tribunal (Tax Chamber).

Local authority civil actions concerning LIBOR

Following settlement by Barclays Bank PLC of various governmental investigations concerning certain benchmark interest rate submissions referred to above in 'Investigations into LIBOR and other benchmarks and related civil actions', in the UK, certain local authorities have brought claims against Barclays Bank PLC (and, in certain cases, Barclays Bank UK PLC) asserting that they entered into loans in reliance on misrepresentations made by Barclays Bank PLC in respect of its conduct in relation to LIBOR. Barclays has applied to strike out the claims.

Provisions

Accounting for provisions

The Barclays Bank Group applies IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets in accounting for non-financial liabilities.

Provisions are recognised for present obligations arising as consequences of past events where it is more likely than not that a transfer of economic benefit will be necessary to settle the obligation, which can be reliably estimated. Provision is made for the anticipated cost of restructuring, including redundancy costs when an obligation exists; for example, when the Barclays Bank Group has a detailed formal plan for restructuring a business and has raised valid expectations in those affected by the restructuring by announcing its main features or starting to implement the plan. Provision is made for undrawn loan commitments if it is probable that the facility will be drawn and result in the recognition of an asset at an amount less than the amount advanced.

Critical accounting estimates and judgements

The financial reporting of provisions involves a significant degree of judgement and is complex. Identifying whether a present obligation exists and estimating the probability, timing, nature and quantum of the outflows that may arise from past events requires judgements to be made based on the specific facts and circumstances relating to individual events and often requires specialist professional advice. When matters are at an early stage, accounting judgements and estimates can be difficult because of the high degree of uncertainty involved. Management continues to monitor matters as they develop to re-evaluate on an ongoing basis whether provisions should be recognised, however there can remain a wide range of possible outcomes and uncertainties, particularly in relation to legal, competition and regulatory matters, and as a result it is often not practicable to make meaningful estimates even when matters are at a more advanced stage.

The complexity of such matters often requires the input of specialist professional advice in making assessments to produce estimates. Customer redress and legal, competition and regulatory matters are areas where a higher degree of professional judgement is required. The amount that is recognised as a provision can also be very sensitive to the assumptions made in calculating it. This gives rise to a large range of potential outcomes which require judgement in determining an appropriate provision level. See below for information on payment protection redress.

Provisions expected to be recovered or settled within no more than 12 months after 31 December 2019 for Barclays Bank Group were £739m (2018: £791m).

Onerous contracts

Onerous contract provisions comprise an estimate of the costs involved with fulfilling the terms and conditions of contracts net of any expected benefits to be received.

Redundancy and restructuring

These provisions comprise the estimated cost of restructuring, including redundancy costs where an obligation exists. Additions made during the year relate to formal restructuring plans and have either been utilised, or reversed, where total costs are now expected to be lower than the original provision amount.

Undrawn contractually committed facilities and guarantees

Impairment allowance under IFRS 9 considers both the drawn and the undrawn counterparty exposure. For retail portfolios, the total impairment allowance is allocated to the drawn exposure to the extent that the allowance does not exceed the exposure as ECL is not reported separately. Any excess is reported on the liability side of the balance sheet as a provision. For wholesale portfolios the impairment allowance on the undrawn exposure is reported on the liability side of the balance sheet as a provision. Provisions are made if it is probable that a facility will be drawn and the resulting asset is expected to have a realisable value that is less than the amount advanced.

Customer redress

Customer redress provisions comprise the estimated cost of making redress payments to customers, clients and counterparties for losses or damages associated with inappropriate judgement in the execution of Barclays Bank Group's business activities. Provisions for other customer redress include smaller provisions across the corporate businesses which are expected to be utilised in the next 12-24 months.

Legal, competition and regulatory matters

The Barclays Bank Group is engaged in various legal proceedings, both in the UK and a number of other overseas jurisdictions, including the US.

Sundry provisions

This category includes provisions that do not fit into any of the other categories, such as fraud losses and dilapidation provisions.

General

The Barclays Bank Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters in the UK, the US and a number of other overseas jurisdictions. It is subject to legal proceedings brought by and against the Barclays Bank Group which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data management and protection, money laundering, financial crime, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Barclays Bank Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which the Barclays Bank Group is or has been engaged. The Barclays Bank Group is cooperating with the relevant authorities and keeping all relevant agencies briefed as appropriate in relation to these matters and others described in this note on an ongoing basis.

At the present time, Barclays Bank PLC does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this note, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters (including formerly active matters or those matters arising after the date of this note) will not be material to Barclays Bank PLC's results, operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of profit otherwise reported for the reporting period.

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

Name	Function(s) within the Bank	Principal outside activities
Nigel Higgins	Non-Executive Director and Chairman	Barclays PLC (Group Chairman); Sadler's Wells (Chairman); Tetra Laval Group (Non-Executive Director)
James Staley	Executive Director and Chief Executive Officer	Barclays PLC (Executive Director and Group Chief Executive Officer); Institute of International Finance (Board Member); Bank Policy Institute (Board Member)
Tushar Morzaria	Executive Director	Barclays PLC (Executive Director and Group Finance Director); The 100 Group of the FTSE 100 Finance Directors (Member); Sterling Risk Free References Rates Working Group (Chair)
Michael Ashley	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays Capital Securities Limited (Non-Executive Director); International Ethics Standards Board for Accountants (Member); ICAEW Ethics Standards Committee (Member); Charity Commission Board (Member); Cabinet Office Board (Member)
Tim Breedon	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays Capital Securities Ltd (Non-Executive Director); Apax Group Alpha Limited (Chairman)
Mary Anne Citrino	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Ahold Delhaize N.V. (Non-Executive Director); Alcoa Corporation (Non-Executive Director); HP Inc (Non-Executive Director); The Blackstone Group L.P. (Senior Advisor)
Mohamed A. El-Erian	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Under Armour Inc. (Non-Executive Director); Allianz SE (Chief Economic Advisor); Gramercy Funds Management (Senior Advisor); Investcorp Bank BSC (Senior Advisor)
Dawn Fitzpatrick	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Soros Fund Management LLC (Chief Investment Officer); The New York Federal Reserve's Investor Advisory Committee on Financial Markets (Member); Advisory Board and Investment Committee of

Name	Function(s) within the Bank	Principal outside activities
		the Open Society Foundations' Economic Justice Programme (Member)
Mary Francis	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Valaris PLC (Non-Executive Director); The Institute of Business Ethics (Advisory Panel Member); UK Takeover Appeal Board (Member)
Diane Schueneman	Non-Executive Director	Barclays PLC (Non-Executive Director); Barclays US LLC (Non-Executive Director); Barclays Execution Services Limited (Chair)

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank, of the Directors listed above, and their private interests and/or other duties.

Potential conflicts of interest

No potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.

Employees

At 31 December 2019, the total number of persons employed by the Group (full-time equivalent) was approximately 80,800 (31 December 2018: 83,500).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2019 and 31 December 2018 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB).